

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 275 =====

Neuaufbau der Verwaltung und Wirtschaft der Markgrafschaft Baden-Durlach nach dem Dreißig- jährigen Krieg bis zum Regierungs- antritt Karl Wilhelms (1648—1709)

Von

Dr. Engelbert Strobel

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Julius Springer
Berlin, 1908

Heft 12

Neubau der Verwaltung und
Wirtschaft der Markgrafschaft
Baden-Durlach nach dem Urtheil
des Reichs-Kriegs- und
Rath-Kollegiums (1704-1705)

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

The New York Public Library

Verlag von Julius Springer

Berlin, 1908

Verlag von Julius Springer

Printed in the United States of America

Vorwort.

Die Anregung zur vorliegenden Abhandlung ging von Herrn Professor Willy Andreas in Heidelberg aus, dem ich auch für manchen Hinweis und für seine Anteilnahme am Werden dieser Arbeit zu besonderem Dank verpflichtet bin. Gleichfalls gilt mein Dank den Vorständen und Beamten des Badischen Generallandesarchives und der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe, die mich beim Aufsuchen des handschriftlichen und gedruckten Quellenmaterials weitgehend unterstützten.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort.	3
Einleitung.	7
 I. Aufbau der Verwaltung Baden-Durlachs vom Westfälischen Frieden bis zur Neuordnung durch Friedrich Magnus im Jahre 1677.	
1. Die markgräfliche Zentralverwaltung bis zum Ende des Dreißig- jährigen Krieges.	10
2. Zentralbehörden.	
a) Regierung: Hofrat.	13
b) Justiz: Einführung des Landrechts, Hofgericht, Malefiz- gericht.	16
c) Finanzen: Rentkammer. Ende der Landschaftsausschüsse, Deputationsrat.	21
d) Kultus: Kirchenrat. Schulwesen.	29
3. Landesämter und Kommunalbehörden.	
a) Die Ämter und ihre Verwaltung.	33
b) Gemeinden.	39
c) Untergerichte.	43
 II. Erweiterung der Zentralbehördenordnung unter Friedrich Magnus.	
1. Kollegien bis zum Jahre 1689.	46
a) Geheimer Rat.	49
b) Hofrat.	50
c) Rentkammer.	52
d) Deputationskammer.	54
e) Kirchenrat.	56
2. Die Einwirkung der Kriegsjahre auf die Baden-Durlachische Verwaltung.	56

	Seite
III. Wirtschaft, Handel und Gewerbe in der Markgrafschaft. . . .	70
1. Bedeutung der wichtigsten Regalien für die Finanzwirtschaft. . . .	72
a) Bergwerke und Eisenhandel.	72
b) Salzhandel.	75
c) Tabakhandel und Münzregal.	78
2. Landwirtschaft, Bevölkerungspolitik und Fronden.	79
3. Handel, Gewerbe und Industrie.	84
4. Verkehr.	90
IV. Stellung der Markgrafschaft zu den Ländern des Reiches und zum Ausland.	
1. Korrespondenten und Agenten.	93
2. Zollverhandlungen.	95
Rückblick.	98
Literaturverzeichnis.	101

Einleitung.

Die Bedeutung, die die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts und das beginnende 18. Jahrhundert für die Entwicklung der Baden-Durlachischen Verwaltungsorganisation hatte, wird vielfach noch unterschätzt. Die kriegerischen Ereignisse jener Zeit standen so beherrschend und fühlbar im Vordergrund, daß darüber die Betrachtung der innerpolitischen Vorgänge eines Kleinstaates in den Hintergrund treten mußte. Zwar übertraf die Markgrafschaft Baden-Durlach an Umfang kaum die kleinen Territorien, deren Menge nach dem 30-jährigen Krieg das Kartenbild des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation allzubunt gestaltete. Wohl zeichnete sich der Entwicklungsgang der Landesverwaltung nicht sonderlich durch starke Abweichung von dem der übrigen weltlichen Gebiete Süd- und Mitteldeutschlands aus. Und doch rechtfertigt sich ein näheres Eingehen schon aus der Tatsache, daß Baden-Durlach den Grundstock bildete für die spätere staatliche Einheit eines Grenzgebietes im Südwesten des Reiches, das wir im Augenblick noch unter dem Begriff Baden zusammenfassen, dessen weiterer Bestand aber erst einer kommenden Reichsreform anheimgestellt bleibt. Richtunggebend war nämlich der Neuaufbau von Verwaltung und Justiz im 17. Jahrhundert für die innere Gestaltung der badischen Markgrafschaft bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts, ja zum Teil noch darüber hinaus.¹

1. Wolfgang Windelband: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs (Leipzig 1913). Paul Lenel: Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich (1738—1803). (Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts. XXIII — Karlsruhe 1913 —). Willy Andreas: Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. Bd. 1: Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. (Leipzig 1913).

Die Hauptschwierigkeit dieser Untersuchung liegt, soweit sie wenigstens die Behandlung der Baden-Durlachischen Verwaltung und Wirtschaft betrifft, in der Dürftigkeit der handschriftlichen Quellen besonders für die beiden ersten Jahrzehnte nach dem Westfälischen Frieden. Dies gilt sowohl für den Bestand der Akten Baden Generalia, von dem vor allem die Abteilungen: Bergbau, Dienste (auswärtige Stellen), Handel, Heiratssachen (Bevölkerungspolitik), Kanzleisachen (Gutachten und Ordnungen), Landrecht und Landordnung, Post, Rechnungswesen, Staatsverfassung (Angelegenheiten der Kammer, Regierung und Innenverwaltung), Salzhandel und Zoll (Zollrecht und Zollverwaltung) einzusehen waren, als auch für die Sammlung der Geheimratsprotokolle Baden-Durlachs, da diese nicht über das Jahr 1682 zurückreicht.² Beigezogen wurden ferner verschiedene Urkunden aus dem Haus- und Staatsarchiv Abt. I Personalien (Korrespondenz zwischen dem Landesfürst und seinen Räten und Oberbeamten) und Abt. II Haus- und Hofsachen (Deputate, Hofdiener und Hofhaltung). Ebenso war eine Durchsicht der Spezialakten der Ämter Durlach (Stadt und Amt), Pforzheim (Stadt und Amt), Herrschaft Rötteln-Sausenberg, Markgrafschaft Hochberg und Herrschaft Badenweiler nicht zu umgehen. Von geringerer Bedeutung erwiesen sich in unserem Zusammenhang die Protokolle der übrigen Zentralbehörden (Hofrat, Rentkammer und Kirchenrat), zumal ihre Reihenfolge durchweg von größeren zeitlichen Lücken unterbrochen wird. Zur Ergänzung dienten außerdem mehrere gedruckte Verordnungen der Markgrafschaft,³ sowie die im Jahre 1622 erschienene Ausgabe des Badischen Landrechts.⁴

Trotz der Mängel des archivalischen Materials treten die Linien des Umbildungsprozesses der markgräflichen Regierung von der Hofbeamtenverwaltung zur Zentralbehördenordnung klar hervor. Beginnend im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts,

2. Die im Inventar des Landesarchivs Bd. III S. 186 Baden-Durlach zugeschriebenen Geheimratsprotokolle der Jahre 1680 und 1681 entstammen der Markgrafschaft Baden-Baden. Erhalten ist dagegen noch ein Baden-Durlachisches Geheimratsregister, das die Jahre 1677—1695 umfaßt.

3. Es handelt sich um Verordnungen aus den Sammelbänden: B. b. 12, 13, 15, 16 u. 23; B. c. 5, 28, 39, 130 u. 165.

4. Im Besitz der Bad. Landesbibliothek.

konnte diese Entwicklung auch nicht durch den 30-jähr. Krieg aufgehalten werden. Die allgemeine Aufgabe meiner Arbeit war es nun, diese Neugestaltung der Verwaltung weiter zu verfolgen und die für den eingeschlagenen Weg entscheidenden Faktoren aufzuzeigen. Im Anschluß daran ergab sich zunächst als besondere Zielsetzung die Klarstellung des Verhältnisses, das die nach dem Verschwinden der Landesausschüsse neugebildete Finanzbehörde der Deputation zu den anderen Zentralkollegien einnahm. Wenn auch bedingt durch das gänzliche Fehlen von adelsständischen Einrichtungen und Vorrechten in der Markgrafschaft der Fortfall der Landtage, im Gegensatz zu den meisten nach österreichischem Vorbild verwalteten Staaten,⁵ keine größeren Auseinandersetzungen nach sich zog, so konnte dennoch die Eingliederung der neu hinzukommenden Rechte und Verpflichtungen in den Aufgabenkreis der Zentralbehörden nicht ohne Aenderungen vor sich gehen. Weiterhin harnte die Frage der Beantwortung, inwieweit es die Baden-Durlachische Gesamtverwaltung verstand, sich den Geschehnissen dieser kriegsschwangeren Epoche anzupassen.

Fast sämtliche Untersuchungen, die sich damit befassen, die ersten wirtschaftlichen Wiederaufbaubestrebungen eines vom 30-jähr. Kriege schwer heimgesuchten Landes darzustellen, enthalten notgedrungen mehr eine Schilderung der Maßnahmen, die zwar geplant und vorgesehen, aber aus den verschiedensten Gründen nicht durchgeführt werden konnten, als eine Kennzeichnung dessen, was tatsächlich erreicht wurde. Hiervon macht auch der der Wirtschaft Baden-Durlachs gewidmete Teil meiner Abhandlung keine Ausnahme. Falsch wäre es aber, für diese Erscheinung nur die Kriegsunruhen allein verantwortlich zu machen. Es galt den Beweis anzutreten, daß ein nicht unbedeutendes Maß des Schuldanteils auf die Auffassung jener Zeit entfällt, die Handel und Wirtschaft bereits nach dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Ertrages beurteilte, bevor überhaupt die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen waren.

5. Eduard Rosenthal: Die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I. Das Vorbild der Verwaltungsorganisation in den deutschen Territorien. Ein Beitr. z. Gesch. d. Verwaltungsrechts (Arch. f. österr. Gesch. Bd. 69 (1887) S. 53—316). — Otto Hintze: Der österr. u. d. preuß. Beamtenstaat im 17. u. 18. Jh. (Hist. Ztschr. Bd. 86 — 1901 — S. 404—444).

I.

Aufbau der Verwaltung Baden-Durlachs vom Westfälischen Frieden bis zur Neuordnung durch Friedrich Magnus im Jahre 1677.

1. Die markgräfliche Zentralverwaltung bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges.

Der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges hatte den Markgrafen Georg Friedrich (1604—1622) gezwungen, den von ihm geplanten Ausbau der Verwaltung der beiden badischen Markgrafschaften zu unterbrechen. Zwar gelang in den Wirren der ersten Kriegsjahre im Jahre 1622 noch die Drucklegung des neuen Landrechts und der Landesordnung; zur Verkündigung und Inkraftsetzung derselben ist er aber nicht mehr gekommen. In dem gleichen Jahre wurde der Markgraf durch die kriegesischen Verhältnisse genötigt, seinem Sohne, Friedrich V., die Regierung des Landes anzuvertrauen. Der Zweck, den Georg Friedrich mit der Neugestaltung von Recht und Verwaltung der Markgrafschaften verfolgt hatte, war vorwiegend ein machtpolitischer. Sein Bruder und Vorgänger, Ernst Friedrich, hatte 1594 die Baden-Badischen Lande besetzen lassen, um der Verschwendungssucht des damaligen Markgrafen von Baden-Baden, Eduard Fortunatus, zu steuern.⁶ Seitdem waren sie unter Durlachischer Verwaltung geblieben und Georg Friedrich hoffte auf die dauernde Vereinigung beider Landesteile, wozu der Erlaß einheitlicher Gesetze und Ordnungen verhelfen sollte. Die Niederlage in der Schlacht bei Wimpfen zerstörte jäh diese Hoffnungen, die erst anderthalb Jahrhunderte später ihre Verwirklichung finden konnten.

Schon vor Georg Friedrich war Baden-Durlach von dem Prinzip der mittelalterlichen Hofbeamtenverwaltung abge-

6. Friedrich von Weech: Badische Geschichte (Karlsruhe 1890) S. 160.

kommen. Zwei Fürsten benachbarter und befreundeter süddeutscher Staaten, nämlich Kurfürst Ludwig von der Pfalz und Herzog Ludwig von Württemberg, befürworteten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der vormundschaftlichen Regierung für den noch unmündigen Ernst Friedrich die Einführung einer Kanzleiordnung nach dem Vorbild ihrer Länder.⁷ So entstand 1578 die Kanzlei-, Kammer- und Landschreiberei-Ordnung.⁸ Sie wies „die typische Dreiheit von Zentralbehörden Hofgericht, Rentkammer und Rat“ auf, die die Keimzelle für die kollegialischen Zentralverwaltungen der meisten Territorien wurde, und mit der die großen westeuropäischen Länder Frankreich und England schon zwei Jahrhunderte vorangegangen waren.⁹ Als vierte Behörde trat, wie bei allen deutschen Gebieten, die der Reformation Eingang gewährt hatten, der Kirchenrat hinzu.¹⁰ Georg Friedrich ließ sich besonders die sachmäßig genauere Abgrenzung der einzelnen Kollegien in ihrem Arbeitsbereich angelegen sein.¹¹ Die Bezeichnung des Oberrates oder der Regierung als Geheimrat wird bei ihm allgemein durchgeführt. Eifrig war er vor allem auf die Fernhaltung der Rentkammer von sämtlichen Polizei- und Justizsachen bedacht. Seine Kammerordnung vom Jahre 1611 brachte die Errichtung und Angliederung einer untergeordneten Rechenbehörde, der sogen. Rechenkammer, an die Rentkammer.¹² Mitten in diese regsame Verwaltungs- und Regierungstätigkeit brach der Dreißigjährige Krieg herein und setzte, wie schon oben erwähnt wurde, den Bestrebungen des Fürsten

7. Die Vormundschaftsregierung bestand ferner aus der Markgräfinwitwe Anna von Veldenz und Pfalzgraf Philipp Ludwig zu Neuburg. Vgl. von Weech: a. a. O. S. 269.

8. Rudolf Carlebach: Badische Rechtsgeschichte, Bd. II. Das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges (Heidelberg 1909).

9. Otto Hintze: Die Entstehung der modernen Staatsministerien (Hist. Ztschr. Bd. 100 (1908) S. 53—111).

10. Eine Ausnahme bildete bei den katholischen Staaten Bayern mit der Schaffung eines Geistlichen Rates. Doch bestand die Aufgabe dieses Kollegiums nicht in der Bearbeitung kirchlicher Verwaltungsangelegenheiten, sondern lediglich in der Abwehr der protestantischen Glaubenslehre. — Eduard Rosenthal: Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns. Bd. I (1180—1598) Bd. II (1598—1745) (Würzburg 1889. 1906).

11. Eberhard Gothein: Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert (Neujahrsblätter der Bad. Hist. Kommission N. F. 13 (1910).

12. Baden Generalia Fasz. 1500. 1501. 1503.

ein vorzeitiges Ende. Seinem Sohne Friedrich V. ließ der Ablauf des Krieges keine Zeit zu irgendwelchen verwaltungstechnischen Maßnahmen. Er mußte sich meistens außer Landes aufhalten, während seine Räte und Landstände sich bemühten, die von der Markgrafschaft geforderten Kontributionssummen aufzubringen, um den Bedrückungen und Gewalttätigkeiten der feindlichen und auch der verbündeten Truppen nach Möglichkeit Einhalt zu gebieten. Der Frieden zu Münster und Osnabrück brachte dem Markgrafen durch Vermittlung Schwedens wenigstens die Wiedereinsetzung in seine durlachischen Lande, deren er während des Krieges verlustig gegangen war.

Das Jahrzehnt, das Friedrich V. nach dem Friedensschluß noch zu leben vergönnt war (bis 1659), stand notgedrungen unter dem Zeichen spartanischer Einfachheit und Sparsamkeit. Einerseits galt es, die durch den Krieg verarmten und an Zahl stark verminderten Untertanen möglichst wenig mit Abgaben zu belasten, um den Wiederaufbau von öde liegenden Gütern und Ländereien zu ermöglichen.¹³ Andererseits den Aufwand für Landesverwaltung und Hofhaltung den vorhandenen bescheidenen Mitteln anzupassen. Das Eine war durch das Andere bedingt. Der Ertrag der Kammergüter konnte erst dann in Geld umgesetzt werden, wenn der Bedarf an Lebensmitteln für den Hofstaat und die Naturalbesoldungen der Beamten gedeckt war. Da hierzu die Kammergefälle bei weitem nicht ausreichten, war man gezwungen, sich nach anderweitigen Geldquellen umzusehen. Als Hilfsmittel benutzte der Markgraf in diesem Falle die Auflage von Akzis- und Schatzungsgeldern, die er sich jährlich von den Landschaftsausschüssen genehmigen ließ. Ueber die Befugnisse dieser Ausschüsse und ihre endgültige Aufhebung im Jahre 1668 wird noch zu sprechen sein.

Im Gegensatz zu Friedrich V. hatte Friedrich VI. „der Jüngere“, wie er sich zum Unterschied von seinem Vater zu nennen pflegte, eine leichtere Lebensart. Die finanzielle Lage der Markgrafschaft hatte dank der Sparpolitik Friedrichs V. sich leicht gebessert, ohne allerdings den Stand vor dem Kriegsbeginn

13. Hochberg hatte $\frac{3}{4}$ seiner Bewohner eingebüßt. Vgl. Heinrich Maurer: Der Zustand der Markgrafschaft Hochberg am Ende des Dreißigjährigen Krieges (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. A. F. Bd. 32 (1880) S. 480—490).

wieder zu erreichen. Unter seiner Regierung wurde dem seit langem stark vernachlässigten Schulwesen mehr Aufmerksamkeit zugewandt und zur Erweiterung und Verschönerung der markgräflichen Schlösser eine rege Bautätigkeit entfaltet.¹⁴ Er bemühte sich seiner Residenz jene kulturelle und gesellschaftliche Note zu geben, die viele deutsche Fürstenhöfe des 17. Jahrhunderts ausgezeichnet hatte, und deren Leben und Treiben in vielen Dingen jenem Bilde glich, das uns Andreas für das spätmittelalterliche Deutschland so anschaulich geschildert hat.¹⁵ So unterschiedlich nun auch die Charakteranlagen von Vater und Sohn sein mochten, die Richtlinien ihrer Landesverwaltung waren dieselben. Jener hatte weder an der Einrichtung der Zentralbehörden noch an dem Bestand der Landesämter einschneidende Änderungen unternommen. Dieser versuchte zwar gegen Ende seiner Regierung dem neugegründeten Deputationsrat Befugnisse des Hofrats zuzuweisen, was sich aber nicht als zweckmäßig erwies und deshalb von Friedrich Magnus bei der Neuorganisation wieder rückgängig gemacht wurde. Abgesehen von dieser einmaligen Ausnahme kann man sagen, daß die Verwaltungsordnung, deren sich die beiden Herrscher bedienten, die gleiche war, wie sie schon unter Georg Friedrich bestanden hatte.

2. Zentralbehörden:

a) Regierung: Hofrat.

An der Spitze der Zentralbehörden stand der Hofrat. Dieses Kollegium war nichts anderes als der Geheime Rat Georg Friedrichs. Die Befugnisse waren dieselben geblieben, nur der Name hatte sich geändert. Daneben war allerdings noch die alte Bezeichnung als Vorrecht der adligen Hofräte in Gebrauch. Dieser Doppelbezeichnung des obersten Rates ist anscheinend Carlebach zum Opfer gefallen, wenn er schon für jene Zeit das Be-

14. Unter anderem umgab er die Burgen des Oberlandes mit starken Befestigungen und vergrößerte sein Residenzschloß, die Karlsburg zu Durlach, sowie das Mühlburger Schloß.

15. Willy Andreas: Deutschland vor der Reformation. Eine Zeitenwende (Stuttgart/Berlin 1932) S. 249 ff.

stehen einer Geheimrats- und einer Hofratsbehörde annimmt.¹⁶ Zum Arbeitsbereich dieses Kollegiums gehörten vor allem die Behandlung der Angelegenheiten des Reiches und des schwäbischen Kreises, also Leitung „der Außenpolitik der Markgrafschaft“, ferner Belehnungen sowie Kriegs- und Militärsachen.¹⁷ Ebenso stand dem Hofrat das Recht zu, über die Aufnahme neuer Landeskinder und die Freizügigkeit wegziehender Untertanen zu entscheiden. Weitere Befugnisse des Hofrats waren die Aufsicht über das Polizei- und Ordnungswesen, Zuteilung von Verehrungs- und Gnadengeldern (Renten) und Befreiung von Fronverpflichtungen. Schließlich oblag ihm noch die Durchführung und Vollstreckung der durch die Gerichte gefällten Strafurteile.

Der Hofrat hatte bis zum Jahre 1672 nach einer Kanzleiordnung vom Jahre 1622 gearbeitet, von der uns heute kein Exemplar mehr überliefert ist. Man wird aber nicht fehlgehen in der Annahme, daß ihr Inhalt im wesentlichen mit der neuen Ordnung übereinstimmte. Markgraf Friedrich VI. hatte an seine Hofräte v. Esser, Scheid, Boch und Sigwart die Aufforderung ergehen lassen, sich zu einer Neufassung der Kanzleiordnung von 1622 zu äußern. Als Ergebnis der Beratungen entstand die Kanzleiordnung vom 9. Juli 1672.¹⁸ Diese Ordnung bestimmte für die oberen Kanzleibeamten als tägliche Arbeitszeit den Vormittag und zwar im Sommer von 7—11 und im Winter von 8—11 Uhr.¹⁹ Nachmittags wurde je nach Bedarf gearbeitet. Bei

16. Bd. II. a. a. O. S. 42. In diesem Zusammenhang durfte er auch nicht die Kanzleiverordnung vom 4. Okt. 1701 anführen (enthalten in B. G. 1309), die erst für den durch Friedrich Magnus umgestalteten Verwaltungsapparat Geltung haben konnte.

17. Baden-Durlach hat niemals einen eigenen Kriegsrat besessen wie Bayern seit 1583 (E. Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens...) und Württemberg seit dem Jahre 1704. Friedrich Winterlin, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, Bd. I. Bis zum Regierungsantritt König Wilhelms I. (Stuttgart 1904). Unter Friedrich VI. wurde ein adliger Geheimrat Mitglied der Kriegsexpedition, der außerdem der jeweilige Kommandant der Garde und Landwehr, sowie je ein Kriegssekretär für die deutsche und französische Sprache angehörten. Vgl. Badischer Militär-Almanach, 3. Jg. Karlsruhe 1856 (Abschn. VI: Notizen über das badische und schwäbische Militärwesen in der Zeit vom westfälischen bis zum Basler Frieden von 1648—1714).

18. B. G. 1312.

19. Das Sommerhalbjahr begann am Georgitag (23. April), das Winterhalbjahr an Bartholomä (24. August).

sehr dringenden Geschäften einigte man sich auf einen früheren Dienstbeginn. Während der Ernte oder der Herbstlese konnten diejenigen Räte, die liegende Güter besaßen, soweit es die Dienstgeschäfte zuließen, der Kanzlei fernbleiben. Den Vorsitz des Hofrats führte der Statthalter, der immer ein Adliger sein mußte. Der eigentliche geschäftsführende Rat war der Kanzler.²⁰ Dieser war gleichzeitig Vorsitzender der „Gelehrten Bank“, wie man die bürgerlichen Räte im Gegensatz zu den adligen Mitgliedern des Kollegiums bezeichnete.²¹ Die genaue Anzahl der Hofräte ist nicht mehr zu bestimmen, da uns aus dieser Zeit keine Protokolle mehr überliefert sind. Sie dürfte unter Friedrich V. nicht mehr als 4—5, unter Friedrich VI. höchstens 6—7 betragen haben, wovon auf jede „Bank“ ungefähr die Hälfte entfiel. Lag nun in einer Sitzung ein beratender Gegenstand zur Beschlußfassung vor oder verlangte eine wichtige und eilige Angelegenheit einen sofortigen Entscheid, dann verlas der Kanzler den Inhalt des vorläufigen Entwurfs bzw. des Neuzugangs. Darauf bestimmte der Statthalter die Reihenfolge der Umfrage für die einzelnen Räte, und zwar wurden zuerst der Kanzler und dann abwechselungsweise die Vertreter der adligen und der gelehrten Bank befragt. Das Schlußwort sprach der Statthalter. War der Markgraf in der Sitzung zugegen, so fertigte man den Entscheid sogleich aus. Im anderen Fall bekam er schriftlichen Bescheid zur endgültigen Stellungnahme seinerseits zugestellt. Bei Meinungsverschiedenheiten unter den Räten sah die Kanzleiordnung auch den Bericht von abweichenden Äußerungen an den Landesherrn vor.²²

20. Er war z. Z. der Hofbeamtenverwaltung im Mittelalter der erste weltliche Beamte in der Markgrafschaft, der sich durch Studium auf seinen künftigen Beruf vorbereitet hatte. Otto Herkert: Das landesherrliche Beamtenum der Markgrafschaft Baden im Mittelalter. (Freiburger Dissertation 1910).

21. Letztere wurden entsprechend die „Adlige Bank“ genannt. Man könnte sie auch für diesen Zeitabschnitt als die Bank der Geheimräte bezeichnen.

22. Während des Dreißigjährigen Krieges und die ersten Jahre nach Friedensschluß ließ Friedrich die fehlenden Ratsmitglieder durch Oberbeamten der Landesämter ersetzen. Die erste ordentliche Vollsitzung des Hof- bzw. Geheimenrats war am 17. Mai 1653. Johann Christian Sachs: Einleitung in die Geschichte der Marggrafschaft und des marggräflichen altfürstlichen Hauses Baden. Th. IV. 1770.

Die Verbindung zu den anderen Kollegien war dadurch geschaffen, daß Vorsitzende der übrigen Zentralbehörden nur Hofräte sein konnten. So bestand auch die Möglichkeit eine Art von Aufsicht über die gesamte Zentralverwaltung auszuüben, ohne den Boden der kollegialischen Einstellung zu verlassen. Weiterhin ergab sich bei dieser Regelung der Vorteil, bei Durchsprache von Entscheidungen anderer Kollegien im Hofrat einen Vertreter der betreffenden Behörde zum Vortrag zu besitzen. Bedurfte es einer mündlichen Unterredung mit dem Markgrafen, so geschah dies meistens durch den Statthalter und den Kollegienvorsitzenden.

Die übrigen Kanzleibeamten hatten die damals allgemein übliche Rangabstufung, entsprechend der Bedeutung ihrer Stellung.²³ Die Sekretäre richteten die eingegangenen Schriftstücke ihrer Kollegien zur Beratung, trugen sie in ein Verzeichnis ein und überbrachten die Bescheide zur Unterschrift dem Markgrafen. Die Registratoren ordneten und sammelten die ergangenen Verordnungen in den Archiven, um gegebenenfalls auf sie zurückgreifen zu können. Von den Kanzleischreibern hatten die Protokollisten die Aufgabe, während der Kollegiensitzungen die Protokolle zu führen. Die Ingrossisten fertigten die Reinschrift der endgültigen Fassung, während den Kopisten die Vervielfältigung der Befehle zur Verteilung unter die Ämter, sowie die Neuanfertigung alter unleserlich gewordener Schriftstücke oblag. Botenmeister besorgten Annahme und Versand der Akten und zu den übrigen handlichen Verrichtungen standen die Kanzleiknechte bereit.

b) Justiz: Einführung des Landrechts. Hofgericht.
Malefizgericht.

Die Verwaltung der zivilrechtlichen Obliegenheiten der Markgrafschaft lag in den Händen des Hofgerichts. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit dieser Behörde wurde durch das

23. Innerhalb Gleichgestellten entschied zunächst der Rang des Kollegiums, dem sie angehörten, und dann das Dienstalter.

Baden-Durlachische Landrecht vom Jahre 1622 festgelegt.²⁴ Wie schon eingangs erwähnt, konnten Landrecht und Landordnung unter Georg Friedrich nicht mehr veröffentlicht werden. Nun hatte sein Sohn, Friedrich V., im Anfang seiner Regierung versucht, die Fortsetzung des Druckes und die Veröffentlichung der Ordnungen zu erreichen. Doch schon 1627 machten verschiedene Räte in bezug auf die Landordnung den Markgrafen darauf aufmerksam, daß eine weitere Drucklegung unratsam sei, da viele darin enthaltene Bestimmungen schon überholt seien und einzelne neue Verordnungen direkt entgegengesetzte Weisungen enthielten.²⁵ Ein Umdruck würde aber zuviel Geld verschlingen und sei deshalb besser auf eine spätere Zeit zu verschieben. Dazu sollte es allerdings nicht mehr kommen. Nach Beendigung des Krieges fragten verschiedene Amtleute bei der Regierung an, nach welchem Recht sie sich jetzt halten sollten, da weder das Landrecht veröffentlicht, noch Druckexemplare unter die Aemter verteilt worden seien.²⁶ Der Markgraf ordnete hierauf die Suche nach dem Verbleib der Druckbögen an. In Durlach selbst wurden nur noch wenige vollständig vorgefunden, das Uebrige war ein Haufen loser Blätter. Da viele Exemplare während des Krieges in private Hände geraten waren, erging an die Aemter der Befehl, die unrechtmäßigen Besitzer unter Strafandrohung zur Rückgabe zu veranlassen. Der Erfolg scheint allerdings gering gewesen zu sein, zumal eine größere Menge der Druckbögen nach der Markgrafschaft Baden-Baden verschleppt worden war. Die Aufforderung des Fürsten an dem Landrecht zeitgemäße Aenderungen vorzunehmen, lehnten die damaligen Mitglieder des Hofrats als zu zeitraubend ab, sodaß dadurch die Herausgabe nur noch unnötig verzögert werde.²⁷ Schließlich erklärte der Markgraf sich mit dem unveränderten Erscheinen des Gesetzbuches einverstanden. Am 8. Mai 1654 wurde die Ver-

24. Der genaue Titel lautet: Landrecht / Der Fürstenthumben der Marggravschaftten Baden un Hachberg / Landgraveschaftt Sausenberg / auch Herrschaftten Röttlen und Badenweyler / u. Jnn sibem Teyl verfasset.

25. B. G. 2803.

26. B. G. 1377. Anfrage vom Jahr 1651.

27. Der Hofrat bestand damals aus dem Statthalter und Geheimrat Konrad Heinrich von Selmnitz, Dr. Felix Linsemann, Dr. Johann Georg Sigwart und Martin Zandt. 6. Mai 1653. B. G. 1377.

öffentlichung angekündigt mit dem Bemerken, daß alle seit dem Jahre 1622 erschienenen Ordnungen und Befehle in Kraft bleiben sollten. Damit war eine ganze Reihe veralteter Bestimmungen hauptsächlich der Landordnung außer Geltung gesetzt, bevor sie überhaupt bekannt gegeben wurden. Von ehemals aufgelegten 1500 Exemplaren hatte man nur noch 300 zusammengebracht.²⁸ Sie wurden mit einem neuen Vorwort versehen, gebunden und unter Anrechnung von einem Dukaten (gleich 3 fl.) für das Stück im Verlauf der Jahre 1654 und 1655 unter die Ämter verteilt. Erst von diesem Zeitpunkt an hatte das Hofgericht seine feste rechtliche Grundlage, die vorher neben den Reichserlassen nur in den Einzelverordnungen Ernst Friedrichs und Georg Friedrichs bestanden hatte.²⁹ Das Baden-Durlachische Landrecht hat fast unverändert noch zwei Neudrucke erlebt und zwar 1710 unter Karl Wilhelm und 1773 unter Karl Friedrich.³⁰ Die Landordnung wurde nach einem vergeblichen Versuch im Jahre 1686 nochmals 1715 aufgelegt.

Ueber die Besetzung des Hofgerichts sagt das Landrecht in seinem zweiten Titel seines zweiten Teiles Folgendes aus: „Das Hofgericht soll jederzeit mit einem Hofrichter, der ein Adliger sein soll, sowie mit anderen Adelspersonen aus den Oberamtleuten und gelehrten Räten, sowie von der gemeinen Landschaft besetzt werden. Sie werden eidlich auf die Rechte und Ordnungen verpflichtet“. Als Sitzungstage waren der Montag nach Quasimodogeniti (Sonntag nach Ostern) und der Montag nach Aegidii (1. September) festgelegt. Dazwischen konnten freilich

28. B. G. 2803.

29. An Reichserlassen waren damals gültig: Für die allgemeinen staatsrechtlichen Verhältnisse der Augsburger Religionsfriede 1555, Westfälischer Friede 1648 und Reichstagsabschied 1654. Für das Strafrecht die Peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. (Carolina) vom Jahr 1532, für das Gewerbe- und Privatrecht die Reichspolizeiordnungen (die letzte vom Jahre 1577); vgl. Carlebach, a. a. O. Bd. II.

30. Die Rechtspraxis allerdings war von dem Sinne des Landrechts schon weit abgewichen. Paul Lenel: Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich (1738—1803). a. a. O. Von gleichem „Beharrungsvermögen“ war man im 19. Jahrhundert gegenüber dem Code Napoléon, der nach dem Sturze des Kurses als Großherzoglich Badisches Landrecht unverändert in Kraft blieb. Vgl. Willy Andreas: Die Einführung des Code Napoléon in Baden. (Zeitschr. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Bd. 31 (1910) S. 182 ff.) S. 226.

in dringenden Fällen Hofrichter und Räte in einer zu bestimmenden Woche einstweilige Entscheidungen treffen.³¹ In diesem Passus lag schon der Kern für die später erfolgte personelle Vereinigung des Hofgerichts mit dem Hofrat. War eine einstweilige Entscheidung getroffen — die ja in Abwesenheit der Oberamtsmänner und der aus der Landschaft gewählten Beisitzer vor sich ging — dann traten Hofrichter und Räte auch bei der Vollsetzung für das gewonnene Urteil ein. Hinzu kam noch, daß weder die adligen Vertreter der Landesämter noch die Landschaftsvertreter juristische Bildung besaßen. Aus diesem Grunde wies schon die Kanzleiordnung von 1672 die Behandlung aller Schlichtungsfälle und Vergleiche dem Hofrat zu. Erst beim Scheitern aller Bemühungen übergab man sie dem Hofgericht. Für die Untertanen war das Hofgericht Appellationsbehörde gegen die Urteile des Untergerichts. Den Mitgliedern des Hofstaates, den Beamten und Adelpersonen diente es als erste Instanz. Appellation an das kaiserliche Kammergericht gegen Urteile des Hofgerichts war für Inländer verboten.³² Da allerdings die Markgrafschaft das „privilegium de non appellando“ gegenüber den Reichsgerichten nicht besaß, war eine zwangsweise Durchführung dieser Bestimmung nicht zu erreichen.³³ Ausländer mußten bei Anrufung eines Reichsgerichts 3 fl. hinterlegen und beschwören, daß die Appellation nicht aus Böswilligkeit geschehen sei. Waren in einem solchen Prozeß auch Landeskinder mit verwickelt, dann stand ihnen die Berufung ebenfalls frei. Zu dem Bestand des Hofgerichts gehörten zwei geschworene Hofprokuratoren. Parteien, die aus irgendeinem Grund sich verhindert sahen, zu den Hofgerichtsverhandlungen zu erscheinen, konnten sich durch einen Prokurator vertreten lassen. Kläger aus den anderen Reichsgebieten durften auswär-

31. Als Sitzungstag war hierfür der Mittwoch vorgesehen.

32. Landrecht Teil II Titel 36.

33. Mit dem Neuaufbau des badischen Kurstaates unter Brauer im Jahre 1803 war die Verleihung dieses Privilegiums verbunden. Lenel a. a. O. S. 160. Windelband a. a. O. S. 234. Für die Gesamtentwicklung vgl. Willy Andreas: Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. Bd. 1: Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. (Leipzig 1913) S. 38 ff.

tige Prokuratoren nur in Verbindung mit einem einheimischen Hofprokurator zur Stellvertretung ermächtigen. Die Ausarbeitung und Aufsetzung der Verteidigungsschriften war Aufgabe der Advokaten. Armen Parteien wurde auf Antrag des Hofrichters kostenloser Rechtsbeistand gewährt.³⁴

Ein Rest alter landständischer Rechte hatte sich noch auf dem Gebiet der Strafjustiz in der Institution der Peinlichen und Malefizgerichte erhalten. Nach Vorschrift der Malefizordnung, die als 7. Teil dem Landrecht angegliedert wurde, bestand für jeden unbescholtenen und über 25 Jahre alten Mann die Möglichkeit, sich als Richter wählen zu lassen. Das Gericht trat nach Bedarf zusammen; seine Mitglieder durften nicht näher als bis zum vierten Grad miteinander verwandt sein. Bei Prozeßfällen, die um „Leib und Leben“ des Angeklagten gingen, war ein Gerichtskörper von mindestens 12 Personen vorgeschrieben. Verhandlung und Urteilsverkündung sollten, soweit es durchführbar war, an einem Tage erfolgen. Die Verwaltung dieser Gerichte lag außerhalb der Zuständigkeit der Zentralbehörden, ihre Urteile waren nicht der Appellation an das Hofgericht unterworfen.³⁵ Für den werdenden absoluten Staat war aber eine solche Ausnahmestellung nicht tragbar. Schon bald nach Inkraftsetzung des Landrechts wurde die Unabhängigkeit der peinlichen Gerichte durch den Markgrafen stark beschränkt, indem er sich ein Revisionsrecht der malefizgerichtlichen Urteile vorbehielt.³⁶ Damit war ihnen der wichtigste Faktor ihres Einflusses genommen. Seitdem hatten die Sitzungen der Malefizgerichte nur noch formelle Bedeutung, während die tatsächlichen Entscheidungen in zunehmendem Maße beim Markgrafen bzw. beim Hofrat lagen. Soweit noch örtliche Sonderbestrebungen im Gange waren, wurde ihr Schicksal durch die Auflösung der Landschaftsausschüsse besiegelt.

34. Als arm i. S. des Landrechts galten alle Personen, deren Gesamtvermögen noch nicht 50 fl betrug. Teil II Titel 9.

35. Landrecht Teil II Titel 22.

36. Befehl vom 20. Okt. 1655 enthalten in der Verordnungssammlung B. G. 2812 nach Lenel a. a. O. S. 215 auch Justizverwaltung 3894.

c) Finanzen: Rentkammer. Ende der Landschafts-
ausschüsse. Deputationsrat.

Eine gute und zweckmäßige Verwaltung der Finanzen war für jedes Territorium im absolutistischen Zeitalter die Voraussetzung für die Behauptung seiner Stellung den anderen Staaten gegenüber. Für Oesterreich und Preußen bedeutete die Notwendigkeit zwecks Steuerbewilligung Zugeständnisse an die Landstände zu machen eine Beeinträchtigung ihres außenpolitischen Auftretens, für ein kleines Gebiet wie Baden-Durlach dagegen unmittelbar eine Bedrohung seines staatlichen Bestandes. Die Versäumnis der Erfüllung finanzieller Verpflichtungen gegenüber Kreis und Reich konnte eine Strafexekution nach sich ziehen. Anleihen bei benachbarten Fürsten waren fast immer gleichbedeutend mit Abtretung von Zehntrechten oder gar von Landesteilen. Das Los von Baden-Baden um die Jahrhundertwende diente den durlachischen Markgrafen als abschreckendes Beispiel. Trotz der Folgen der Niederlage im dreißigjährigen Krieg hat die bessere Finanzverwaltung auch späterhin Baden-Durlach ein kleines Uebergewicht über die baden-badische Markgrafschaft verschafft.³⁷ Die Rentkammer als verantwortliche Finanzbehörde konnte nur ersprießliche Arbeit leisten, wenn ihr Geschäftsgang nicht allzu häufigen Aenderungen unterworfen war. Nach diesem Erkenntnissatz ließen sowohl der „ältere“ wie der „jüngere“ Friedrich die Kammerordnung vom Jahr 1611 in Geltung.³⁸ Da diesem Kollegium im allgemeinen keine Repräsentation zukam, gehörten ihm mit Ausnahme des den Vorsitz führenden Kammermeisters keine Adligen an. Der stellvertretende Vorsitzende war der Kammerprokurator. Wie schon sein Titel besagt, war er der juristische Berater der Kammer und vertrat als solcher mit einem der Hofräte den baden-durlachischen Fiskus in Prozeßangelegenheiten. Zwei bis drei Rentkammerräte vervollständigten das Finanzkollegium. Der Kammer untergeordnet war der Rechenrat, der gewöhnlich vier

37. 1654 war Friedrich V. gezwungen beim Kaiser ein Moratorium der Schuldenzahlungen zu beantragen.

38. Sie wurde unverändert herausgegeben durch die Kammerordnung von 1652 und eine Rechenratsinstruktion vom gleichen Jahr B. G. 1502. 1504.

Rechenräte und zwei bis vier Adjunkten als Gehilfen umfaßte.³⁹ Hier führte einer der Kammerräte den Vorsitz. Prüfung und Zusammenstellung der eingehenden Rechnungen war die Hauptaufgabe dieser subalternen Behörde. Der Verwaltung der Rentkammer unterstanden die Einkünfte aus den Kammer- und Kirchengütern und zwar Geldzinsen und Naturalabgaben, Verpachtung der Bergwerksbetriebe, Anfertigung von Bestallungsbriefen und Vornahme von Besoldungen, Kontrolle der Einzugsbeamten, Anweisung auf Zahlung von fälligen Schuldbeträgen und schließlich am Ende des Rechnungsjahres Bilanzanfertigung über Einnahmen und Ausgaben.⁴⁰ Bei Beratungen über die wirtschaftliche Seite der Hofhaltung, die ebenfalls zu den Obliegenheiten der Kammer gehörte, wurde der Haushofmeister als Vertreter des Hofstaates hinzugezogen. Anfangs- und Endtermin des Rechnungsjahres war der Georgitag (23. April).⁴¹ Bis zu diesem Tag waren die Jahresrechnungen abzuschließen und die Einnahmen und Ausgaben zu entrichten. Für gleichbleibende Abgaben an Geld, Frucht und Wein mußten an Jakobi (25. Juli), Martini (11. November), Mariae Lichtmeß (2. Februar) und an Georgi Quartalabrechnungen aufgestellt werden. Zur Rechnungsabhör mußten die Einzugsbeamten persönlich vor der Kammer erscheinen. Gerade diese Anordnung wurde schlecht eingehalten und Friedrich Magnus hat sie später wieder ausdrücklich eingeführt.⁴² Bei Antritt ihres Amtes hatten die „verrechneten Diener“ einem ihrem Range entsprechende Kautionssumme zu hinterlegen, an deren Stelle mitunter auch die schriftliche Bürgschaft eines von der Kammer anerkannten Gewährsmannes treten konnte.⁴³ Entlassung von Rechenbeamten stand wie bei anderen Beamten- und Dienerstellen nur dem Markgrafen zu.

39. B. G. 1326.

40. Erhalten ist noch ein baden-durlachisches Rentkammerexpeditionsjournal in der Protokollsammlung No. 1450. Es enthält sämtliche Ausgänge von Rechnungen vom 15. Nov. 1659 bis zum 29. Dez. 1668.

41. Gedruckte baden-durlachische Verordnungen B. b. 15. Rechnungsinstruktion vom 27. Okt. 1703, die auf ältere Verordnungen zurückgeht.

42. Punkt 40 der Rechnungsinstruktion von 1703.

43. Kammerordnung 1611. B. G. 1500. August Roth: Die Rechtsverhältnisse der landesherrlichen Beamten in der Markgrafschaft Baden-Durlach im 18. Jahrhundert. (Heidelberger juristische Dissertation 1906.)

Zu dem Aufgabenkreis der Kammer gehörte auch noch das Forstwesen, da in Baden-Durlach keine eigene Forstverwaltungsbehörde vorhanden war. Die Leiter der Forstämter nämlich Oberforst- und Forstmeister, die durchweg dem Adelsstande angehörten, unterstanden dagegen nur dem Hofrat.

Dem ständig steigenden Bedarf an Bargeldmitteln konnten die Reineinnahmen, die die Rentkammer zu erzielen vermochte, nicht mehr genügen. Unter dem Druck der Verhältnisse entschloß sich die baden-durlachische Regierung außerordentliche Steuern aufzulegen, trotz der großen Nachteile, die eine solche finanzielle Neubelastung für die notleidende Bevölkerung haben mußte. Sie griff deshalb auf die Einberufung der Landschaftsausschüsse zurück, die beinahe schon durch den letzten großen Krieg beseitigt worden wären.⁴⁴ Verschwunden war die Bedeutung der Landschaften für das Aufgebot der Truppen, geblieben war jedoch das Recht der Steuerbewilligung.⁴⁵ Bei der Zusammenkunft unterließ man es fortan sämtliche Ausschüsse an einem Tagungsort zu vereinen.⁴⁶ Wahrscheinlich glaubten die Markgrafen bei getrennten Sitzungen des Ober- und Unterlandes außer der sich ergebenden Zeitersparnis eine Beeinflussung der Landschaften in ihrem Sinne leichter erreichen zu können. Zum größten Teil tagten sogar nur noch die engeren Ausschüsse der Landschaften.⁴⁷ Ihre Vertreter setzten sich aus Vögten und Ratsmitgliedern der Dörfer und Städte der Markgrafschaft zusammen. Der Adel hatte sich schon seit Bestehen der Landtage mit einer einzigen Ausnahme an den Sitzungen nie beteiligt.⁴⁸ Zahlenmäßig war der Adel Baden-Durlachs zu einer

44. Eberhard Gothein: Die Landstände am Oberrhein. (25 Jahre der Badischen Historischen Kommission (1909) S. 29—50).

45. Karl Seith: Wesen und Bedeutung der landständischen Einrichtung des Markgräflerlandes am Ausgange des Mittelalters. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte. (Basler Jahrbuch. Jahrg. 1927. S. 147—166).

46. Vgl. Friedrich von Weech: Die badischen Landtagsabschiede von 1554—1668. (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. Alte Folge. 29 (1877) S. 323—423).

47. Für gewöhnlich waren im Oberland Emmendingen, im Unterland Durlach (Schloß Karlsburg) die Tagungsorte.

48. Eberhard Gothein: Die Landstände am Oberrhein a. a. O. Der Ausnahmefall war ein Landtag im Jahr 1536, auf dem sämtliche Landstände ihren Einfluß geltend machten, daß wegen der Teilung des Landes zwischen Markgraf Bernhard III. und Markgraf Ernst keine kriegerischen Auseinandersetzungen entstanden.

eigenen einflußreichen Standesvertretung zu schwach, zumal ja seit Einführung der Reformation die Unterstützung durch die hohe Geistlichkeit in Wegfall kam. So zog er es vor, sich durch Annahme von Oberbeamtenstellen dem markgräflichen Verwaltungsapparat einzugliedern. Die Verbindung der Landschaftsausschüsse zu den Zentralbehörden wurde durch die Person des Landschaftssyndikus hergestellt. Dr. Johann Georg Sigwart, der dieses Amt bis zur Aufhebung der Landtage bekleidete, gehörte zugleich dem Hofrat an. Er ließ im Namen des Markgrafen die Ausschüsse einberufen und leitete in dessen Abwesenheit mit einem weiteren Hofratsmitglied die Versammlung. Nach Bewilligung einer Steuerauflage verwaltete er die eingegangenen Beträge, die in einer Kasse, der sogenannten Landschaftslegestelle gesammelt wurden.⁴⁹ Zahlungen aus der Kasse nahm die Rentkammer gemeinsam mit Vertretern der Landschaftsausschüsse vor.⁵⁰

Im Jahre 1652 hatte man auf persönliche Initiative Friedrichs V. als neue Art der Steuerauflage die Erhebung des Akzises eingeführt. Während bisher nach altem Brauch der Grundbesitz und das Vermögen eingeschätzt und mit Steuern belegt wurde, versuchte man jetzt nach dem Beispiel des gewerblich schon regeren Herzogtums Württemberg den Einzug einer Umsatzsteuer. Zu diesem Zwecke wurde eine Tarifliste aufgestellt, die alle Waren umfaßte, die im damaligen Handel vertrieben wurden. Nicht nur Kauf und Verkauf einer Ware war durch sie besteuert, sondern jede Art von Besitzwechsel wie Tausch und Verleihen. Bei einem Handelsgeschäft innerhalb des Landes mußten Käufer und Verkäufer je die Hälfte der angesetzten Gebühr bezahlen, soweit nicht für jeden ein besonderer Tarif vor-

49. Die Einzieher der Landschaftsgelder wurden Landschaftserheber, nach der Neugestaltung der Steuerauflage entsprechend ihrer Tätigkeit Schatzungseinnnehmer oder Akzisoren genannt. Die Landschaftskasse befand sich in Pforzheim, später kam sie als Deputationskasse (Obereinnahme) nach Durlach.

50. Dies waren der Stadtschreiber, der Keller und ein Stadtrat aus Pforzheim. Der Stadtschreiber hatte eine Taggebühr von 1 fl. 40 kr. Die andern beiden ein Jahresgehalt von je 100 fl. Der Syndikus Dr. Sigwart erhielt jährlich 100 Reichstlr. neben seinem Hofratseinkommen. Vgl. F. v. Weech: Die badischen Landtagsabschiede a. a. O. Nebenrezeß v. 4. April 1655 Punkt 3 u. 4.

gesehen war. Im Verkehr mit dem Ausland trug der inländische Geschäftsteil alles. 1653 bewilligte der Landschaftsausschuß die Akzissteuer auf zwei weitere Jahre. Ferner wurde gestattet bei Geldmangel für den Steuerbetrag Naturalien anzunehmen, wenn diese zur Versorgung des Hofstaates geeignet waren. Nach Ablauf dieser beiden Jahre kehrte man 1655 mit Einteilung der Auflage in Kopf- und Besitzsteuer zum Schatzungssystem zurück, ohne aber die reine Verkaufssteuer (Pfundzoll und Maßkreuzer), fallen zu lassen. Als Jahressumme setzte die Regierung 16 000 fl. fest, die dann bis 1658 jährlich genehmigt wurde. Der Ausschuß des oberen Teiles der Markgrafschaft lehnte dagegen die Weiterführung der Verkaufssteuer ab und trat für die ursprüngliche Gestalt der Schatzungssteuer ein. Dafür erklärte er sich bereit, zur Sicherstellung der bewilligten Gelder eine Kautions zu hinterlegen. Im folgenden Jahre 1657 nahm der unterländische Ausschuß eine neue Gebührenstaffelung seiner Schatzungssteuer vor, die tatsächlich auf die Wiedereinführung des Akzises hinauslief. Von diesem Zeitpunkt an hatte die Markgrafschaft zwei Steuersysteme ihrer landschaftlichen Einkünfte, für das Oberland die Schatzung, für das Unterland den Akzis. Als Ausgleich für das straffere und genauere Akzissystem, wurde der durchschnittliche Schatzungsfuß des Oberlandes etwas höher angesetzt. Verschiedene Male in späteren Jahren haben die durlachischen Markgrafen ohne Erfolg versucht den Akzis auch in den „breisgauischen“ Aemtern wieder zur Einführung zu bringen.⁵¹

Friedrich VI. berief die Landtage nur noch selten ein. Sie waren ihm hinderlich in der Ausführung seiner Pläne, die neben der Schuldenabtragung noch die Errichtung verschiedener Baulichkeiten und den Ausbau des Durlacher Gymnasiums vorsahen. Hatte er schon mit seiner Kammer manchen Kampf auszufechten, um die nötigen Geldmittel bewilligt zu bekommen, so war er nicht geneigt, dasselbe auch mit dem Ausschuß einer Landschaft tun zu müssen. Dazu kam die partikularistische Einstellung der Ausschüsse, von denen jeder befürchtete mehr bewilligen zu müssen als die Vertretung des anderen Landes-

51. So z. B. im Jahre 1670. B. G. 10198 und in den Jahren 1699 und 1700 B. G. 9018.

teils. Vielleicht bewog den Markgrafen auch die Hoffnung, nach Aufhebung der Landtage eher zu einem einheitlichen Steuersystem zu gelangen. Die Gründe, die die Hofräte Sigwart und Keckh bei den Schlußsitzungen im Auftrage des Markgrafen angaben, kamen erst in zweiter Linie, wenn sie nicht überhaupt nur als Vorwand gedient hatten.⁵² Die als Begründung vorgebrachte Beschwerde, die Gläubiger der Markgrafschaft hätten sich beim Kammergericht zu Speyer und beim Reichshofrat zu Wien über verspätete und nicht erfolgte Bezahlung der Schulden beschwert, erweckt mehr den Eindruck eines bloßen Einschüchterungsversuchs gegenüber den Landschaftsvertretern, denen dadurch der Markgraf in einer Zwangslage erscheinen mußte. Jedenfalls erfolgte von seiten der Ausschüsse kein Widerspruch mehr.⁵³ Nach der Zusage, die Summen, die über die bewilligten Subsidiengelder hinaus eingehen sollten, für Abtragung der landschaftlichen Schulden zu verwenden, und nachdem weiterhin eine spätere Senkung der Steuersätze in Aussicht gestellt worden war, gaben die Ausschüsse ihre Zustimmung zur Einstellung der Landtage. Die Weiterwahl von Landesauschußmitgliedern, die man im Oberland noch einige Jahre nach der Auflösung vorgenommen hatte, war das letzte Lebenszeichen einer ehemals einflußreichen landständischen Selbstverwaltung in Baden-Durlach.⁵⁴ Die Fortführung der Geschäfte behielt der Syndikus mit Hilfe der seitherigen Einzugsbeamten einstweilen bei.

Die Hauptfrage war nun, wer die Verwaltung der Landschaftsgelder und die damit zusammenhängenden Befugnisse übernehmen sollte. Das nächstliegende wäre eine Personalvermehrung der Rentkammer gewesen, um bei getrennter Buch-

52. Die Schlußtagungen waren am 3. Sept. 1668 zu Karlsburg und am 26. Sept. des gleichen Jahres zu Emmendingen.

53. Die Vertreter von Sausenberg-Rötteln und Badenweiler, die das Schlußprotokoll der oberen Markgrafschaft nicht mitunterzeichnet hatten, mußten bald ihren „passiven Widerstand“ aufgeben. Vgl. Karl Seith: Wesen und Bedeutung der landständischen Einrichtung des Markgräflerlandes am Ausgange des Mittelalters a. a. O. Eberhard Gothein: Die Landstände am Oberrhein a. a. O.

54. Karl Seith: Grabtafeln von Mitgliedern der alten badendurlachischen Landstände im Markgräflerland und deren Bedeutung. („Das Markgräflerland“, Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, I. Jahrgang 1929/30 S. 11—36).

führung das Finanzwesen in einer Behörde zu vereinigen. Von dieser Lösung nahm die markgräfliche Regierung nicht mit Unrecht Abstand. Eine Verwaltungsübernahme der Landschafstkasse durch die Rentkammer hätte mit großer Wahrscheinlichkeit die Landschaftsvertreter wieder auf den Plan gerufen. Man mußte schon den Anschein vermeiden, die Landschaftsgelder für andere als die vorgeschriebenen Zwecke verwenden zu wollen. Da eine andere Behörde hierfür aber nicht in Betracht kam, war der letzte Ausweg die Schaffung einer eigenen Verwaltungsinstanz. Als Friedrich VI. im Jahre 1672 den Deputationsrat — so wurde die neue Behörde genannt — ins Leben rief, mag er wohl ein ähnliches Ziel im Auge gehabt haben, wie es dann später Karl Friedrich 1753 mit der Bildung der Geheimen Deputation vorschwebte, nämlich eine engere Zusammenarbeit der Außen- und Innenverwaltung mit den Finanzbehörden zu erreichen.⁵⁵ Während aber die geheime Deputation nur ein Ausschuß aus den drei Kollegien Geheimrat, Hofrat und Rentkammer darstellte, war der Deputationsrat eine selbständige Zentralbehörde. Nicht zu vergleichen mit diesen beiden Einrichtungen ist die Geheime Deputation unter Karl Wilhelm, die 1729 eingesetzt wurde. Ihr gehörten neben dem Erbprinzen alle wirklichen Geheimen Räte und drei Geheime Hofräte an, diente aber nur als vortragende und beratende Instanz des Markgrafen.⁵⁶ Friedrich VI. zeigte schon durch die Besetzung des neuen Rates an, daß er ihm nicht den Rahmen einer gewöhnlichen Finanzbehörde geben wollte. Kein geringerer als der Freiherr Karl Sigismund von und zu Cronegk bekam den Vorsitz. Diesen um die spätere Neugestaltung der Behörden so sehr verdienten Verwaltungsbeamten hatte der Markgraf eigens zu diesem Zweck aus pfälzischen Diensten übernommen. Er ernannte von Cronegk gleichzeitig zum Präsidenten des Geheim- bzw. Hofrats.⁵⁷ Weiter gehörten der Haushofmeister Johann Elsener von Löwenstein, der Hofrat und ehemalige Landschafts-

55. Wolfgang Windelband a. a. O. S. 164/165.

56. Paul Lenel, a. a. O.

57. Man hatte inzwischen den Titel „Statthalter“ mit der Bezeichnung Präsident vertauscht. In Stellvertretung des Präsidenten führte der rangälteste adlige Rat den Titel Vizepräsident.

syndikus Dr. Johann Georg Sigwart, sowie ein weiterer Hofrat dem neuen Kollegium an⁵⁸ Als Prokurator diente dem Deputationsrat der damalige Rentkammerprokurator Jung. Unter diesen oblagen von Löwenstern und Jung recht und schlecht ihrem Pflichtenkreis ohne darüber hinaus an der Neugestaltung der Zentralverwaltung tätigen Anteil zu nehmen. Sigwart und Keckh dagegen, die schon die Auseinandersetzung mit den Landtagen zu einem für die Regierung glücklichen Ende geführt hatten, unterstützten Friedrich VI. und den Präsidenten von Cronegk durch eine Reihe von Vorschlägen und Denkschriften. Seinen prominenten Mitgliedern entsprechend wurden die Befugnisse des Kollegiums festgelegt. Neben der Betreuung der Schatzungs- und Akzisangelegenheiten bekam es die Kreis- und Reichssachen zugewiesen.⁵⁹ Damit war die Deputation zur obersten Zentralbehörde aufgestiegen und der Hofrat auf die reine Innenverwaltung beschränkt, was solange die Personalbesetzung beider Behörden zum überwiegenden Teil die gleiche war, mehr formelle als praktische Bedeutung hatte. Waren bis jetzt die Länder am Oberrhein ein rundes Vierteljahrhundert von der Brandfackel des Krieges verschont worden, so entzündete sie sich mit dem Einfall der Franzosen 1674 von neuem. Zum ersten Male nach dem Westfälischen Frieden erlitt die Verwaltungsmaschinerie Baden-Durlachs eine von außen kommende Störung, die zum Glück nach kurzer Zeit wieder behoben werden konnte. Der Erbprinz Friedrich Magnus war nach Beginn der Kriegshandlungen mit dem gesamten Hofstaat nach Basel geflohen. Der Markgraf selbst wurde zum Reichs-General-Feldmarschall ernannt und beteiligte sich am Feldzug.⁶⁰ Da erhielt am 29. März 1675 der Präsident von Cronegk durch den Markgrafen den Befehl, die Rent- und Rechenkammer aus Er-

58. B. G. 1315. Dieser Faszikel stammt zwar erst aus dem Jahre 1679, gibt aber eine Darstellung der Anfänge der Deputation. Ebenso in B. G. 1319. (1693—1707). Leider ist der Name des zweiten Hofrats nicht mehr festzustellen, obwohl er selbst der Verfasser der Handschrift ist. Im Texte steht... „und meine Person“. Eine Unterschrift fehlt. Vermutlich ist es der Hofrat Johann Christian Keckh, der zusammen mit Löwenstern und Sigwart die letzte Landtagssitzung zu Emmendingen am 26. Sept. 1668 leitete.

59. B. G. 1319.

sparnisgründen aufzulösen. Ihr Arbeitsbereich sollte von jetzt an von der Deputation mit versehen und an Personal aus der Rentkammer lediglich der Kammerrat Obrecht übernommen werden.⁶¹ Von Rechnungsrückständen mußten die Rechenräte, wenn bei der Uebergabe ein Verschulden ihrerseits festgestellt wurde, zwei Drittel des Fehlbetrages bezahlen, bis dahin waren sie in Arrest zu halten. Eine Verminderung des Personalbestandes in solch starkem Maße hätte sich aber doch schwerlich verwirklichen lassen. Man begnügte sich dann bei der Vereinigung mit der Entlassung eines Kammerrates (Erhardt Kiefer), zweier Rechenräte und eines Rechenratsadjunkten.⁶² Durch den Fall der Festung Philippsburg, deren Einnahme Friedrich VI. am 17. September 1676 gelang, wurde nochmals schwereres Unheil verhütet. Mit der Rückkehr des Hofes nach Durlach konnte auch die Rentkammer wieder ihre Tätigkeit aufnehmen.

d) Kultus: Kirchenrat. Schulwesen.

Eine der ersten Regierungshandlungen Friedrichs V. nach Kriegsende, während er selbst noch in der Verbannung weilte, war der Befehl zum Neudruck der Baden-Durlachischen Kirchenordnung.⁶³ Die im Jahre 1649 in Straßburg herausgekommene neue Druckausgabe war noch die gleiche Ordnung, mit der Karl II. 1556 die Einführung der Reformation in der Markgrafschaft bestätigte. Sie war inzwischen 1579 nochmals unverändert abgedruckt und von Georg Friedrich 1612 um eine besondere Fluchverordnung erweitert worden. Durch Herausgabe dieser alten Kirchenordnung wollte der Markgraf nach außen gleichsam symbolisch zum Ausdruck bringen, daß er nach dem Vorbild seiner Vorfahren auch weiterhin getreu am protestantischen Glaubensbekenntnis festzuhalten, und trotz der politischen Niederlage keinerlei Zugeständnisse an die katholischen Reichsstände zu machen gedenke. Aus diesem Grunde hat

60. F. v. Weech: Badische Geschichte, S. 360.

61. B. G. 1379.

62. B. G. 1506. Durchgeführt am 9. April 1675.

63. Der Markgraf war erst im Laufe des Jahres 1650 in sein Land zurückgekehrt.

er es auch in den ersten Friedensjahren vermieden, einen geistlichen Titel anzuerkennen, der durch die feindliche Landesadministration verliehen worden war.⁶⁴ Inbezug auf das Land selbst war es eine verwaltungstechnische Maßnahme, wie jede andere Regierungsverordnung auch. Der Kirchenrat als verantwortliches Kollegium in kirchlichen Angelegenheiten war nichts weiteres als ein Organ der Innenverwaltung. Schon rein äußerlich war dies daran zu bemerken, daß seine Vertretung neben geistlichen auch weltliche Räte enthielt und der Vorsitz sogar einen weltlichen Kollegienmitglied (Hofrat) übertragen war.⁶⁵ Befehle und Verordnungen des Kirchenrats konnten sich mit Genehmigung des Hofrats auch an die staatlichen Stellen wenden. So waren z. B. nach der Kirchenordnung Schultheissen oder Gerichtspersonen verpflichtet, während der Sonntagspredigt die Wirtshäuser nach Saumseligen abzusuchen und in Geldstrafe zu nehmen. Rückfällige wurden gar mit dem Halseisen bestraft. Auch an der Kirchentür mußten zwei Männer vom Gericht die fehlenden Gemeindemitglieder feststellen. Die Kirchenvisitationen gaben ebenso Aufschluß über die wirtschaftliche Lage der Untertanen wie über Angelegenheiten der Seelsorge.⁶⁶ Eine gewisse Selbständigkeit hatte der General-

64. Vgl. Karl Friedrich Vierordt: Geschichte der im Jahre 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 nach Karlsruhe verplanten Mittelschule (Karlsruhe 1859).

65. Nach Karl Gustav Fecht: Geschichte der Stadt Durlach (Heidelberg, 1869) hatte 1655 der Kirchenrat folgende Besetzung: Kirchenratsdirektor Hofrat Dr. Felix Linsemann, Hofrat Martin Zandt und Kameralist Erhart Eck als weltliche und den Rektor des Gymnasiums Konrad Weininger, sowie den Generalsuperintendenten Johann Friedrich Heilbronner als geistliche Mitglieder.

66. Die Visitationsvorschriften enthielten nämlich neben Fragen nach dem Fleiß und der Wirksamkeit der Pfarrer und Lehrer, auch solche nach Besoldungsverhältnissen, zogen Erkundigungen ein über die Anzahl der Dienstboten, über das Vorhandensein von Hebammen, über den baulichen Zustand von Kirchen und Schulen usw. Albert Krieger: Die kirchlichen Verhältnisse in der Markgrafschaft Hochberg im letzten Drittel des 17. Jahrh. (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. N. F. 15 (1900) S. 259—324). Die gleichlautende Abhandlung von Otto Bihler (Breisgauer-Chronik. Beilage zum Freiburger Boten, 5. Jg. 1913, S. 35—36, 39—40). Karl Mühlhäusser: Die Volksschule in der ehemaligen Markgrafschaft Baden-Durlach (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. A. F. 23 (1871) S. 67—89 u. S. 205—262). Ein Fragenverzeichnis für Kirchen- und Schulvisitation enthält die Sammlung gedruckter Baden-Durlachischer Verordnungen B. b. 16.

superintendent des Landes bei Anstellung der Geistlichen besessen. Als aber ein Jahr nach Auflösung der Landschaftsausschüsse auch diese Würde abgeschafft wurde, ging dieses Recht an den Kirchenrat über, und war damit mehr oder weniger auch von der Zustimmung des Markgrafen abhängig.⁶⁷

Die geistlichen Kirchenräte gehörten dem Ehegericht an. Diese Gerichtsbehörde war nichts weiteres als ein um 3—4 Oberbeamten und 3 Theologen erweitertes Hofgericht. Da es im 17. Jahrhundert im allgemeinen nur zwei geistliche Kirchenräte gab, wurde als dritter theologischer Sachverständiger ein Spezialsuperintendent (rangältester Pfarrer eines Spezialats) hinzugezogen. Die Besetzung der übrigen Gerichtsstellen war dieselbe wie beim Hofgericht. Ehegerichtssitzungen fanden viermal im Jahre statt und zwar zweimal im Anschluß an die beiden Termine des Hofgerichts, ferner am Donnerstag nach Dreikönig und Donnerstag nach Johannis dem Täufer.⁶⁸

Als selbständiges Organ der Rechtsprechung amtierte der Kirchenrat in seiner Eigenschaft als Kirchengericht. In dieser Tätigkeit hatte er seine eigenen durch die markgräfliche Regierung vorgeschriebenen Befugnisse und war infolgedessen nicht dem Landrecht unterworfen. Vor dem Kirchengericht wurden sämtliche Straffälle behandelt, die sich Personen, die der Befehlsgewalt des Kirchenrats unmittelbar unterstellt waren, zuschulden kommen ließen. In erster Linie waren dies Pfarrer und Lehrer, sowie deren Familienangehörige und die Studierenden des Durlacher Gymnasiums. Die Sitzungstermine für dieses Gericht wurden von Fall zu Fall bestimmt.

Eine schwierige Aufgabe oblag dem Kirchenrat in dem Wiederaufbau der Schul- und Bildungsstätten des Landes. Hier machte sich der allgemeine Geldmangel am fühlbarsten bemerkbar. Die Rentkammer sträubte sich immer wieder, für diesen Zweck Mittel flüssig zu machen, die nach ihrer Ansicht anderweitig besser zu verwenden waren. Markgraf Friedrich V. ließ

67. Otto Fehr: Das Verhältnis von Staat und Kirche in Baden-Durlach in protestantischer Zeit (1556—1807) vornehmlich im 18. Jahrhundert (Freib. Philosoph. Diss. 1931, enthalten in den Veröff. d. Ver. f. Kirchengesch. i. d. Evang. Landeskirche Badens. Bd. 7 (1931).

68. Landrecht Teil III, Titel 1 und 2.

deshalb in den Jahren 1653 und 1654 eine freiwillige Steuer auflegen, um die Wiederrichtung des Gymnasiums durchführen zu können. Da nur knapp 2000 fl. eingingen, war man weiterhin gezwungen, alle Einnahmen von Strafgeldern, Hofalmosen und Ersparnissen aus augenblicklich vakanten Pfarr- und Schulstellen zum Unterhalt des Gymnasiums zur Verfügung zu stellen. Doch weil diese Maßnahmen sich nicht als ausreichend erwiesen, unterstellte kurzweg Markgraf Friedrich VI. im Jahre 1661 den Einzug der bisherigen Unterstützungsgelder der Rentkammer. Dadurch sah sich diese genötigt, für die jährlichen Unterhaltskosten des Ernestinums — so wurde das Durlacher Gymnasium nach dem Gründer Markgraf Ernst Friedrich genannt — aufzukommen.

Die Oberaufsicht über die erste Schule des Landes übte unter dem Titel des Ephorus ein vom Markgrafen bestimmter Kirchenrat aus. Alle wichtigen Entscheidungen wurden von ihm in Beratung mit dem Kollegium getroffen. Dem eigentlichen Schulbetrieb stand der Rektor vor. Das Gymnasium zerfiel in zwei Abteilungen, wovon das Gymnasium classicum einer heutigen Mittelschule vergleichbar mit 5, später 6 Klassen besetzt war. Für jede Klasse war ein Praeceptor bestellt. Eine Hochschule im kleinen stellte das Gymnasium publicum dar. Seinem Lehrkörper gehörten außer dem Rektor noch 4—5 Professoren an. Der Unterricht erfolgte hier in öffentlichen Vorlesungen. Für die besondere Unterweisung künftiger Theologen war dem Gymnasium ein Konvikt angegliedert, das durch staatliche und private Stiftungen (Stipendien) erhalten wurde. Die Studierenden anderer Fakultäten beschlossen ihre Ausbildung an den Universitäten des Reiches.⁶⁹

69. Näher auf den Lehrplan des Durlacher Gymnasiums einzugehen, würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen. Verwiesen sei noch außer der bereits genannten Literatur wie Karl Gustav Fecht: *Gesch. d. Stadt Durlach* und Karl Fr. Vierordt: *Gesch. d. im Jahre 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 nach Karlsruhe verpflanzten Mittelschule*, auf die ältere Literatur: Joh. Christ. Sachs: *Beiträge z. Gesch. des Hochfürstl. Gymnasii zu Karlsruhe*. Bei der feyerlichen Erinnerung der vor 200 Jahren geschehenen Stiftung desselben und seinem eigenen Amtsjubiläum. (Durlach 1787). Siegmund Friedr. Gehres: *Kleine Chronik von Durlach*. Ein Beitrag zur Kunde deutscher Städte und Sitten. Teil II (Mannheim 1827).

Der Schulbesuch nach Durlach war für die jungen Lernbeflissenen des Oberlandes zu umständlich. Um diesem Mißstand abzuhelpfen, begründete man dort sogen. Trivialschulen, die anstelle des „Classicums“ auf das „Publicum“ vorbereiteten. Die älteste Trivialschule war die Landschule zu Rötteln, die 1650 gegründet wurde.⁷⁰ Sie umfaßte zwei Klassen, wurde aber später, als sie nach der Zerstörung Röttelns (1678) nach Lörrach kam, auf drei Klassen erhöht. An der Pforzheimer Lateinschule lehrten drei Präzeptoren. Weitere Anstalten waren zu Lahr, Sulzberg und seit 1695 in Emmendingen.⁷¹ Als Präzeptoren amtierten Geistliche. Die Aufsicht war in den Händen der Speziale, die ihrerseits dem Kirchenrat Bericht erstatten mußten.

Das Volksschulwesen des Landes unterlag keiner einheitlichen Regelung von Seiten der Regierung. Es war von der Größe und finanziellen Leistungsfähigkeit der geistlichen Verwaltungen und Gemeinden in weitgehendem Maße abhängig, weshalb an den entsprechenden Stellen meiner Darstellung darauf zurückzukommen sein wird.

3. Landesämter und Kommunalbehörden.

a) Die Ämter und ihre Verwaltung.

Während die Gliederung der Zentralverwaltung der Markgrafschaft mancherlei Aenderungen erfahren hatte, ist das Verwaltungssystem der Landesämter in seinen Grundzügen dasselbe geblieben. Mit dem Wachsen der Macht der absoluten Landesherrschaft, steigerte sich zwar auch ihr autoritärer Einfluß, die Organisation aber als solche wurde hiervon wenig berührt. Die Verfassung der Aemter geht in ihren ersten Anfängen auf das 13. Jahrh. zurück und ist somit noch älter als die Hofbeamtenverwaltung, deren Beginn für Baden erst um die Wende des

70. Nach Holdermann soll sie sogar schon vor dem Dreißigjährigen Krieg bestanden haben. Friedrich Holdermann: Aus der Geschichte von Rötteln. Zur Erinnerung an die Jubelfeier des 500-jährigen Bestehens und der Neuherstellung der Kirche. (Lörrach 1903) S. 79.

71. Vgl. Karl Gustav Fecht, a. a. O. S. 315 Anm. — J. G. Pflüger: Geschichte der Stadt Pforzheim (Pforzheim 1862). — Heinr. Maurer; Emmendingen vor und nach seiner Erhebung zur Stadt (Emmendingen 1912).

14. und 15. Jahrhunderts anzusetzen ist.⁷² Die stärkere Gebundenheit an die historische Vergangenheit äußerte sich vor allem in dem Unterschied der Aemterstruktur des Oberlandes gegenüber der des Unterlandes. Die Eigenart des Alemannen beeinflusst durch die stammesverwandte Schweiz und ihr Gegensatz zu dem Wesen des dem fränkischen und schwäbischen Sprachgebiet angehörenden Unterländers, fand hier ihren sichtbaren Niederschlag. Die größere und einheitlichere Landmasse der Markgrafschaft lag im Süden. Die oberländischen Besitzungen waren in vier Oberämter eingeteilt: Roetteln, Sausenberg, Badenweiler und Hachberg. Von diesen bildeten Roetteln-Sausenberg, das Stammgebiet von Badenweiler und der zum Oberamt Hachberg gehörige Besitz Sulzberg ein einheitliches Ganzes. Zu Badenweiler gehörten außerdem noch drei kleinere Territorien innerhalb der breisgauisch-österreichischen Länder. Hachberg war vom verwaltungstechnischen Standpunkt ein besonders umständliches Gebilde. Es zerfiel nämlich in nicht weniger als sechs Einzelteile. Außer Sulzberg und dem Hauptgebiet um das gleichnamige Schloß bei Emmendingen, waren ihm noch die Rheinzollstelle Weißweil, Gebietsstücke um Königschaffhausen und Broggingen, sowie das mit dem Fürsten von Fürstenberg gemeinsam verwaltete Prechtal zugeteilt. Obwohl das Oberland kein selbständiges Herrschaftsgebiet mehr war, blieben die alten Hoheitsbezeichnungen immer noch in Gebrauch. Roetteln und Badenweiler nannten sich Herrschaften, Sausenberg Landgrafschaft und Hachberg Markgrafschaft. Auch frühere Unterteilungen der Ämter aus der Zeit der Blüte der Landstände waren noch anzutreffen. So in Roetteln-Sausenberg die Vierterteilung in das Roetteler, Weiler und Schopfheimer Viertel und den Sausenhart; in Badenweiler die Trennung in sieben obere und sechs untere Vogteien.⁷³

An der Spitze der Oberämter standen adlige Oberamt-männer. Den Titel Landvogt führten gewöhnlich nur die Oberamtleute von Hachberg und der zu einer Verwaltungseinheit

72. Otto Herkert: Das landesherrliche Beamtentum der Markgrafschaft Baden im Mittelalter, a. a. O.

73. Karl Seith: Wesen und Bedeutung der landständischen Einrichtungen des Markgräflerlandes am Ausgange des Mittelalters, a. a. O.

zusammengezogenen Aemter Roetteln-Sausenberg. Der Amtssitz Hachbergs war Emmendingen und derjenige Badenweilers die Stadt gleichen Namens. Der Landvogt von Roetteln-Sausenberg residierte zunächst auf Schloß Roetteln und seit 1682 zu Lörrach. Die gesamten oberen Lande waren fast durchweg von österreichischem Gebiet umgeben, mit Ausnahme vereinzelter zu Basel gehöriger Landstriche am Rhein im Südwesten, sowie der Straßburger Besitzungen an der Nordgrenze Hachbergs. Zum oberen Teil der Markgrafschaft ist auch die Herrschaft Lahr zu rechnen, die Baden-Durlach pfandweise von dem Grafen von Nassau übernommen hatte.⁷⁴ Ihre Verwaltung lag in den Händen eines bürgerlichen Amtmannes. Umschlossen war die Herrschaft von Mahlbergischen und Hohengeroldseckischen Territorien.

Die Verwaltungseinheiten des Unterlandes waren die sieben Aemter Durlach, Pforzheim, Mühlburg, Graben, Staffort, Stein und Langensteinbach. Unter ihnen nahmen die beiden erstgenannten Aemter insofern eine besondere Stellung ein, als ihre Administration gleich den Oberämtern der oberen Herrschaften Adelpersonen anvertraut war, nur daß sie hier unter der Amtsbezeichnung von Obervögten auftraten.⁷⁵ Die Gründe für die Heraushebung gerade dieser Aemter waren einleuchtend. Das Amt Pforzheim beherbergte die ehemalige Residenz und größte Stadt des Landes; im Amt Durlach lag der jetzige Sitz der Regierung und die Beamten dieses Amtes waren meistens zugleich Mitglieder der Zentralverwaltung. Die anderen Aemter unterstanden einfachen Amtleuten. Ihr Umfang war allerdings zum Teil so gering, daß häufig 2—3 Aemter von einem Amtmann verwaltet wurden. So waren öfters Stein und Langensteinbach, ferner Graben und Staffort vereinigt.⁷⁶ Der Grenzverlauf der

74. 1654 hatte Markgraf Friedrich V. für ein ihm von den Söhnen des Grafen Ludwig von Nassau geschuldetes Kapital durch Urteil des Reichskammergerichts die halbe Herrschaft Lahr (es waren die Orte Lahr, Dinglingen, Altenheim und Hugsweiler) mit allen Rechten zugesprochen bekommen. Die Besitzübernahme erfolgte 1659. Erst 1727 kam Lahr wieder an das Haus Nassau zurück. Ferdinand Stein: Geschichte und Beschreibung der Stadt Lahr und ihrer Umgebungen (Lahr 1827).

75. Unter Friedr. Magnus wurde auch das Amt Mühlburg mit einem Obervogt besetzt.

76. Graben und Staffort waren die beiden kleinsten Aemter des Landes.

unteren Markgrafschaft war ziemlich unregelmäßig. Von der südöstlichen Landecke oberhalb Pforzheims, die heute noch die badisch-württembergische Grenze bildet, zog er sich in nordwestlicher Richtung ungefähr dem Lauf der Pfalz folgend, an den Rhein. Neben Württemberg im Osten und Südosten, waren Kurpfalz und Speyer im Norden und die Markgrafschaft Baden-Baden im Südwesten die anliegenden Grenzländer.⁷⁷

Der Unterschied in der Verwaltung der Landesbezirke der oberen und der unteren Markgrafschaft war nicht nur auf die Amtsvorsteher beschränkt. In Rötteln, Hachberg und Badenweiler stand den Oberamtleuten als zweiter Beamter der Landschreiber zur Seite. In seiner Person blieb noch eine Erinnerung an die Organisation der Hofbeamtenverwaltung erhalten. Da der Landschreiber in der mittelalterlichen Zentralverwaltung nach dem Landhofmeister und dem Kanzler der ranghöchste Beamte war, hatte man ihn nach Aufhebung der Selbständigkeit der oberen Herrschaften in der Aemterverwaltung als weiteren Oberbeamten belassen. Die Landschreiber der Aemter Lahr und Durlach dagegen waren nur Rechenbeamte, die eingehende Kammergelder in ihrer Kasse verwahrten und verwalteten. Der zweite Bezirksbeamte der Obervogteien des Unterlandes war ein Amtmann. Die Landvögte von Rötteln-Sausenberg und Hachberg und der Oberamtman von Badenweiler waren bei Entscheidungen an die Zustimmung ihres ranggleichen Kollegen gebunden. Der Obervogt konnte unter Umständen auch gegen die Meinung des ihm unterstellten Amtmannes einen Befehl erlassen. Die kleinen Aemter benötigten für ihren Verwaltungsdienst — außer des allen Aemtern zugehörigen Amtsschreibers — keines weiteren Beamten. Die Vorsteher der Aemter hatten für die Durchführung der Befehle des Markgrafen zu sorgen, den Ordnungs- und Polizeidienst zu versehen und über alle wichtigen Vorgänge im Amt dem Hofrat Bericht zu erstatten.

Zum Amt Graben zählten nur die drei Ortschaften: Graben, Liedolsheim und Rußheim, zum Amt Staffort sogar neben dem Amtssitz Staffort nur noch Spöck. Erst im Jahr 1700 kam als dritte Gemeinde die Wallonerkolonie Friedrichstal hinzu. B. G. 9034.

77. Die Stadt Durlach lag an einer besonders schmalen Stelle, da die Gemeinde Weingarten schon Kurpfälzisches und die Gemeinde Beiertheim schon Baden-Badisches Gebiet war.

Den Einzug der Kammergefälle sowohl der Geld- wie Naturalabgaben vollzogen die Burgvögte, im Unterland auch Amtskeller genannt.⁷⁸ Die eingegangenen Gelder wurden an die Landschreiberei nach Durlach abgeliefert. Die Naturalien bewahrten die einziehenden Beamten in eigenen Speichern auf und behielten sie bis auf andere Anweisung der Rentkammer in Verwaltung. Im Oberland, das für Kammergelder keine gesonderte Kasse besaß, lieferten die Burgvögte die Beträge entweder ebenfalls nach Durlach ab, oder sie erhielten von der Rentkammer mit Zustimmung des Markgrafen den Befehl, unmittelbar an Gläubiger Zahlungen zu leisten.⁷⁹ Die den Kirchen zustehenden Gefälle wurden von den geistlichen Verwaltungen erhoben, die zu Durlach, Pforzheim, Stein, Mühlburg, Roetteln, Sulzberg und Nimburg bestanden.⁸⁰ Sie unterstanden ebenfalls der Verwaltung der Rentkammer. Von diesem Gelde mußten die Neubauten von Kirchen, Schulen und Pfarrhäusern bestritten werden. Im Amt Lahr verrichtete der Landschreiber den gesamten Abgabeneinzug. Die Grafschaft Eberstein, die Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden der Baden-Durlachischen Markgrafschaft 1689 um 100 000 fl. abtrat, brachte für die Finanzverwaltung sehr wenig ein.⁸¹ Der Naturalertrag war kärglich und die Bewohnerschaft arm. So genügte für die Gesamtverwaltung ein Amtmann, zumal ja Ludwig Wilhelm sich noch verschiedene Rechte, wie z. B. die Jagdgerechtsame vorbehalten hatte. Die Amtsstadt Gernsbach war zugleich Kondominat von Speyer, das dort ebenfalls einen Amtmann unterhielt. Im Jahre 1708 hat dann Baden-Baden die Grafschaft um die gleiche Summe wieder zurück-erworben. Akzisoren und Schatzungseinnnehmer zogen die aufgelegten Steuern ein und übersandten sie an die Schatzungsobereinnemerei nach Durlach, die an die Stelle der früheren Landschaftskasse getreten war. Die beiden Kassenverwaltungen Obereinnemerei und Landschreiberei wurden später zeitweilig

78. Baden-Durlach hatte in dem württ. Ort Niefern Zehntrechte und unterhielt dort eine eigene Burgvogtei.

79. Haus- und Staatsarchiv: I Personalia Baden-Durlach. Friedrich V. Schulden. (1632—1658).

80. B. G. 9018.

81. Sammlung der Handschriften A: Acquisitionen des Hauses Baden-Durlach von der Landesteilung bis auf Karl Friedrich.

vereinigt, was der Grund zu vielen Mißhelligkeiten und Streitigkeiten zwischen Rentkammer und Deputation werden sollte.

Die Forstverwaltungen, von der Rentkammer als willkommene Ertragsquelle betrachtet, waren mehr auf ihre Rechte als auf ihre Pflichten bedacht. Durch den Raubbau, den man bei dem Holzschlag, der Jagd und mit dem Verpachten der Fischwasser betrieb, gingen die Einnahmen zurück, da die Aufforstung der Wälder und die Hegung der Tiere damit nicht Schritt hielten. Die Markgrafschaft war zwar in der Regel in vier Forstämter eingeteilt. Zwei im Oberland: eines für Roetteln-Sausenberg und eines für Hachberg-Badenweiler; und zwei im Unterland für Pforzheim-Stein-Langensteinbach sowie Durlach-Mühlburg-Graben-Staffort. Doch hatten sowohl die adligen Oberforstmeister wie ihre Untergebenen nur geringe Sachkenntnisse und selbst diese wurden kaum zur Anwendung gebracht. Eine Kontrolle der Arbeitsleistung der Forstverwalter, Jägermeister und Forstknechte war hauptsächlich in unruhigen Zeiten schwierig. Die Verpflichtung, gemeinsam mit den Gemeinden für Instandsetzung der Fahrwege zu sorgen, wurde nur schlecht eingehalten, was zur Verminderung des Durchgangsverkehrs durch die Markgrafschaft führte.⁸²

Der Größenumfang eines Spezialats im Oberland deckte sich ungefähr mit demjenigen eines Oberamtes. Der Sitz des Spezialsuperintendenten richtete sich nach den lokalen Verhältnissen und war durch die Höhe der Pfarrpründe bedingt, die der betr. Ort zur Auszahlung brachte. So amtierte der Spezialsuperintendent von Badenweiler in Müllheim und nicht im Oberamtssitz Badenweiler, während in Hachberg und Roetteln die Amtsorte beider Verwaltungen zusammenfielen.⁸³ Sausenberg bildete ein

82. Mit welch primitiven Mitteln man damals Wege auszubessern pflegte, ersehen wir aus einem Protokollbericht des Geheimen Rats vom Jahre 1698. Prot. Samml. No. 348. — Am 31. März ds. Js. beschwerten sich verschiedene Besitzer von Güterwägen und Landkutschen über die schlechten Fahrwege der Umgegend von Durlach. Daraufhin wurde der Durlacher Jägermeister aufgefordert, den Gottesauer Weg auf beiden Seiten zu erhöhen und sich dabei des Straßenkehrichts zu bedienen, der ohnedies aus der Stadt gebracht werden müsse.

83. Samml. Handschr. A 86—88. Von denen Kirchen, dem Gymnasio und denen Schulen, der gesamten Marggräfischen Fürstenthumen und Landen. Durch Johann Fecht Th. Lic. beschrieben Anno 1689.

eigenes Spezialat mit dem Sitz Schopfheim. Im Unterland vereinigte das Spezialat Durlach die Aemter Durlach, Staffort, Graben, Mühlburg und den kleineren Teil des Amtes Langensteinbach (einschließlich des Ortes Langensteinbach), sowie den Flecken Rhodt über Rhein.⁸⁴ Dem Pforzheimer Spezial unterstanden die Aemter Pforzheim, Stein und die übrigen Gemeinden des Amtes Langensteinbach. Die Herrschaft Lahr bildete eine Diözese für sich und die Herrschaft Eberstein hatte zum überwiegenden Teil katholische Bevölkerung. Um neben den Amtsgeschäften wie Kirchenvisitationen, Beratungen mit den Amtsleuten usw. nicht die Seelsorge seiner Gemeinde zu vernachlässigen, wurde dem Spezialsuperintendenten zur Unterstützung ein Diakon beigegeben.⁸⁵

b) Gemeinden.

Der Kampf, den der absolute Staat des 17. und 18. Jahrhunderts um seine unbeschränkte Machtgeltung im Innern seines Landes aufnehmen mußte, galt neben dem Widerstand der Stände vor allem dem Drängen der Städte nach kommunaler Selbständigkeit. Die Ueberwindung dieser Gegensätze, die mehr oder weniger im Sinne des Absolutismus erfolgte, war für die deutschen Großstaaten durch die aufkommende Industrie nur noch schwieriger geworden. Für die Markgrafschaft Baden-Durlach war dieser Kampf schon entschieden, ehe er überhaupt richtig zum Ausbruch gekommen war. Das Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges hatte auf lange Zeit hinaus den Gemeinden die Möglichkeit genommen, sich durch den wirtschaftlichen Ertrag industrieller Unternehmungen oder bedeutender Handelsbeziehungen dem markgräflichen Fiskus unentbehrlich zu machen. Die zunftmäßig gebundenen Gewerbe neideten sich gegenseitig den geringen Lohn ihrer Arbeit und bildeten in dieser Hinsicht keine Gefahr für das absolutistische Regiment. Die obere Markgrafschaft besaß keinen Ort, der auf das Attri-

84. Rhodt, auf der Strecke Landau—Neustadt gelegen, war damals die einzige linksrheinische Besitzung der Markgrafschaft Baden—Durlach, sie war den Herren von Zyllnhardt zu Lehen gegeben worden, jedoch ohne Verleihung des Rechtes der Schatzungserhebung und des Jus episcopale.

85. Otto Febr, a. a. O.

but einer Stadt Anspruch erheben konnte, der nördliche Landesteil mit den Stadtgemeinden Durlach und Pforzheim durfte vielleicht eher in Betracht gezogen werden. Aber die Bedeutung Durlachs erschöpfte sich mit der Tatsache, daß es Sitz der Regierung und des Landesgymnasiums war. Der Rat der Stadt erkannte wohl, welche Folgen die Verlegung beider letzten Endes haben mußte. Die spätere Gründung Karlsruhes durch Karl Wilhelm hat dann diese Annahme als nur zu begründet erwiesen, wozu allerdings neben einer gewissen bauerlichen Verstocktheit der Durlacher die Launenhaftigkeit des Fürsten wesentlich beigetragen hatte. Pforzheim hatte die Nachwirkungen des Dreißigjährigen Krieges am meisten zu spüren bekommen. Sein eigener Handel und die durch Landschaftsgelder unterhaltene Zeug- und Lederhandlung waren so gut wie vernichtet, und es bedurfte selbst des Rückhaltes der markgräflichen Regierung, um nicht vollends der Geschäftigkeit der württembergischen Nachbarorte zu erliegen.⁸⁶

Die Aufsichtsorgane der Landesherrschaft über die Gemeinden waren die Vögte (Oberland) und Schultheißen (Unterland). Was der Amtmann für seinen Amtsbezirk zu verrichten hatte, das oblag dem Vogt für seine Gemeinde und der ihr zugewiesenen Weiler. Während für die damalige Zeit die Bezeichnungen Vogt und Schultheiß als Titel gleichberechtigter Beamten gebraucht werden, waren im Mittelalter die Vögte Bezirksbeamte (die mitunter auch schon Amtleute genannt wurden), die Stadt- und Landschultheißen aber die ihnen untergeordneten Gemeindeorgane.⁸⁷ Hieraus erklären sich auch die Titelbezeichnungen Land- und Obervogt für die obersten Bezirksbeamten.

Die Amtspflichten der Vögte und Schultheißen umfaßten die Verwaltung der Gemeindegeschäfte und die Verkündigung der markgräflichen Verordnungen, die ihnen zu diesem Zweck durch die Amtleute mitgeteilt wurden. Außerdem waren sie Vor-

86. Eberh. Gothein: Pforzheims Vergangenheit. Ein Beitrag zur deutschen Städte- u. Gewerbegegeschichte. (Staats- u. Sozialwissenschaftliche Forschungen. Hrsg. von Gustav Schmoller Bd. IX, H. 3, Leipzig 1889).

87. Rudolf Carlebach: Badische Rechtsgeschichte, Bd. I. Das ausgehende Mittelalter und die Rezeption des röm. Rechts unter Mitteilung bisher ungedruckter Landesordnungen (Landrechte), Heidelberg 1906. — Otto Herkert: a. a. O.

sitzende der Untergerichte, der ersten Instanz in bürgerlichen Prozessen. Bei Unabkömmlichkeit des Amtmannes stand den Vögten die Befugnis zu, denselben in Amtshandlungen zu vertreten. Da der Vogt in der Regel auf Lebenszeit ernannt wurde, überließ man bei der Neubesetzung das Vorschlagsrecht der Gemeinde. Eine Verpflichtung, sich an den vorgeschlagenen Kandidaten zu halten, bestand für die Regierung nicht, doch hat sie das durch langjährigen Brauch ausgebildete Gewohnheitsrecht der Gemeinden nur in Ausnahmefällen übergangen. Eine Sonderstellung nahmen die Städte Durlach und Pforzheim insofern ein, daß sie neben dem Gericht unter Leitung eines Schultheißen, einen Stadtrat wählen durften, dem ein Bürgermeister vorstand.⁸⁸ Der Stadtrat, der ebenso wie das Gericht, sich aus zwölf Mitgliedern zusammensetzte, überwachte die Wahrung seiner Privilegien (Anteil am Pfundzoll und Weggeld) und betreute die inneren Verwaltungsangelegenheiten der Stadt wie z. B. Straßenunterhaltung, Bewirtschaftung städtischer Güter, Verwaltung der Stadtkasse und die Anstellung städtischer Diener.⁸⁹ Die staatliche Aufsicht wurde dadurch gewährleistet, daß einerseits bei der jährlichen Neuwahl von Rat und Gericht die einzelnen Vertreter vor landesherrschaftlichen Beamten sich über das Gebaren und den Lebenswandel ihrer Kollegen äußern mußten, andererseits die Kontrolle der städtischen Jahresabrechnungen in Gegenwart zweier Kammerräte erfolgte. Anrecht auf Besoldung hatte nur der Bürgermeister.⁹⁰ Die übrigen Gemeinden besaßen nur zu untergeordneten Dienstleistungen eigene Angestellte, die als Nachtwächter, Dorfbüttel, Flur- und Feldschützen u. ä. Verrichtungen Verwendung fanden.

88. Durlach hatte 1689 zwei Bürgermeister, von denen der eine aus den Reihen der Ratsmitglieder durch das Gericht, der andere aus den „Gerichtsverwandten“ durch den Rat gewählt wurde. Der Schultheiss oder Vogt wurde in Durlach und Pforzheim zur Unterscheidung von dem Obervogt auch Untervogt genannt. Karl Gustav Fecht, a. a. O. u. I. G. Pflüger, a. a. O.

89. Wegen Anteil am Pfundzoll vgl. Akten Durlach Stadt und Amt, Akzisrechte 191 und Akten Pforzheim Akzisrechte 556.

90. In Pforzheim erhielt der Bürgermeister jährl. 10 fl. 40 kr., seit dem Jahre 1683 32 fl. In Durlach im Jahre 1687 35 fl., im Jahre 1706 45 fl.

Die Verwaltung einer Gemeinde wäre im 17. Jahrhundert ohne die Tätigkeit der Geistlichen undenkbar gewesen. Die Bedeutung der Kirchenbücher als Geburten- und Todfallregister reichte noch weit ins 19. Jahrhundert. Die Berichte der Pfarrer an die visitierenden Spezialen über die Kirchen- und Schulverhältnisse der Orte, waren auch für die weltlichen Instanzen von Wichtigkeit. Die Kirche war gleichzeitig der Versammlungsplatz der Gemeinde, in der die markgräflichen Befehle und Verordnungen verkündet wurden. Beaufsichtigung der Almosenpfleger und Waisenrichter, Vertretung des Schulmeisters an Orten, die keine eigenen Schulen besaßen, Teilnahme an den Rügegerichten zur Abstrafung der des Fluches und der Gotteslästerung angeklagten Gemeindeglieder gehörten zu den weiteren Aufgaben des Ortspfarrers neben seinen eigentlichen seelsorgerischen Pflichten. Die einzig anerkannte Religionsgemeinschaft war die lutherische, gegen andere Bekenntnisse war man ebenso intolerant, wie in umgekehrtem Falle die katholischen Gebiete des österreichischen Breisgaues und Baden-Badens. In der Grafschaft Eberstein durften gemäß dem Vertrag mit Markgraf Ludwig Wilhelm keine religiösen Aenderungen vorgenommen werden. Der Gemeinschaftsbesitz Prechtal in der Markgrafschaft Hochberg vereinigte Protestanten und Katholiken. An verschiedenen Orten des Oberlandes mußten fremde Herrschaften als Inhaber des großen Zehnten die Geistlichen besolden. Diese sogenannten Kollatoren waren häufig katholische Aebte, Ordensmeister und Prälaten. Daß dieses Verhältnis nicht gerade geeignet war, religiöse Spannungen zu beseitigen, kann man sich leicht vorstellen.⁹¹ Die Rangstellung der Pfarrer auf dem Lande gegenüber den geistlichen Verwaltern und anderen Rechenbeamten hatte Anlaß zu mancherlei Streitigkeiten gegeben. Friedrich Magnus erließ deshalb 1698 den Befehl, daß die Pfarrer nach den Burgvögten vor allen übrigen

91. In der Markgrafschaft Hochberg waren Kollatoren der Abt von Schuttern in den Gemeinden Bahlingen, Köndringen und Mündingen; der Probst von Waldkirch in Langendenzlingen und Gundelfingen; der Komtur des Deutschmeisterordens zu Freiburg in Ihringen und Malterdingen, der Johannitermeister von Heitersheim in Bahlingen, Bickensohl und Vörstetten. Albert Krieger: Die kirchlichen Verhältnisse in der Markgrafschaft Hochberg im letzten Drittel des 17. Jahrh. a. a. O.

„verrechneten Bedienten“ den Vorrang haben, die Diakone und Vikare mit ihnen in gleichem Range stehen sollten.⁹²

Den Geistlichen unterstellt waren die Schullehrer. Regelmäßigen Schulbetrieb im Verlaufe des ganzen Jahres hatten nur wenige größere Orte. In den meisten Gemeinden wurde während des Sommers kein Unterricht erteilt. Das Lehrpersonal hatte keine einheitliche Vorbildung und besaß vielfach selbst kaum die Kenntnisse, die es seinen Schülern beibringen sollte. Die Bezahlung war größtenteils so schlecht, daß die Lehrer gezwungen waren, als Handwerker, Schreiber oder Zollerheber einen Nebenverdienst zu suchen.⁹³ Der Meßnerdienst verband sich häufig in den ländlichen Gemeinden mit dem Schulamt. Da man noch keinen Schulzwang kannte, war die Besucherzahl im allgemeinen schwach. Manchmal waren die Bewohner zu arm, um das Schulgeld bezahlen zu können und die Einnahmen der Almosenpflege des Ortes zu gering, diesen Zustand zu ändern. Einzelne Schulgebäude waren so baufällig, daß die Lehrer den Unterricht in der eigenen Wohnung abhalten mußten. Die Anstellung der Lehrkräfte erfolgte durch den Pfarrer und die geistliche Verwaltung in Verbindung mit dem Schultheißen und Amtmann nach vorheriger Rücksprache mit dem Spezialsuperintendenten.⁹⁴ Dieser erstattete dem Kirchenrat Meldung. Gemeinden, die die Mittel hatten, auf ihre eigenen Kosten Schulstellen zu unterhalten, wurden entsprechend größere Zugeständnisse bei der Ernennung der Anwärter gemacht. Besichtigung der Schulen fand zugleich mit der Kirchenvisitation jährlich durch den Spezial der Diözese statt.⁹⁵

c) Untergerichte.

Der Schwerpunkt der Befugnisse und Pflichten des Vogt-amtes lag weniger auf der Gemeindeverwaltung als auf der Führung des Vorsitzes beim Untergericht. Dies ergibt sich schon

92. Befehl vom 8. Juni 1698. B. G. 2812.

93. Dafür genossen sie wenigstens Fron- und Personalfreiheit wie die Pfarrer und herrschaftlichen Beamten.

94. Otto Fehr, a. a. O.

95. Karl Mühlhäuser: Die Volksschule in der ehemaligen Markgrafschaft Baden—Durlach, a. a. O.

daraus, daß die Landesherrschaft den Selbständigkeitsbestrebungen der Städte in Dingen der inneren Kommunalverwaltung etwas entgegengekommen war, die Gerichtsverwaltung aber nach wie vor dem städtischen Einfluß fernhielt. Das Untergericht wurde außer dem Vorsitzenden von einem protokollführenden Stadt- oder Gerichtsschreiber und zwölf (wenigstens aber acht) Gerichtspersonen gebildet, die gut beleumundet sein mußten und weder untereinander noch mit dem Angeklagten verwandt sein durften. Stand einer der Beisitzer zu einem Angeklagten im Verwandschaftsverhältnis, dann schied er bei Abfassung des Urteils aus und eine andere Gerichtsperson trat an seine Stelle. Ein Gerichtsbote oder Büttel vervollständigte die Zusammensetzung des Gerichts.⁹⁶ Die Mitglieder des Untergerichts hatten gleichzeitig die Vertrauensposten der Gemeinde als Almosenpfleger und Waisenrichter inne. In seiner Eigenschaft als Gerichtsbehörde versah das Untergericht mehrere Funktionen. Je nach Bedarf tagte es über bürgerlichen Rechtsangelegenheiten, wie Schuldenbeitreibung, Ehrenbeleidigung und Handelsstreitigkeiten. In diesen Rechtsfällen war es erste Instanz und eine Berufung an das Hofgericht möglich. Alle drei Monate trat es zur Verhandlung über Vergehen niederer Art und Uebertretungen von Ordnungen und Vorschriften als Rügegericht zusammen.⁹⁷ Die Rügegerichte, die eigentlich schon Angelegenheiten der Strafjustiz behandelten, kamen bereits unter Friedrich Magnus immer mehr außer Uebung.⁹⁸ In den unsicheren Kriegszeiten wurden leichtere Vergehen meist gar nicht mehr geahndet. Karl Wilhelm und Karl Friedrich haben später ohne großen Erfolg die Wiedereinführung versucht.⁹⁹ Unter der Bezeichnung Vogtgericht

96. Landrecht, Teil I Titel 1.

97. Hier wurde besonders die Beachtung der Bestimmungen der Landesordnung eingeschärft.

98. Im Gegensatz hierzu blieb diese Gerichtsbarkeit als Rugzenten in der Kurpfalz des 17. Jahrhunderts noch in häufigem Brauch. Vgl. Karl Kollnig: Die Zent Schriesheim. Ein Beitrag zur Geschichte der Zentverfassung in Kurpfalz (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Heft 62. (1933)) S. 26 ff.

99. Heinrich Dietrich: Die Verwaltung und Wirtschaft Baden—Durlachs unter Karl Wilhelm (1709—1738) (Heidelberger Diss. 1911). E. Gothein; Beiträge zur Verwaltungsgeschichte der Markgrafschaft Baden unter Karl Friedrich (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. N. F. 26 (1911) S. 377—414).

wurde nach Ablauf des Gerichtsjahres eine vom Amtmann geleitete Sitzung einberufen, in der man die ausscheidenden Beisitzer ergänzte und Verhaltensmaßregeln für die nächste Sitzungsperiode erteilte. An verschiedenen Orten besonders des Oberlandes bestanden noch sogenannte Mittelgerichte. In solchen Fällen schrieb das Landrecht vor, daß zunächst an dieses, und dann erst an das Hofgericht appelliert werde.¹⁰⁰ Die Lehensgerichte, die sich aus dem Mittelalter zum Teil in den Zentralbehördenstaat des 17. Jahrhunderts herübergerettet hatten, waren nach dem Westfälischen Frieden bedeutungslos geworden.¹⁰¹ Bei einer solch weitreichenden Tätigkeit und daraus folgenden häufigen Sitzungen des Untergerichts haben es die Verfasser des Landrechts unterlassen, der Gerichtsversammlung genaue Termine vorzuschreiben. Festgelegt waren lediglich die Gerichtsferien, und zwar von Weihnachten bis Dreikönig, von Sonntag Estomihi bis Sonntag Inocavit, von Palmsonntag bis zum ersten Sonntag nach Ostern, über die Pfingstwoche bis zum Dreifaltigkeitssonntag und an allen gebotenen Sonn- und Feiertagen. Zur Ernte- und Herbstzeit sollte nur in ganz dringenden Fällen getagt werden.¹⁰²

100. Landrecht Teil I Titel 33. — So bestand bis 1664 in Roetteln das sogen. Kapfgericht, vgl. Carlebach, a. a. O. Bd. II, Beil. 5 S. 176—178.

101. Carlebach gibt nach Sachs a. a. O. Th IV S. 688 als letztes Sitzungsjahr 1674 an.

102. Landrecht Teil I Titel 3.

II.

Erweiterung der Zentralbehördenordnung unter Friedrich Magnus.

1. Kollegien bis zum Jahre 1689.

Mit dem Regierungsantritt des Markgrafen Friedrich VII. Magnus begann eine neue Epoche der Geschichte der Organisation der Baden-Durlachischen Zentralbehörden. Das tragische Geschick dieses überaus friedliebenden Monarchen war es, daß gerade unter seiner Regentschaft die oberrheinischen Lande vor den beutegierigen Kriegszügen der Franzosen nicht mehr zur Ruhe kamen.

Als er im Jahre 1677 an die Neuordnung der Zentralbehördenordnung ging, hatte er wohl gehofft, nach dem baldigen Friedensschluß zu Nimwegen auch die übrigen Verwaltungszweige weiter ausbauen und ungestört die Früchte einer guten Landesverwaltung genießen zu können. Die territoriale Zerrissenheit des Landes, die die ohnehin schon schwachen Kräfte der Zentralverwaltung ungewöhnlich belastete, war aber durch diesen Frieden nur noch deutlicher geworden. Die Besitznahme Freiburgs durch die Franzosen unterband die direkte Verbindungslinie der unteren Markgrafschaft mit den oberländischen Gebietsteilen. Die markgräflichen Beamten bedurften bei der Durchreise außer der bisher schon notwendigen oesterreichischen Erlaubnis nun auch noch eines französischen Passes, wenn sie es nicht vorzogen, einen zeitraubenden Umweg einzuschlagen. Finanziell war die Markgrafschaft in einer ähnlichen Lage wie nach dem Westfälischen Frieden.¹ Ohne Geld-

1. Ein weiteres kaiserl. Schuldenmoratorium auf 8 Jahre abgeschlossen vom Jahre 1680 und die Herabsetzung des Reichs-Matrikularanschlags im Jahre 1683 brachten nur geringe Entlastung.

mittel war aber an eine Durchführung geeigneter Verwaltungsmaßregeln nicht zu denken und so blieb die Reorganisation auf die Zentralbehörden beschränkt. Mit einer wahren Hochflut von Verordnungen suchte der Fürst vergeblich die Situation zu meistern.² Die Zeitverhältnisse waren stärker als der gute Wille des Markgrafen. Mit dem Beginn des Pfälzer Erbfolgekriegs mußte er alle weiteren Pläne, seine Ideen zu verwirklichen, zu Grabe tragen.

Der junge Monarch hatte schon als Erbprinz, da er in Vertretung seines Vaters die Landesregierung führte, erkannt, daß der Deputationsrat sich in der jetzigen Gestalt nicht bewähren konnte. Die Verbindung der finanzverwaltenden und außenpolitischen Aufgabe dieser Behörde war für das kleine Baden-Durlachische Territorium nicht geeignet. Sowohl der Hofrat als Gesamtkollegium wie die Rentkammer sahen sich in wichtigen Teilen ihrer Amtsbefugnisse von der Deputation bevormundet. Verschiedene neu hinzugekommene Hofräte, die nicht zugleich der Deputation angehörten, wollten die Mitverantwortung über den einzuschlagenden Kurs der Außenpolitik gegenüber dem Fürsten nur dann übernehmen, wenn das Kollegium wieder in seine alten Rechte eingesetzt werde. Die Rentkammer, die seit ihrer vorübergehenden Auflösung 1675 keinen eigenen Vorsitzenden mehr hatte, wollte ihre volle Selbständigkeit wieder hergestellt wissen. Ungeklärt war ferner noch seit der Trennung der eigentlichen Hofbeamten von der Zentralverwaltung die Frage, wem die Aufgabe zufiel, fremde Fürsten und Gesandte am Hofe zu empfangen, für ihre Unterkunft zu sorgen und sie beim Markgrafen anzumelden.³ Friedrich Magnus bat deshalb sogleich nach seiner Thronbesteigung seine Räte um entsprechende Vorschläge. Baron von Cronegk und der Hofrat und spätere Geheimrat Dr. Benjamin Schneider unterbreiteten daraufhin dem neuen Landesherrn ihre Gutachten, deren gleicher Inhalt vermuten läßt, daß man sich schon vorher zu einer einheitlichen Stellungnahme verabredet hatte. Der Gesamtplan ist aber wohl mehr der Initiative von Cronegks zuzuschrei-

2. B. G. 2804. 2809. 2812. 2826.

3. Der Haushofmeister hatte nur die hauswirtschaftliche Verwaltung des Hofes.

ben, da Schneider sonst selten über eine rein bürokratische und schematische Denk- und Arbeitsweise hinauskam. In ähnlichem Sinne, doch nicht in der entschiedenen Form äußerte sich der Geheimrat Gustav Ferdinand von Menzingen, der als typischer Vertreter der Aristokratie sich in manchen Dingen nicht von der Traditionsgebundenheit lösen konnte.⁴ Die Hauptpunkte ihrer Ausführungen sind: Schaffung eines Hofmarschallamtes für die repräsentativen Aufgaben des Hofstaates; Bildung eines Oberrates für die öffentlichen Angelegenheiten, Kriegssachen, Bündnispolitik usw. unter der Bezeichnung eines Geheimen Rates, wie es schon unter Georg Friedrich der Fall war; davon getrennt Justiz- und Landesverwaltung unter dem Hofratskollegium; Wiedereinsetzung eines Kammermeisters als Vorsteher der Rentkammer. Ueber das Weiterbestehen der Deputation war man sich scheinbar noch nicht im klaren, da sie namentlich nicht erwähnt wird.⁵ Daß sie von dem Markgrafen nicht aufgehoben, sondern schon 1677 als fünfte Behörde der Zentralverwaltung neu eingegliedert wurde, geht daraus hervor, daß im Jahr 1679 zur Erhaltung der Deputation, die jetzt nur noch die Verwaltung der Schatzungsgelder innehatte, Personaleinschränkung gefordert wurde.⁶ Die Vorschläge seiner Räte hat Friedrich Magnus noch in dem gleichen Jahr verwirklicht. Die Neueinteilung der Kollegien erfolgte auf Grund mehrerer einstweiliger Verfügungen, ohne daß die Kanzleiordnung vom Jahre 1672 außer Kraft gesetzt wurde. Die 1699 herausgekommene Kanzleiordnung beschränkte sich auf die Aenderung einiger Formulierungen der alten Ordnung.⁷ Verschiedene Denk-

4. Gutachten von Cronegks und von Menzingens in B. G. 1313. Dr. Schneiders Antwort in B. G. 1314. Daß weitere Räte befragt wurden, ist wohl anzunehmen, aber aus den vorhandenen Akten nicht zu erkennen.

5. Ihr Hauptverteidiger, der ehemalige Landschaftssyndikus Dr. Joh. Gg. Sigwart war 1673 oder Anfang 1674 gestorben, wie aus einem Kaufbrief vom 13. April 1674 zu entnehmen ist, in dem mitgeteilt wird, daß Markgraf Friedrich VI. den Garten des verstorbenen Hofrats Joh. Gg. Sigwart beim Brunnenhaus zu Durlach um 215 fl. erworben habe. B. G. 440.

6. B. G. 1315. Man schlug die Trennung der Schatzungsobereinnahme von der Landschreiberei vor. (Die beiden waren wie meistens in den späteren Kriegsjahren vereinigt worden). Der Obereinnahmer solle dann als selbstständiges Mitglied in die Deputationskammer eintreten.

7. B. G. 1324. 1325. 1326. Die Ordnung wurde nochmals im Jahre 1700 B. G. 1330 und im Jahre 1701 B. G. 1327 wiederholt.

schriften und Gutachten des allzeit rührigen Geheimen Rats Maler und anderer Räte in den 90er Jahren führten 1701 zu einer Verordnung, die die Grenzen der Geschäftsbereiche der Kollegien näher umriß.⁸

a) Geheimer Rat.

Den Rang des ersten Zentralkollegiums nahm, wie schon in den Schreiben v. Cronegks und Schneiders vorgeschlagen wurde, der Geheime Rat ein. Ihm wies man folgende Verwaltungsabteilungen zu: Landesvertretung in politischen und militärischen Verhandlungen, Beratung des Markgrafen in Fragen der Rentenverleihung, Vorschlagsrecht bei Anstellungen, Entlassungen und Auszeichnungen von Beamten, Betrauung mit besonderen Aufgaben durch den Markgrafen. Genau wie im alten Hofrat waren Mitglieder aller übrigen Kollegien im Geheimen Rat vertreten.⁹ Als Sitzungstage kam man auf Montag und Donnerstag Vormittag überein, in der Zwischenzeit tagte man nur auf besonderen Befehl des Markgrafen. Präsident der Behörde wurde v. Cronegk, dem der Markgraf auch die neuerschaffene Würde des Hofmarschalls übertrug. Die Stellvertretung bekam von Menzingen zugleich mit der Stellung eines Kammermeisters.¹⁰ Weitere Mitglieder wurden der Direktor des Deputationsrats und zwei ehemalige Hofräte. Die Abwicklung der Geschäfte spielte sich mit geringen Unterschieden in beinahe den gleichen Formen ab, wie z. Zt. Friedrichs des V. und Friedrichs VI.¹¹ Eine außerhalb seines eigentlichen Ressorts liegende Befugnis bekam der Geheime Rat mit der Besitznahme der Grafenschaft Eberstein. Er hatte dort über die Besetzung der katholischen Pfarreien zu entscheiden, d. h. er wählte unter den sich

8. B. G. 9017. B. G. 1319. Die Verordnung vom 23. April 1701. Erläuterungen vom 4. Oktober 1701. B. G. 1309. Punkt 3.

9. Eine Ausnahme bildete zeitweilig der Kirchenrat, dessen vorsitzendes Hofratsmitglied nicht immer dem Geheimen Rat angehörte.

10. Von Menzingen war damals zugleich noch Obervogt von Durlach. Auf den Titel Vizepräsident für den Stellvertreter des Präsidenten kam man erst einige Jahre später wieder zurück.

11. Es ist dasselbe Schema des Geschäftsablaufs, wie es auch die Verwaltung Karl Wilhelms auszeichnete. Um Wiederholungen zu vermeiden, darf ich hier auf die bereits genannte Arbeit von Heinr. Dietrich: Die Verwaltung und Wirtschaft B.-Durlachs unter Karl Wilhelm verweisen.

meldenden Kandidaten aus.¹² Die Oberaufsicht des Geheimen Rates über die anderen Zentralbehörden war insofern strenger geworden, als angeordnet wurde, daß die Protokolle und Verzeichnisse der zur Behandlung kommenden Angelegenheiten wöchentlich von allen Kollegien zur Einsichtnahme eingeschickt werden sollten. Dieser Befehl ist sehr oft vernachlässigt worden, was den Geheimen Rat zu häufigen Klagen beim Markgrafen veranlaßt hat. Uebergriffe in den Arbeitsbereich anderer Kollegien gehörten auch nach der Neuregelung nicht zu den Seltenheiten. Der Geheime Rat beteiligte an ihnen sich ebenso, wie die anderen Kollegien. So erhob er 1679 die Forderung, daß Verhandlungen über die Vergebung fürstlicher Regalien, Zuteilung verschiedener Dienerbesoldungen und die Ernennung von Handwerksmeistern nur im Geheimen Ratskollegium abgehalten werden sollten, was man als glatten Eingriff in die Befugnisse des Hofrats und der Rentkammer bezeichnen muß.¹³

b) Hofrat.

Der neue Hofrat war im Unterschied vom alten Hofrat nur noch ein Organ der Innenverwaltung und der Justiz. Auf dem Gebiete der Innenverwaltung übernahm er alle Befugnisse, die auch das Kollegium früher besessen hatte. Soweit sie nicht in Einzelfällen von dem Geheimen Rat mit Beschlag belegt wurden, waren dies: Durchführung der erlassenen Befehle und Anordnungen, Fronangelegenheiten, Entscheidung über Verpachtung oder Selbstverwaltung der Regalien, Einbürgerung fremder und Wegzugerlaubnis einheimischer Untertanen, Regelung der Rechte und Pflichten der Gemeinden. Den Vorsitz des Hofrats führte zugleich der Präsident des Geheimratskollegiums. Das dienstälteste Hofratsmitglied versah den Posten des Kanzlers oder Hofratsdirektors. Ein weiterer Hofrat sowie ein adliger und zwei gelehrte Räte des Geheimrats gehörten zum ordnungsgemäßen Bestand des Kollegiums.¹⁴ Die Arbeitszeit des Hofrats

12. Baden-Durlach, Geheimrats-Protokolle. Prot. Samml. Nr. 350. Bericht vom 5. Juli 1700.

13. Baden-Durlach, 'Geheimratsprotokolle (Reg. 1677—1695). Prot. Samml. Nr. 332.

14. 1677 war Johann Christian Keckh Hofratsdirektor, dessen Nachfolger war Hofrat Böch,

waren die Vormittage der werktägigen Woche, ausgenommen den Mittwoch.

Stark erweitert war der Bereich des Hofrats auf dem Gebiete des Rechtswesens. Da das Hofgericht personell jetzt vollständig mit dem Hofrat zusammenfiel, war die gesamte Rechtsprechung des Landes in dieser Zentralbehörde vereinigt. Als Hofrat urteilte das Kollegium über die kriminellen Vergehen anstelle der früheren Malefizgerichte. Als Hofgericht führte es die bürgerlichen Prozesse für die ehemalige nach der Vorschrift des Landrechts gebildete Gerichtsversammlung gleichen Namens. Wie jene war es auch Appellationsgericht für die Entscheidungen der Untergerichte. Schließlich tagte der Hofrat noch als Ehegericht mit den beiden geistlichen Mitgliedern des Kirchenrats.¹⁵ Während die strafrechtlichen Gerichtssitzungen je nach Notwendigkeit stattfanden, wurde der zweite Termin des ordentlichen Hofgerichts von Montag nach Aegidii auf den Tag Simonis et Judae (28. Oktober) verlegt.¹⁶ Für die außerordentlichen Hofgerichtssitzungen legte man den Mittwoch Vormittag fest, und zwar kamen abwechselungsweise in der ersten Woche die erstinstanzlichen Rechtsangelegenheiten, in der zweiten Woche die Appellationssachen und in der dritten Woche die eherechtlichen Dinge zur Besprechung. In letzterem Falle war es Aufgabe des Kirchenrats, zuvor eine gütliche Einigung zu versuchen, ehe man in die Ehegerichtsverhandlungen eintrat. In den Gerichtsferien erfuhren die außerordentlichen Hofgerichtssitzungen eine Unterbrechung. Die Geltung einzelner Landrechts- und Landordnungsbestimmungen war mit den Jahren durch neuere Erlasse stark beschränkt oder ganz aufgehoben worden. Dies machte sich umso stärker bemerkbar, je weiter man sich zeitlich von dem Erscheinungsjahr entfernte. Da auch im 18. Jahrhundert die Durlachischen Landesfürsten die Umarbeitung des veralteten Landrechts nicht erreichen konnten, begnügte man sich mit der Herausgabe von Ergänzungssammlungen der neu hinzugekommenen Verordnungen, von denen

15. Die weltlichen Mitglieder des Kirchenrats waren als Hofräte schon ohnedies am Ehegericht beteiligt.

16. B. G. 1326.

schon eine ganz stattliche Anzahl auf das ausgehende 17. Jahrhundert entfallen.¹⁷

c) Rentkammer.

Mit der Wiedereinsetzung eines Kammermeisters war die Rentkammer als selbständige Behörde bestätigt. Ihre Hauptaufgaben hatten gegenüber früher keine Aenderungen erfahren. Mit Ausnahme des Mittwoch und Samstag Nachmittag war die Dienstzeit der Kammerräte an allen Wochentagen auf Vor- und Nachmittag festgesetzt.¹⁸ Der Fortgang der Arbeiten der Rentkammer litt stark darunter, daß die meisten ihrer Mitglieder zugleich noch in anderen Stellungen tätig waren. Deshalb legte der Kammerrat Johann Heinrich Obrecht ein alter und erfahrener Rechenbeamter in einem Gutachten über die Verbesserungsmöglichkeit der Kammergefälle dem Markgrafen die Nachteile dieser Regelung eingehend dar.¹⁹ Die Kammer sei fast niemals vollständig beisammen, da der Kammermeister von Menzingen wegen seiner Geheimrats- und Obervogteigeschäfte abgehalten werde, Kammerrat Kißling oft mit anderen Arbeiten betraut sei und Kammerrat Hennenberg zuerst die verwaiste Landschreiberstelle Roetteln versehen mußte und jetzt den Posten eines Verwesers der Aemter Graben und Staffort erhalten habe. Erst wenn alle Arbeitskräfte wieder zur Verfügung stünden, hoffe er auf eine ersprießliche Tätigkeit der Kammer zur Besserung der Finanzen des Landes. Inwieweit der Markgraf im einzelnen diesem Wunsche nachgekommen ist, mag dahingestellt bleiben. Die finanzielle Lage der Markgrafschaft, hat sich jedenfalls in der Folgezeit eher verschlechtert, wie aus einer Denkschrift der Rentkammer vom darauffolgenden Jahr hervorgeht.²⁰ Auf den

17. B. G. 2804. 2826. Dann die allgemeinen Verordnungssammlungen B. G. 2809. 2812.

18. Diese Bestimmung aufgenommen in die Kanzleiverordnung von 1699 galt für die Zeit, in der Rentkammer und Deputation vereinigt waren. Die Rentkammerräte arbeiteten dann Mittwoch und Samstag Nachmittag in der Deputation. Zu anderen Zeiten war der Arbeitstag der Rentkammer durchgehend.

19. Gutachten vom 28. Februar 1679. B. G. 9015.

20. Vom 29. Dezember 1680 B. G. 9016. Neben den im B. G. 9015 erwähnten Persönlichkeiten ist sie noch von dem Kammerrat Zandt unterschrieben.

Inhalt dieser Denkschrift soll hier näher eingegangen werden, da er als authentischer Bericht besser wie jede andere Schilderung den wirtschaftlichen Zustand der Markgrafschaft beleuchtet. Bezeichnend ist er auch für die Finanzgebarung der ganzen Epoche nach dem Dreißigjährigen Krieg, die sich von Jahr zu Jahr auf „bessere Zeiten“ verließ, um dann bei der Abschlußrechnung am Ende des Geschäftsjahres eingestehen zu müssen, daß der erhoffte Erfolg ausgeblieben sei. Die Ursachen, die die Rentkammer ihrem jungen Landesherrn gegenüber für die Ueberschreitung ihres Voranschlags verantwortlich machte und dabei auch nicht an der Kritik seiner Hofhaltung innehielt, waren letzten Endes auch in anderen Jahren die gleichen. Die Ausgaben für den Hofstaat waren gestiegen, da er mit der Zeit alle möglichen fremden Leute angezogen hatte, die die Auslagen in einer Weise vermehrten, daß öfters zu Frankfurt und Straßburg, ja selbst im Ausland Einkäufe auf Kredit getätigt werden mußten. Als kostspielig erwiesen sich vor allen Dingen die Jagden und anschließenden Festgelage, für die die herrschaftlichen Gutswirtschaften ihre Erträge liefern mußten. Die Unterhaltung des fürstlichen Marstalls verschlang einen großen Teil der Naturaleinkünfte des Landes vornehmlich an Roggen, Dinkel und Hafer. Der Geldmangel zwang die Kammer, den Viehkauf durch Juden vornehmen zu lassen, die dabei durch Wucher ihren Vorteil herauszufinden wußten. Für Errichtung von Gebäuden, Brunnen und Gartenanlagen genügten nicht allein die Frondienstleistungen, man mußte auch eine größere Anzahl von Arbeitern gegen Bezahlung einstellen. Der Aufwand an fürstlichen Handgeldern, Reisespesen und Deputaten erforderte jährlich größere Summen, ebenso die Begleichung von öffentlichen und privaten Schulden. Für Ausstattung der bevorstehenden „neuen lieberey“ mußten 5000 fl. bereitgestellt werden.²¹ Weitere Summen wurden benötigt für Reichs- und Kreisabgaben, Besoldung der Beamten (deren Gehälter zum Teil erhöht worden waren), sowie zur Behebung von Schäden durch den vorangegangenen Krieg. Häufige Fronden hinderten wieder

21. Gedacht ist wohl an die zweite Vermählung der ältesten Schwester des Markgrafen Christina mit dem Herzog Friedrich von Sachsen-Altenburg im Jahre 1681.

die Landleute, ihre Felder zu bebauen und ihre Gefälle in vorgeschriebener Weise zu entrichten. Dadurch entstand in den herrschaftlichen Kellern, Speichern und Sennereien Mangel an Naturalien, was wieder zur Folge hatte, daß man die fehlenden Lebensmittel für teures Geld erstehen mußte. Nachdem so die Kammer die großen Auslagekosten aufgezählt hat, schließt sie ihren Bericht mit der Darstellung der Folgen, die die Fortdauer dieser Hofhaltung zeitigen würde. Für den Fürsten selbst schlechter Ruf und üble Nachrede, für das Land Vergrößerung der Schuldenlast und Einbuße jeglichen Kredits, für die Behörden zwangsweise Erhebung der Zollabgaben vor der Zeit, Bezahlung unerschwinglicher Zinsen für Anleihen und schließlich die Unmöglichkeit, Beamte und Handwerker zu entlohnen. Selbst wenn man annimmt, daß die Rentkammer die Situation in ungünstigerem Lichte sah, als sie wirklich war, so beweist der Bericht doch deutlich, daß die Hoffnungen, die man mit der Beendigung des Krieges verband, sich nicht erfüllt hatten. Die Mahnungen der Rentkammer an den Markgrafen, den Hofstaat einzuschränken, hatte nicht viel genützt. Die Auslagen für die fürstliche Hofhaltung und die Deputate der markgräflichen Familie blieben auch später der Hauptposten der Ausgabenseite des Etats.

d) Deputationskammer.

Das andere Finanzkollegium der Durlachischen Verwaltung, die Deputationskammer, ist während der ganzen Zeit ihres Bestehens eine stark umstrittene Behörde gewesen. Auch sie hatte zwar nach der Umbildung der Verwaltungsordnung den Kreis ihrer Pflichten und Befugnisse in folgenden sieben Punkten aufgezeichnet bekommen: Verwaltung 1. der Schatzungsgelder, 2. des Pfundzolls, 3. des Maßkreuzers, 4. der Zeug- und Lederhandlung Pforzheim, 5. des Salzhandels im ganzen Land, 6. des Eisenhandels im Unterland, 7. Ablösung der von den Landschaften übernommenen Schulden.²² Trotzdem gehörten Kompetenzstreitigkeiten mit der Rentkammer fast zur Tagesordnung. Die Trennung zwischen beiden Behörden war in mehreren Fällen nur eine sachliche und keine personelle. Von der zeit-

22. B. G. 1315.

weisen Uebernahme der Obereinnehmerei durch den Land-schreiber wurde bereits früher gesprochen. In der Deputation selbst saßen auch Angehörige der Rentkammer und so war es kein seltenes Vorkommnis, daß diese Räte Angelegenheiten, die eigentlich vor die Deputation gehörten, in der Rentkammer bearbeiteten.²³ Unter diesem Zustand litt auch die Disziplin der unteren Kanzleibeamten, weshalb im Jahre 1685 sich die Deputation beim Markgrafen beschwerte, daß die Rentkammerkanzlisten ohne Erlaubnis, die ihr zugehörigen Rechen- und Expeditiionsstuben aufsuchen würden.²⁴ Mit dem Hofrat kam die Deputation ebenfalls öfters in Konflikt, der sich in der Hauptsache um die Zuständigkeit in Sachen der Frevelschreiberei drehte. Der Hofrat als Justizkollegium hatte das Recht, Gemeinden und Untertanen bei Ordnungsübertretungen in Geldstrafe zu nehmen. Der Ertrag dieser Gelder, die von dem Frevelschreiber eingezogen wurden, stand der Deputationskasse zu; sei es nun, daß der Hofrat von seinem Recht zu wenig Gebrauch machte, oder sei es, daß er die Strafgebühren zu niedrig festsetzte, jedenfalls fühlte sich die Deputation veranlaßt, ihrerseits die Delinquenten mit Geldstrafe zu belegen. Dies betrachtete dann der Hofrat wieder als Verletzung seiner Rechte und erhob Beschwerde beim Geheimen Rat. Unverständlicherweise ist eine Allgemeinregelung niemals erfolgt, sondern der Geheime Rat begnügte sich mit der Entscheidung von Fall zu Fall.²⁵ Neben der Einwirkung der Zeitverhältnisse mögen auch diese Gründe mitbestimmend gewesen sein für die spätere endgültige Auf-

23. 1678 waren z. B. die Räte Christian Rabus und Johann Heinrich Obrecht Mitglieder beider Kammern.

24. Baden-Durlach, Geheimrats-Protokolle (1685) II. Teil. Prot. Samml. Nr. 339.

25. Welcher Durcheinander dabei manchmal herrschte, zeigt ein Bericht aus der Geheimratssitzung vom 8. April 1688. Ein Bürger von Aue (Amt Durlach) namens Johann Heinrich Geißler, hatte wegen unterschlagenem Pfundzoll von der Deputation eine Strafe von 30 fl. erhalten. Er wandte sich nun an das Hofratskollegium mit der Bitte um Nachlaß der Summe, was auch sogleich gewährt wurde. In dem darauf entstandenen Streit entschied sich der Markgraf für die Deputation. Der Hofrat bekam die Ermahnung, in dergleichen Angelegenheiten mit dem Deputationsrat zusammenzugehen, oder die Sachen erst gar nicht anzunehmen, sondern sie an die Behörde zu verweisen, von der sie ihren Ausgang genommen hätten. Baden-Durlach, Geheimratsprotokolle (1688) Prot. Samml. Nr. 342.

lösung der Deputation beim Tode des Markgrafen Friedrich Magnus.

e) Kirchenrat.

Die Stellung des Kirchenrats wurde durch die Neuordnung am wenigsten berührt. Seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens blieb unverändert die gleiche. Zur Sicherung des protestantischen Glaubensbekenntnisses wurde die teilweise schon früher bestehende Buchzensur durch den Kirchenrat verschärft. Bevor ein Werk in Druck gegeben wurde, hatte der Buchdrucker das Manuskript dem Kirchenrat zur Einsichtnahme vorzulegen. Nach der Drucklegung waren unentgeltlich ein Buchexemplar an die fürstliche Hofbibliothek, eines an die Gymnasialbibliothek und sovieler an den Kirchenrat zu liefern, als die Mitgliederzahl seines Kollegiums betrug.²⁶ Da von der Kirchenordnung des Jahres 1649 nur noch wenige Druckexemplare vorhanden waren, wurden die wesentlichsten Bestimmungen in den 1686 erschienenen Kirchen-Agenda abgedruckt. Zur Aufstellung einer neuen Ordnung fehlte damals die Zeit, ja beim Kirchenrat fand man schon die Herausgabe dieser Agenda als zu weitläufig.²⁷ Nach der Einnahme Straßburgs durch die Franzosen, spielte man in der Markgrafschaft mit dem Gedanken, in Durlach eine protestantische Universität zu errichten. Geldmangel, ständig drohende Kriegsgefahr und Befürchtungen durch Gewährung der akademischen Freiheit die Ordnung in der kleinen Residenz zu stören, verhiinderten eine Ausführung dieser Pläne.²⁸

2. Die Einwirkung der Kriegsjahre auf die Baden-Durlachische Verwaltung.

Die Markgrafschaft hatte sich vornehmlich in ihrem oberen Teil in dem Jahrzehnt nach Beendigung des letzten Krieges noch nicht zu erholen vermocht. Die Klagen der Einzugsbeamten, daß

26. Baden-Durlach Geheimratsprotokolle (1685) I. Teil, Prot. Samml. Nr. 338, Gutachten vom 7. Juni 1685.

27. Kirchen-Agenda erlassen am 24. August 1686. Enthalten in den gedruckten Baden-Durlachischen Verordnungen B. c. 5. Geheimratsprot. (1686) Prot. Samml. Nr. 340. Die Strafmaße waren in einigen Punkten verschärft worden. Letztere am 21. März 1686 neu festgelegt.

28. Vgl. Karl Gustav Fecht, a. a. O.

es unmöglich sei, die geforderten Zinsen, Gülden und Abgaben von den Untertanen zu erlangen, waren noch nicht verstummt. Die Kontributionsleistungen an die Besatzungen der benachbarten Festungen hatten den letzten Geld- und Naturalienbestand der Untertanen erschöpft. Die zerstörten Wohn- und Wirtschaftsgebäude waren nur zum kleinen Teil in ihrem alten Umfang wieder errichtet worden. Die Kassenverwalter der markgräflichen Finanzbehörden versuchten vergeblich einen Ausgleich zu schaffen zwischen den steigenden Ausgaben und den jährlich sich mehrenden Rückständen.²⁹ Die Maschinerie der umgestalteten Zentralverwaltung funktionierte noch herzlich schlecht, die gegenseitigen Reibungsflächen der Kollegien untereinander hemmten den glatten Ablauf der Geschäfte. In dieser ungünstigen Situation brach ein neuer Krieg herein, der diesmal die untere Markgrafschaft in einen Kriegsschauplatz verwandelte. Der Markgraf floh mit seinem Hof und den meisten Mitgliedern der Kollegien nach Basel. In der Eile konnten nur wenige Geheimratsakten in Sicherheit gebracht werden, während die Akten der anderen Kollegien fast durchweg bei der Brandlegung Durlachs 1689 vernichtet wurden.³⁰ Bei den Vorbereitungen zur Flucht hatte der Kirchenrat den Befehl erhalten, die silbernen Kirchenräte und den wertvollen Ornat fortzuschicken, die Gymnasialbibliothek und die Kirchenratsakten verpackt bereitzuhalten.³¹ In Basel angekommen empfahl der Geheime Rat dem Markgrafen als erste notwendige Sparmaßnahme die Einschränkung der Landesämter im Unterland und die Aufhebung der Hoftafel für Beamte und Diener.³² In Durchführung

29. Großzügiger zeigte sich in dieser Beziehung die Regierung der Kurpfalz, die auf Steuerrückstände aus Kriegszeiten Verzicht leistete. Gerhard Biskup: Die landesfürstlichen Versuche zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kurpfalz nach dem dreißigjährigen Kriege (1648—1674). Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Pfalz. (Dissertation der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Fakultät Frankfurt 1932). S. 28.

30. Haus- und Staatsarchiv Abt. I, Personalialia 5505. Korrespondenz von Menzingens mit Markgraf Friedrich Magnus I. Teil 1679—1695. Die Geheimratsregistratur (Geheimes Archiv), die damals ebenfalls nach Basel gebracht wurde, kam erst 1773 wieder ins Unterland zurück.

31. Geheimratsprotokolle (1688) Prot. Samml. Nr. 342 Befehl vom 13. Oktober 1688.

32. Obige Protokollsammlung. Sitzung vom 18. Dezember 1688. Beachtenswert vor allen Dingen die Vorschläge die der Geheime Rat Johann

des ersten Punktes wurde der Oberstleutnant von Türkheim und der Mühlburger Schatzungseinnnehmer Johann Franz Weiß mit der Verwaltung der Aemter Durlach, Mühlburg, Graben und Staffort, der Geheime Hofrat Ernst Friedrich Boch und der Amtmann zu Stein, Johann Friedrich Spach mit der Leitung der Aemter Pforzheim, Stein und Langensteinbach betraut. Die Beköstigung bei Hof, die an verschiedenen Tagen der Woche den am Residenzort wohnenden Räten und Beamten gegen Anrechnung auf die Naturalbesoldung gewährt wurde, wollte jedoch Friedrich Magnus nicht beseitigt wissen.

Die Korrespondenz zwischen den Kollegien war durch die weite Entfernung Durlach-Basel sehr erschwert. Man suchte diesem Uebelstand dadurch abzuhelpen, daß die Landpost zweimal wöchentlich verkehrte und die Protokolle nur noch auszugsweise an den Geheimen Rat einzuschicken waren.³³ Den sinkenden Einnahmen glaubte man am besten durch Besteuerung des bisher schatzungsfreien adligen Güter und Kürzung der Beamtenbesoldungen zu begegnen. Da die Lage sich unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse immer mehr zuspitzte, ging die markgräfliche Regierung noch einen Schritt weiter. Die Deputation wurde mit der Rentkammer zu einer Behörde verschmolzen, die Deputationsräte und Kanzleibeamten entlassen mit der Versicherung, bei besseren Zeiten wieder eingestellt zu werden. Am 15. Januar 1689 folgte die Auflösung des Kirchenrats. Die Amtsgeschäfte des Kirchenrats und die Erledigung hinterlassener Deputationsarbeiten wurden einem Sekretär übertragen.³⁴ Als nach der Zerstörung Durlachs die Hoffnung auf eine nahe bevorstehende Beendigung des Krieges

Jost Hartmann Fischer in einem Schreiben vom 16. Dezember 1688 macht. Vgl. Haus- und Staatsarchiv I. Personalia 5467 Correspondenz mit Herren Geheimen Rath Fischern anno 1688. 1689 usque 1699. Fischer trat 1690 in Gothaische Dienste über.

33. Folgende Darstellung ist dem Inhalt der Geheimratsprotokolle vom Jahre 1689 entnommen. Prot. Samml. 343.

34. Man betrachtete in Kriegszeiten den Kirchenrat als überflüssig. Eine Ansicht, die auch später sich durchgesetzt hat. Vgl. Haus- und Staatsarchiv Abt. II Haus- und Hofachen. Hofökonomie Allgemeines. Die Einrichtung des fürstlichen Hofhaltes, insbesondere auch in den bevorstehenden Kriegszeiten vorzunehmende Regelung und Vereinfachung desselben (1702—1703).

und eine baldige Rückkehr des Hofes geschwunden war, ging Friedrich Magnus dazu über, zwei Kanzleiregierungen einzusetzen.³⁵ Der Hauptkanzlei im Oberland unterstanden die Oberämter Roetteln-Sausenberg, Hachberg, Badenweiler und das Amt Lahr. Sie bestand aus dem Präsidenten Baron von Cronegk, dem inzwischen zum Hofmarschall beförderten Freiherrn von Menzingen, dem Geheimen Rat von Reichau, dem Hofrat Artopoeus und dem Kammerrat Kißling. Der Geheime Rat von Reichau trat in dieser Umgebung wenig hervor und auch Hofrat Artopoeus scheint den Durchschnitt der Räte jener Epoche nicht überragt zu haben, während die Kenntnisse und die Umsicht des Kammerrates Kißling die Anerkennung des Markgrafen fand, weshalb er ihn zugleich die Stellung eines Haushofmeisters am Basler Hof bekleiden ließ. Die Rechenratsarbeiten versahen die Landschreiber der Oberämter. Die „Obere Regierung“ hatte außerdem für das ganze Land die Entscheidung in Sachen des Zivil- und Strafrechts, sowie in Ehe- und kirchlichen Angelegenheiten. Die Kanzlei der unteren Markgrafschaft setzte sich aus dem Vizepräsidenten Ferdinand Reinhard von Gemmingen, Hofrat Boch, Kirchenrat Fecht und Kammerrat Zandt zusammen.³⁶ Fecht als einziges geistliches Mitglied der Gesamtregierung war von der Hauptkanzlei in allen kirchlichen und eherechtlichen Maßnahmen um Rat zu fragen; ließ sich das nicht bewerkstelligen, dann wandte man sich an die Spezialsuperintendenten. In militärischen Angelegenheiten war das Urteil des Markgrafen Karl Gustav zu hören.³⁷ Der Vorsitzende Ferdinand Reinhard von Gemmingen, dessen Geschlecht dem Lande vor allem im 19. Jahrhundert noch manchen verdienstvollen Verwaltungsbeamten geschenkt hat, war eine energische Persönlichkeit, die es öfters verstand ihren durch viele Schicksalsschläge gebeugten Fürsten wieder aufzurichten. Boch neben Maler einer der Unermüdlichsten, lief gern Gefahr durch Vor-

35. 14. Oktober 1689.

36. Als Kanzleibeamten waren im Oberland Bürklin als Sekretär und Registrator, sowie Scheidle als Kopist tätig. Im Unterland Marchträuter als Sekretär in allen Geschäften.

37. Markgraf Karl Gustav, der Bruder des regierenden Markgrafen, war General-Feldzeugmeister des schwäbischen Kreises.

nahme zu vieler Unternehmungen seine Kräfte zu verzetteln. Zandts Vorzug war offenbar seine gute Allgemeinbildung, jedenfalls wurde er zu den verschiedensten Beratungen hinzugezogen. Standen wichtige Dinge zur Entscheidung, dann mußten die beiden Kanzleien sich nach Möglichkeit miteinander besprechen, bevor der Entschluß gefaßt wurde. Der Einzug der Kammergefälle und des Pfundzolls war ganz zum Stillstand gekommen. Der Kirchenrat Fecht schied im Jahre 1690 freiwillig aus der Regierung und wurde durch den Spezial Matthäus Kummer ersetzt.³⁸ Inzwischen versuchte man immer wieder vergebens einen regelmäßigen Kanzleibetrieb in Gang zu bringen. Im folgenden Jahr (1691) ergingen an die noch vorhandenen Einzugsbeamten verschiedene Befehle, die Gefälle und Abgaben wieder flüssig zu machen. Der Pfundzoll wurde von neuem eingeführt und erhöht, auch befreite Beamten und Adlige sollten verpflichtet werden, ihn zu bezahlen. Wegen der Rückstände von Schatzungs- und Frevelschreibereigeldern war man bemüht, mit den Schuldnern einen Vergleich zu treffen. Zu näherer Unterscheidung der Geschäfte der einzelnen Kollegien führte man am 23. Februar 1692 wieder das Hofratsiegel ein. Sowohl die untere wie die obere Kanzlei wurden durch zurückkehrende Räte vermehrt. Im Unterland veranlaßte die Regierung die Zusammenstellung sämtlicher noch vorhandener Beamten und die Aufzeichnung der von ihnen bezogenen Gehälter.³⁹ Als man aber auch an die Nachprüfung der Rentkammer- und Landschreibereirechnungen herantrat, mußte man mit Schrecken feststellen, daß das Kassenbuch der unteren Markgrafschaft mit verbrannt war. Das Jahr 1693 sah den allmählichen Wiederaufbau der Landeskollegien. Der Markgraf ließ sich von den Mitgliedern des Hofrats Artopoeus, Boch und Heinr. Wilh. Maler die verschiedensten Vorschläge unterbreiten.⁴⁰ Sie traten für

38. Geheimratsprotokolle (1690—92) Prot. Samml. Nr. 344. Fecht war der Verfasser der schon genannten Denkschrift über das Baden-Durlachische Schulwesen Sammlung Handschriften A 86—88.

39. B. G. 1381.

40. B. G. 9017. 1319. und Geheimratsprotokolle (1693—95) Prot. Samml. 340. Heinr. Wilh. Maler stand schon länger in Baden-Durlachischen Diensten, war aber erst vor kurzem zum Hof- und Geheimrat befördert worden.

die erneute Teilung der Kollegien, wie sie vor dem Kriege bestand, ein. Rentkammer und Deputation sollten nach ihrer Meinung nur sachlich durch einen genauen Arbeitsplan getrennt werden, dagegen seien sie personell zu vereinigen. Zu schnellerer Entscheidung in wichtigen Gerichtssachen sollte der Hofrat sich nicht lange mit ihnen abgeben, sondern der Juristenfakultät einer Universität zur Beurteilung vorlegen. Zur Entlastung der Sekretäre seien für die Registraturgeschäfte wiederum besondere Kanzleibeamte einzustellen. In der Geheimratssitzung vom 19. Dezember 1693 wurden die vorgebrachten Gutachten durchgesprochen und angenommen; am folgenden Tag in einem Reskript bekanntgegeben.⁴¹ Damals erhielt die eigentliche Landesregierung in Basel folgendes Aussehen: als Geheim- und Hofratskollegium amtierten Hofmarschall von Menzingen und die Räte Boch und Maler. Als Kirchenrat die beiden letzteren und Hofprediger Förtsch, als Rent- und Deputationskammer die Kammerräte Kißling, Rabus und Göhringer. Vorsitzender sämtlicher Behörden wurde von Menzingen. Beim Hofrat war der Dienstag den Geheimratsgeschäften und der Freitag den Angelegenheiten des Kirchenrats gewidmet, die Rentkammer tagte Mittwochs und Samstags Nachmittag als Deputation. Den Sitzungen des Geheimen Rates wohnte der Markgraf fast regelmäßig bei. Aus Ersparnisgründen übernahm hierbei der Geheimrat Maler die Rolle des Geheimen Sekretärs. Die übrigen Räte kehrten in das Unterland zurück, in dem inzwischen auch die Ämter wieder einzeln besetzt worden waren.

Durch diese häufigen Umstellungen der Zentralbehörden suchten der Markgraf und seine Räte der Schwierigkeiten Herr zu werden. Recht und schlecht schlug sich die Baden-Durlachische Zentralverwaltung durch diese Kriegsjahre bis zum Friedensschluß hindurch. Der Markgraf hatte notgedrungen seine Hofhaltung wesentlich einschränken müssen und durfte zufrieden sein, wenn es gelang, soviel an Kammergefallen einzunehmen, daß der Lebensunterhalt des Hofes gesichert war.⁴²

41. B. G. 9017 Ende des Fasz. Geheimratsprotokolle unter genanntem Datum.

42. Friedrich Magnus ließ 1693 die Hofordnung Georg-Friedrichs vom Jahre 1618 erneuern und im Jahre 1701 mit verschiedenen Aenderungen

Auch den Räten und Beamten erging es nicht besser. Verschiedene versahen ohne feste Besoldung den Dienst weiter, um nicht nach Kriegsende ihren Posten besetzt zu finden.⁴³ Für die Einheimischen von ihnen kam die Annahme einer auswärtigen Stelle nicht in Betracht, da sie entweder durch Grundbesitz, den man im Krieg sehr schwer veräußern konnte, oder durch familiäre Bande an das Land gefesselt waren.⁴⁴ Dann war aber auch die Lage in den umliegenden Territorien des Reiches kaum besser als in der Markgrafschaft und zu einer weiter ausgedehnten Arbeitssuche fehlte ihnen das Geld. Wie groß die Notlage

versehen. Haus- und Staatsarchiv II, Haus- und Hofsachen, Hofordnungen: Hofordnung des Markgrafen Georg Friedrich. Mit Einträgen, der im Jahre 1701 vorgenommenen Aenderungen. Anno 1618. Die gleiche Abteilung: Hofordnung des Markgrafen Friedrich Magnus. 1693.

43. Die Bezahlung der Beamten erfolgte in Geld und Naturalien. So erhielten 1662:

	Geld fl.	Roggen Malter	Dinkel Malter	Gerste Malter	Hafer Malter	Wein Fuder
Statthalter v. Selmnitz	533	31 M	51	5	130	6
		4 Simmer				
Hofrat Dr. Linseemann	276	17 M	35	3	10	3,5
		4 Simmer				
Hofrat Dr. Sigwart *	225	10	20	—	—	2
Hofrat Dr. Scheid	297,5	20	40	—	—	2,5
Generalsuper-Intendent Weininger	250 u. 15 fl. für Hoftuch	14	20	2	5	3
Dr. Heilbronner	300	14	26	—	5	5 Ohm
Rektor des Gymnasiums Lembke	160	10	20	—	—	2

*) ohne die Besoldung als Landschaftssyndikus. Nach dem Pfälzer Erbfolgekrieg wurden mit zunehmender Geldentwertung die Gehälter auch höher. 1701 erhielten von der Landschreiberei an Geld: Hofmarschall von Menzingen 800 fl; Präsident von Gemmingen 1100 fl; Kammermeister von Wallbronn 812 fl; Haushofmeister von Tessin 712 fl; Hofrat und Hofmeister von Rothberg 300 fl; Obervogt von Wallbronn 330 fl; Geheimer Hofrat Boch 520 fl; Geheimer Hofrat Maler 520 fl; Hofrat Scheid 420 fl; Hofrat und Kammerprokurator Schmauß 300 fl; Kammerrat Steinheil 340 fl; Kammerrat Kißling 216 fl; Kammerrat Zandt 244 fl; usw. Man vgl. auch die Tabelle von August Roth, a. a. O. vom Jahre 1707. Was hier über die Rechtsverhältnisse der Baden-Durlachischen Beamten vom 18. Jh. gesagt ist, gilt auch im großen und ganzen schon für das 17. Jahrhundert.

44. Güterverkauf an Ausländer war lt. Verordnung vom 21. März 1691 und 8. März 1693 verboten.

damals war, ersehen wir aus dem Briefwechsel des Markgrafen mit einigen seiner Beamten. So bittet der Oberamtmann von Badenweiler, Vitzthum von Eckstett, unter dem 29. Mai 1699 um Erlaubnis, den neu herausgegebenen Befehl, keinem Beamten Geld, Wein oder Frucht zu geben, übertreten zu dürfen, um den Untergebenen seines Amtes und seiner Haushaltung das notwendigste Auskommen zu sichern. Frucht und Hafer seien auf den doppelten Preis gestiegen. Er selbst wolle sich noch mit der Auszahlung seiner Besoldung bis auf bessere Zeiten gedulden.⁴⁵

Nach Friedensschluß zu Ryswijk kehrte der Markgraf — unter Zurücklassung einer Schuldsomme von 47 757 fl. — in das Unterland zurück.⁴⁶ Ein Großteil seiner Räte war ihm schon vorausgegangen. Als Aufenthaltsorte dienten zunächst Grötzingen und Pforzheim, bis die zerstörte Karlsburg zu Durlach soweit wieder hergestellt war, daß der Hofstaat den rechten Flügel des „Kavalierbaues“ beziehen konnte. Zur rascheren Erledigung der im Kriege rückständig gebliebenen Kanzleiarbeiten, sowie zur Neueinrichtung der Zentralbehörden, glaubte Friedrich Magnus eines Verwaltungsapparates zu bedürfen, der in keinem Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln stand. Er ernannte nach dem Ausscheiden von Cronegks zum Präsidenten des Geheimen und Hofrats den Freiherrn von Gemmingen. Dem Geheimen Rat gehörten ferner noch an: Hofmarschall von Menzingen, Kammermeister von Wallbronn einer der wenigen Adligen, die sich im Rechnungswesen gut auskannten und die Hofräte Boch und Maler. Dem Hofratskollegium wurden außer den Genannten noch die Räte Scheid, Gülch, Mentzer und Kammerprokurator Schmauß zugeteilt. Die Obliegenheiten der Rentkammer und Deputation, die personell vereinigt blieben, bearbeiteten von Wallbronn, Schmauss, Haushofmeister von Tessin und die Kammerräte Kißling, Rabus, Zandt und Stein-

45. Haus- und Staatsarch. I. Personalia 5549. Correspondenz mit Herren Rath und Oberamtmann von Vitzthum zu Badenweyler (Anno 1697. 1698—1707). Dem ob seiner schlechten Bezahlung unwilligen Hofrat Scheid ließ der Markgraf durch Herrn v. Menzingen mitteilen, er solle sich mit der halben Hofratsbesoldung begnügen (Haus- u. StaatsArch. I. Pers. 5505. 1679—95).

46. B. G. 9018.

heil. Letzterer war zugleich Vorsitzender der Rechenkammer. Kirchenratsdirektor wurde wiederum Hofrat Boch, dem als weltliches Mitglied Mentzer, und als geistliche Mitglieder Kummer und Förtsch assistieren.⁴⁷ Gemessen an der Zahl der erlassenen Verordnungen schien der Erfolg dem Markgrafen recht zu geben.⁴⁸ Doch schon mahnten die Kammerräte den Markgrafen und den Geheimen Rat, die Ausgaben wenigstens soweit zu senken, daß sie durch die Einnahmen gedeckt werden könnten. Schmauss und von Tessin als die eigentlichen Fachleute für die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten der Markgrafschaft kargten zwar nicht mit Vorschlägen aller Art, deren Durchführbarkeit jedoch meistens zu wünschen übrig ließ. Nach einem Bericht der Rentkammer vom 13. April 1699 überstiegen damals die Ausgaben die Einnahmen um mehr als die Hälfte.⁴⁹ Der Markgraf forderte daraufhin die einzelnen Kammerräte auf, daß jeder für sich einen Gesamtvoranschlag für das kommende Jahr einreiche. Obwohl die Räte nun eingehende Berechnungen vornahmen und dabei alle nur irgendwie möglichen Einnahmequellen in Betracht zogen, blieb das Endergebnis unbefriedigend. Beanstandungen von Seiten der Rentkammer erfuhren außer den Auslagen für die Hofhaltung vor allem die für das Bauwesen verausgabten Summen. Der Geheime Rat riet schließlich darüber hinaus zur Wiederherstellung des gesunkenen Landeskredits, einige Hof-, Kanzlei- und Landbeamte zu entlassen.⁵⁰ Der Schloßbau zu Durlach sollte nach Ansicht der Räte eingestellt werden, da ja doch neue Kriegsunruhen nahe bevorstünden. Dagegen sei der abgebrannte Basler Bau um so schneller fertigzustellen, damit der Markgraf im Notfall mit seiner Fami-

47. Der Nachfolger Förtschs wurde später der Kirchenrat Eisenlohr.

48. Die erneuerte Kanzleiordnung erschien 1699 mit mehreren ergänzenden Ordnungsvorschriften. (B. G. 1324—1327. 1330). Die Arbeitsgebiete der Kollegien wurden genauer festgelegt (B. G. 1309. Punkt 3), eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen getroffen (B. G. 1381. 1454. 1466. 1505. 1577. 1587), eine Zählung der Untertanen und ihres Besitzes an liegenden Gütern und Vieh unternommen (B. G. 9037. 9038), Privilegien für den Wiederaufbau der Residenz Durlach erteilt (gedr. Verordnungen B. c. 39) und das Land mit einer Unzahl von sonstigen Befehlen und Anordnungen beglückt.

49. B. G. 9018.

50. B. G. 9019.

lie wieder eine Zufluchtsstätte finde. Die Beratungen des Geheimen Rats in den Jahren 1701 und 1702 drehten sich in der Hauptsache um das Problem der „Dienerrerduzierung“. Bei der Zentralverwaltung war eine Zusammenziehung des Hofrates mit dem Geheimen Rat vorgesehen, während man bei den Landesämtern in erster Linie die Verbindung der geistlichen Verwaltungen mit den Burgvogteien plante.⁵¹ Da aber inzwischen der spanische Erbfolgekrieg ausgebrochen war und die Kriegshandlungen wieder in bedenklicher Nähe der Markgrafschaft sich abspielten, unterblieb einstweilen die konsequente Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen. Der markgräfliche Hof siedelte 1703 von neuem an seinen üblichen Zufluchtsort Basel über. Die Zentralverwaltung jedoch blieb in Durlach zurück. In dieser Zeit, in der der ganze Verwaltungsbetrieb der Zentralbehörden zum Stillstand zu kommen drohte, war es vorwiegend das Verdienst zweier Männer, die durch ihren Arbeitseifer der Abwicklung der Geschäfte einen neuen Antrieb verliehen; der bereits mehrfach erwähnte Geheime Rat Heinrich Wilhelm Maler und der Kammerrat Ernst Philipp Weinmar, auf den der Markgraf in seinen letzten Regierungsjahren große Hoffnungen setzte.⁵² Das Geheimratskollegium hatte sich zur Zeit der Doppelregierung im Pfälzer Erbschaftskrieg das Aufsichtsrecht über die Bergwerksbetriebe der Markgrafschaft zugeeignet, das früher zum Aufgabenbereich der Rentkammer gehörte. Trotzdem die Rentkammer verschiedene Male nach Kriegsschluß wegen der Rückgabe dieses „Ressorts“ vorstellig wurde, zeigte sich der Geheime Rat nicht geneigt, der Aufforderung Folge zu leisten. Maler, obwohl selbst Mitglied des Geheimen Rats, trat für die Rechte der Rentkammer ein, da er erkannte, daß bei diesen gegenseitigen Streitigkeiten der Kolle-

51. Haus- u. Staatsarchiv II, Haus u. Hof-sachen, Hofökonomie Allgemeines: Die Einrichtung des fürstlichen Hofhaltes, insbes. auch die in den bevorstehenden Kriegszeiten vorzunehmende Regelung und Vereinfachung desselben (1702—03). Baden-Durlach Geheimratsprotokolle (1701) Prot. Samml. 351.

52. Maler hatte übrigens bei den Friedensverhandlungen von 1697 als Vertreter der Markgrafschaft teilgenommen. F. von Weech: Badische Geschichte, S. 369.

gien das Streitobjekt selbst den meisten Schaden erlitt.⁵³ Er wollte lediglich die Verpachtung der Bergwerksregalien dem Geheimen Rat unterstellt wissen, die eigentliche Verwaltung und den Einzug der Pachtzinsen aber der Rentkammer zuerkennen. Da bezüglich der Zuständigkeit im Salzhandel ähnliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Kammer und Geheimen Rat bestanden, bemühte sich Maler um die Wiedereinsetzung der Deputation als selbständige Behörde. Der erste Versuch einer erneuten Trennung der Finanzkollegien im Jahre 1701 scheiterte an dem Widerstand, der um ihre Befugnisse besorgten Zentralbehörden.⁵⁴ Nachdem man erkannt hatte, daß auf dem unmittelbaren Wege nichts zu erreichen war, ging der Kammerrat Ernst Philipp Weinmar zunächst an die Reformierung der Rent- und Rechenkammer. Er betonte die Notwendigkeit einer besseren Vorbildung der Rechenbeamten und fand dabei die Unterstützung Malers. An Stelle der Adjunkten wollte er im Rechenrat zwei geschulte Buchhalter eingestellt sehen.⁵⁵ Um den Fleiß der Beamten bei Rechnungsprüfungen zu erhöhen, drängte Weinmar darauf, eine bestimmte Geldsumme als Belohnung zur Verfügung zu stellen, von der die vier Rechenräte je $\frac{1}{5}$ und die beiden Buchhalter zusammen den Rest erhalten sollten. Einen Gewinnanteil bei der Aufdeckung unterschlagener Gelder hatte man den Rechenräten schon früher gewährt, doch verstanden die ertappten Steuer- und Zollhinterzieher trotz strengen Verbots es meistens, durch Schmiergelder die Beamten auf ihre Seite zu ziehen. Diesem Mißstand suchte Weinmar dadurch entgegenzuwirken, daß er von Staatswegen außer dem Gewinnanteil eine besondere Belohnung aussetzen ließ. In Wirklichkeit lief diese Neuerung aber nur darauf hinaus, daß auch die Gegenseite ihre Anstrengungen um die Gunst der Beamten erhöhte, so daß es nicht gelang, dieses Uebel an der Wurzel auszurotten. Erst Markgraf Karl Wilhelm führte durch Androhung strengster Strafmaßnahmen in seinen „Schmialien-Patenten“ den entscheidenden Schlag gegen diese Nutznießer der Allgemeinheit.

53. B. G. 1319.

54. B. G. 1549.

55. B. G. 1508.

Unter der Initiative Weinmars erschien am 27. Oktober 1703 die erneuerte Rechnungsinstruktion die in 50 Punkten das gesamte Einzugswesen und die Kontrolle der Rechnungen regelte.⁵⁶ Inzwischen war es den Bemühungen Malers und anderer einsichtiger Räte gelungen, die Zuteilung der Angelegenheiten des Salzhandels und des Bergbaues an die zuständigen Abteilungen der Kammer zu erreichen. Jetzt gaben auch die widerstrebenden Zentralkollegien ihre Einstellung gegen eine selbständige Deputation auf. Am 20. Januar 1705 wurde die Abspaltung angeordnet und am 13. Juni des gleichen Jahres tatsächlich vollzogen.⁵⁷ Auf Vorschlag Malers wurden Kammermeister von Wallbronn als Vorsitzender und die Kammerräte Weinmar, Rabus und Seubert als Mitglieder des Kollegiums gewählt.⁵⁸ Die Räte von Wallbronn und Weinmar behielten zugleich ihre Stellungen innerhalb der Rentkammer bei. Die Deputationsitzungen waren am Mittwoch und Donnerstag Nachmittag für die Besprechungen der Eingänge aus dem Oberland. Die unterländischen Sachen wurden Freitag morgens beraten. Geheimrat Maler erschien zu den Sitzungen als Vertreter des Markgrafen, der noch in demselben Jahr aus Basel zurückkam. Die Erwartungen, die die Befürworter der Trennung der Deputation von der Rentkammer an das Bestehen zweier Finanzbehörden geknüpft hatten, erfüllten sich nicht. Die Nachteile einer Mehrbelastung des Staatsetats durch eine weitere Behörde, in der augenblicklich finanziell ungünstigen Lage der Markgrafschaft, überwogen die etwaigen Vorteile einer größeren Arbeitsleistung bei weitem. Zudem hatte die Zeit die psychologischen Gründe, die damals bei der Errichtung des Deputationsrates mitbrachten, hinfällig gemacht. Die Schatzungsauflagen waren längst zu einer jährlich wiederkehrenden Steuer geworden, so daß sich die zahlungspflichtigen Untertanen, zumal nach den dazwischenliegenden kriegesischen Ereignissen, kaum noch bewußt waren, daß sie ehemals der Zuständigkeit von landständischen Körperschaften unterstanden. Dazu brachte die neuerliche

56. B. G. 6529. 6530. Gedr. Verordnungen B. b. 15.

57. B. G. 1466. 1548.

58. B. G. 1549.

Teilung beider Kammern, die weit über ein Jahrzehnt vereinigt waren, für die Einzugs- wie Kanzleibeamten manche Schwierigkeiten organisatorischer Art, deren Ueberwindung kostbare Arbeitszeit in Anspruch nahm.⁵⁹ Als nun die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Landes immer gebieterischer eine durchgreifende Senkung der Ausgaben notwendig machte, war das Schicksal der Deputation besiegelt. Maler berichtete 1707 dem Markgrafen, daß der Ertrag der Kammergefälle seit dem Dreißigjährigen Krieg sich um mehr als die Hälfte verringert habe.⁶⁰ Das wiederholt schon angewandte Mittel einer Besoldungskürzung erklärt er bei der teuren Lebenshaltung nicht für gangbar. Für Friedrich Magnus bestand unter diesen Verhältnissen kein anderer Ausweg, wie die Entlassung entbehrlicher Beamten und Diener zu befehlen.

Wieder zogen sich am politischen Horizont drohende Gewitterwolken zusammen, als es dem französischen Marschall Villars gelungen war, nach dem Tode des Baden-Badischen Markgrafen Ludwig Wilhelm die Bühl-Stollhofener Linie zu überschreiten. Und schon legte der Geheimrat Maler dem Monarchen nahe, die Kollegien aufzulösen und nochmals eine Doppelregierung nach dem Vorbild von 1689 in Basel und in Durlach zu bilden. Doch diesmal blieb die Markgrafschaft von schlimmeren Vorgängen verschont, was den nach Basel geflohenen Markgrafen nach wenigen Monaten zur Rückkehr veranlaßte. Die Sparmaßnahmen wurden diesmal energisch durchgeführt. Einige ältere Beamte entließ man auf Anraten Weimars, verschiedene Stellen der Finanzverwaltung wurden eingezogen und die Besoldung der besser bezahlten Beamten und Räte gekürzt.⁶¹ Die Deputation fristete noch kurze Zeit ihr Dasein als ein Anhängsel der Rentkammer. Mit dem Tode des Markgrafen Friedrich Magnus fand auch sie ihr Ende. Die spä-

59. Als erschwerendes Moment kam hinzu, daß die wenigsten von ihnen noch mit der früheren Deputation zusammengearbeitet hatten. So war im Kollegium selbst der alte von der Gicht geplagte Rat Christian Rabus der Einzige, der schon Mitglied der Deputation vor der Auflösung im Jahre 1689 gewesen war. B. G. 1549.

60. B. G. 1335.

61. B. G. 1970, Geheimratsprotokolle (1707) Prot. Samml. 358.

teren Deputationen waren nur noch Ausschüsse von Ratsmitgliedern der verschiedenen Kollegien, die zur Durchführung bestimmter Regierungsbeschlüsse zusammentraten, um nach Erfüllung ihrer Aufgaben wieder zu verschwinden.⁶²

62. Vgl. Lenel a. a. O.; Windelband a. a. O. — In Württemberg bildeten Oberrat, Rentkammer und Kirchenrat mehrere Deputationen als Exekutivorgane der Behörden in Form von ständig tagenden Ausschüssen. Selbständige Verwaltungsbehörden sind auch sie niemals geworden. Winterlin: a. a. O.

III.

Wirtschaft, Handel und Gewerbe in der Markgrafschaft.

Die schlimmste Folge, die der Dreißigjährige Krieg gezeitigt hatte, lag weniger in der Verwüstung der Gebäude, Güter und Ländereien der Markgrafschaft, auch nicht in der Unterbrechung jedes Handelsverkehrs und der Vernichtung wirtschaftlicher Unternehmungen, sondern in der Entvölkerung des Landes. Ein Gebiet, das wie damals die Baden-Durlachische Markgrafschaft, noch vorwiegend Agrarland war, konnte in einigen, dem allgemeinen Wachstum günstigen Jahrgängen soviel an Natural-einkünften erzielen, daß wenigstens der Lebensunterhalt der Untertanen und ein bescheidener Hofhalt des Landesfürsten gewährleistet wurde. Die Voraussetzung war aber, daß sich Leute fanden, die gewillt waren, die entbehrnisreiche Arbeit der Neuordnung und des Wiederanbaues des Ackerbodens auf sich zu nehmen. Als Friedrich V. seine Stammlande zurückerhalten hatte, sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt zu versuchen, wie er die Untertanen, die während des Krieges das Land verlassen hatten, zur Wiederkehr bewegen konnte. So erging zunächst der Befehl an die Landesämter, alle Einwohner, die außer Landes gezogen seien, der Regierung zu melden und ihnen bei Verweigerung der Rückkehr nach altem kaiserlichen Privileg die Strafe von 100 Mark lötligen Goldes aufzuerlegen. Der Erfolg dieses Aufrufs entsprach aber nicht den Erwartungen, da nur wenige Flüchtlinge dem Befehl ihres Fürsten Folge leisteten. Von denen, die sich weigerten, hatten die einen im Ausland schon ihr Auskommen gefunden und waren auch mehr oder minder zu den Bewohnern des Gastlandes in ein Verwandt-

schaftsverhältnis getreten, die anderen waren zwar einer Rückkehr nicht abgeneigt, doch die Schrecken des letzten Krieges standen ihnen noch allzudeutlich vor Augen und die Zustände der Heimat dünkten ihnen für ein gedeihliches Fortkommen noch zu unsicher. Da beschloß der Markgraf strengere Maßregeln zu ergreifen. Am 25. August 1652 veröffentlichte er ein allgemeines Edikt, worin die ausgewanderten Landeskinder aufgefordert wurden, innerhalb 6 Monaten in das Land zurückzukehren, andernfalls man ihre sämtlichen noch in der Heimat verbliebenen Güter einziehen, oder soweit keine mehr vorhanden seien, in anderer Weise gegen sie vorgehen werde.¹ Diese Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht. Im Oberland setzte besonders aus der Schweiz eine starke Rückwanderung der flüchtigen Durlachischen Landesbewohner ein, die zum Teil von ihren schweizerischen Verwandten begleitet wurden. Politische Vorkommnisse in der Schweiz waren die Ursache, daß der Strom der Heimwanderer durch Eidgenossen vermehrt wurde, die nun ihrerseits im „Markgräflerland“ Zuflucht suchten.² Auch im Unterland kehrten die übriggebliebenen Untertanen aus den walddreicheren Gebieten des nördlichen Schwarzwalds und Württembergs, wohin sie sich abseits der großen Heeresstraßen geflüchtet hatten, in ihre Heimatorte zurück. Der Markgraf suchte das Los seiner wiedergewonnenen und neuen Landeskinder zu erleichtern, soweit es in seinen Kräften stand. Solange die Felder noch gerodet und neu bepflanzt wurden, waren die Landleute von herrschaftlichen Hand- und Gespannfronden befreit. Die steuerliche Belastung des Grundbesitzes sollte durch die Einführung des Akzises gemildert werden. Der Landesherr

1. Gedruckte Verordnung B. b. 23. Auch andere süddeutsche Fürsten wie z. B. der Pfälzer Kurfürst Karl Ludwig erließen nach dem Dreißigjährigen Kriege solche Rückkehrbefehle. Gerhard Biskup a. a. O. S. 12 ff.

2. Karl Seith: Einwanderer ins Markgräflerland nach dem Dreißigjährigen Krieg. (Aufsatz in „Der Basilisk“ Sonntagsbeil. d. Nationalztg. zu Basel v. 16. Februar 1929). Nach Seith waren es in der Hauptsache drei Ereignisse, die die Schweizer zur Auswanderung veranlaßten: 1. ein fehlgeschlagener Bauernaufstand vom Jahre 1653 in den Kantonen Bern, Luzern, Solothurn und Basel; 2. die Verfolgung der Wiedertäufer im Staate Bern; 3. Fahnenflucht von Angehörigen der Schweizerregimenter, die längs des Hochrheins und im südlichen Schwarzwald in kaiserlichen Diensten standen.

selbst, durch die langen Kriegsjahre an Einfachheit gewöhnt, vermied es, durch einen prunkvollen Hofstaat die wirtschaftliche Gesundung seines Landes zu hemmen.³

1. Bedeutung der wichtigsten Regalien für die Finanzwirtschaft.

a. Bergwerke und Eisenhandel.

Kammergefälle, Zölle und Steuern reichten aber nicht aus, um den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Notgedrungen mußte die markgräfliche Regierung nach weiteren Einnahmequellen Ausschau halten, ohne die Gesamtheit der Landesbewohner unmittelbar zu treffen. Nach dem Vorbild anderer deutscher Staaten glaubte sie in der Verpachtung landesherrschaftlicher Wirtschaftsregalien das rettende Mittel gefunden zu haben. Auf den ersten Blick schien es eine ideale Lösung zu sein. Man sparte Kosten und Mühe der Selbstverwaltung, ließ sich von einem Unternehmer eine Pachtsumme garantieren und übergab diesem dafür das Nutzungsrecht. Den Gefahren eines Mißbrauchs wollte man durch regelmäßige Kontrolle begegnen. Besondere Hoffnungen hatte man auf die Verpachtung der Eisenbergwerke und des zugehörigen Eisenhandels gesetzt. In der Markgrafschaft Baden-Durlach bestanden vier Bergwerksbetriebe, die sich mit der Gewinnung und Verarbeitung von Eisenerzen befaßten. Drei Werke zu Kandern, Oberweiler und Gersbach befanden sich im Oberland. Die Gersbacher Eisenschmelze wurde 1682 nach Hausen im Wiesental verlegt.⁴ Das vierte und kleinste Unternehmen war zu Pforzheim eingerichtet. Die beiden zuletzt genannten Werke waren wirtschaftlich von geringerer Bedeutung und deshalb von den Pächtern nicht sonderlich begehrt. Neben Eisenerz fanden sich noch kleinere Vorkommen von Silber, Kupfer und Blei, deren Abbau aber nicht systematisch betrieben wurde. Sogleich nach Kriegs-

3. 1653 speisten 147 Personen täglich bei Hof. 1662 schon 197. Im Jahre 1702 nahmen 139 am Hofessen teil und 105 Personen erhielten Kostgeld.

4. Hermann Baier: Die Markgräfler Eisenwerke bis 1800. (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. N. F. 40 [1926] S. 351—404).

schluß veranlaßte Markgraf Friedrich V. die Erneuerung der Bergordnung Georg Friedrichs von 1604.⁵ Die Bestimmungen der Ordnung enthielten besondere Erleichterungen für die Arbeiter der Bergwerke, da man der Meinung war, auf diesem Wege die fehlenden Facharbeiter aus dem Ausland hereinzubekommen. Unter anderm wurde Befreiung von allen Abgaben gewährt, ferner Errichtung von Wochen- und Jahrmärkten in den den Betrieben benachbarten Orten mit Verkauf zollfreier Ware zugesichert. Den angrenzenden Landwirten wurde Entschädigung für in Mitleidenschaft gezogene Grundstücke versprochen. Die technische Leitung des Werkes unterstand einem Berghauptmann und einem Bergmeister. Mit der Aufsicht wurde vom Hofrat ein Berghauptinspektor betraut, den dabei Mitglieder der Rentkammer unterstützten. Noch im November 1649 verpachtete die Regierung das Werk in Badenweiler (Oberweiler), das den Krieg am besten überstanden hatte, an den Oberstleutnant la Rocque de Bouillac.⁶ Der Vertrag war auf 20 Jahre abgeschlossen. Die ersten 4½ Jahre bis zur vollständigen Wiederherstellung der Betriebsanlagen war jährlich nur ein Zins von 400 fl zu leisten, in den restlichen 15½ Jahren war die jährliche Pachtsumme auf 1300 fl festgesetzt, zahlbar in 2 Halbjahresraten.⁷ Als nun die 4½ Jahre vorüber waren, weigerte sich Bouillac die Pacht aufrecht zu erhalten. Dessen Nachfolger, Oberstleutnant Johann Heinrich Kügler, war ebenfalls mit dem wirtschaftlichen Erfolg sehr unzufrieden, so daß seine Erben 1671 das Vertragsverhältnis lösten.⁸ Die Erfahrungen, die man mit den anderen Werken machte, waren ähnlicher Art. Die Pächter sahen sich meist außerstande, die vorgesehenen Summen aufzubringen und kündigten nach einer gewissen Zeit den Ver-

5. Erneuerte Ordnung vom Jahr 1649. B. G. 1007.

6. Das Werk war 1595 von Georg Friedrich um 9174 fl erworben worden. Das Kanderner Unternehmen war sogar schon seit 1512 in markgräflicher Verwaltung, in welchem Jahre es Markgraf Christoph I. um 186 fl erstand. E. Gothein: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds und der angrenzenden Landschaften. B. I Städte- und Gewerbegeschichte (Straßburg 1892) Kap.: Geschichte des Bergbaus.

7. Haus- u. Staatsarch. I Personalia Baden-Durlach Friedrich V., Schulden (1639—40. 1640. 1651. 1653—57).

8. H. Baier, führt in seinem Aufs. die Pächter der oberländ. Werke bis zum Jahre 1800 namentlich auf. a. a. O.

trag unter Zurücklassung einer größeren Pachtschuld.⁹ Die nachfolgenden Unternehmer kargten bei der Uebernahme nicht mit Versprechungen, um schließlich der Rentkammer dieselben Enttäuschungen zu bereiten. Die Gründe für diesen finanziellen Mißerfolg der Bergwerke waren verschiedener Art. Zunächst trugen die Pächter selbst einen großen Schuldanteil, die durch ihre geschäftliche Einstellung einen Aufschwung der Eisenindustrie unmöglich machten. Sie betrachteten vielfach das Nutzungsrecht als einen Weg zu schnellem Reichtum und betrieben entgegen den Vorschriften seitens der Regierung Raubbau an den Schürfstellen. Sie ruinierten durch übermäßige Inanspruchnahme die Einrichtungen, ohne zugleich an rechtzeitige Ersatzleistung zu denken und vernachlässigten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen. Das Personal wurde durch Lohndrückereien, die gespannpflichtigen Anwohner durch unzeitgemäße Aufträge während der Saat- oder Erntezeit verärgert. Die zweite Ursache lag in den unzulänglichen technischen Mitteln, mit denen gearbeitet wurde. Die Anlagen waren zum Teil nicht mit der nötigen Sachkenntnis erbaut, so z. B. die erstellten Hammerwerke nicht genügend gegen Witterungseinflüsse gesichert.¹⁰ Bei Hochwasser und bei niedrigem Wasserstand durch anhaltende Trockenheit traten immer Betriebsstörungen ein, manchmal auch fehlte es an Holzkohlen, um die Schmelzöfen in Glut zu bringen. Ein sehr gewichtiger Grund, daß der Bergbau sich nicht besser entwickeln konnte, war der latente Kriegszustand. Sei es nun, daß die Werke durch plündernde Truppen zerstört wurden, oder die mit Mühe angelernten Bergarbeiter zu Wachen und Schanzarbeiten und die Pferde zu Kontributionsführern herangezogen wurden.¹¹ Mit dem Recht des freien Holz-

9. Im Frühjahr 1704 z. B. betrugen trotz weitgehendster Ermäßigung die Pachtrückstände 25 531 fl. 3 kr. Akten Herrschaft Rötteln-Sausenberg. Bergwerke Fasz. 25.

10. In Fasz. 26 der Akten Rötteln-Sausenberg Abt. Bergwerke wird in bunten Zeichnungen die technische Beschaffenheit der Hammerschmieden und Drahtzüge jener Zeit versinnbildlicht.

11. Vor Plünderungen suchten sich die Unternehmer dadurch zu schützen, daß sie sich gegen hohe Bezahlung von den in der Gegend befindlichen kaiserlichen oder französischen Truppen Schutzwachen aufstellen ließen. Die hierdurch entstandenen Auslagen versuchten die Pächter wieder an dem Pachtzins abzuziehen, wogegen die Rentkammer sich energisch zur Wehr setzte.

schlags wurde insofern Mißbrauch getrieben, als die Köhler gegen das erlassene Verbot aus Bequemlichkeit auch junge Bäume umschlugen.¹² Beim Graben der Stollen und Aufstellen der Schmelzöfen nahmen die Bergleute wenig Rücksicht auf die benachbarten angebauten Felder, was wiederum Veranlassung gab, sich mit den Besitzern über die Höhe des Schadenersatzanspruchs herumzustreiten.¹³ Durch das Auswaschen des Eisenerzes wurde das Fischwasser verunreinigt, worüber die Fische-reispächter heftig Klage führten. Die „Admodiatoren“ wiesen als Entgegnung wieder auf Eingriffe und Störungen ihrer Betriebe durch die Bevölkerung hin.¹⁴ Das Bestreben des Markgrafen Friedrich Magnus', aus diesen Vorkommnissen die Folgerung zu ziehen und das Bergwerksregal wieder in eigene Verwaltung zu nehmen, scheiterte an der Aussichtslosigkeit, die benötigten Geldmittel aufzubringen. Als im Jahre 1708 die Grafschaft Eberstein von der Vormundschaftsregierung Baden-Baden um 100 000 fl wieder eingelöst wurde, dachte der Landökonomierat und Hofrat Friedrich Wilhelm Weinmar die Gelder zur besseren Instandsetzung der oberländischen Eisenbergwerke zu benutzen und die landesherrschaftliche Verwaltung derselben durchzuführen. Dem Markgrafen aber, der diesen Gedanken sogleich aufgegriffen hatte, riet er von einer augenblicklichen Verwirklichung ab, bis der Frieden wieder hergestellt sei.¹⁵ Das Ende dieses Krieges hat dann der Markgraf nicht mehr erlebt.

b) Salzhandel.

Das Salzhandelsmonopol wurde erst durch die Aufhebung der Landschaftsausschüsse ganz den herrschaftlichen Regalien eingereiht. Früher waren die Gemeinden an dem Aufsichtsrecht über den Kauf und Verkauf des Salzes beteiligt, was später die Veranlassung gab, das „Salzwesen“ den Befugnissen der De-

12. Akten Herrschaft Rötteln-Sausenberg, Bergwerkssachen 240 und Forstwesen 403.

13. Akten Herrschaft Badenweiler. Bergwerke 553.

14. 1693 erhob der Bergrat u. Pächter des Badenweiler Werkes Joh. Heinr. Fried beim Hofrat Klage, daß die Badeverwaltung zu Badenweiler ihm das zum Bergwerksbetrieb notwendige Wasser entzogen habe. Akten Herrsch. Badenweiler Bergw. 552.

15. Akten Herrschaft Rötteln-Sausenberg. Bergwerke 27 u. 28.

putation zuzuteilen. Die Verpachtung des Handels, eines von Menschen und Vieh benötigten Genußmittels, ergab von vornherein günstigere finanzielle Aussichten für den markgräflichen Fiskus, als diejenige irgendwelcher durch hohe Unterhaltungskosten belasteter Betriebe. Aber nicht nur auf Regierungsseite hatte diese Erkenntnis Platz gegriffen, auch die durchweg jüdischen Händler witterten eine leichte Verdienstmöglichkeit. Wenn nun die Landesherrschaft dieses ertragreiche Regal nicht in Eigenverwaltung behielt, so lag dies darin begründet, daß die Salzhandelsadmodiatoren zugleich die Geldgeber der Markgrafen waren. Auf das Salzhandelsmonopol war ein Vorschußbetrag, der aus der schlimmsten Geldverlegenheit half, noch am ehesten zu erreichen, und in Geldverlegenheit waren die Durlachischen Fürsten in damaliger Zeit immer. Ohne Unstimmigkeiten ist es allerdings auch bei diesem Handelsgeschäft nicht abgegangen. Die Pacht wurde derart vereinbart, daß für jeden Zentner oder jede Scheibe verkauften Salzes ein bestimmter Betrag entrichtet werden mußte.¹⁶ Dafür waren die Untertanen verpflichtet, ihren Salzbedarf von den Stadeln des Pächters zu decken. Herrschaftliche Beamte und Geistliche hatten das Vorrecht, für ihre Familien jährlich bis zu 4 Simmer Salz zum Ankaufspreis zu erhalten.¹⁷ Für die Einfuhr des Salzes zahlte der Monopolinhaber nur den Landzoll, während er von der Entrichtung des Pfundzolls befreit war.¹⁸ Wer sich nicht an das Monopol hielt, mußte neben dem Einzug der Ware für jedes Pfund 1 fl Strafe zahlen.¹⁹ Hatte man sich über die näheren Bedingungen geeinigt, dann wurden die Burgvögte und Amtskeller beauftragt, im Beisein des Pächters den Sturz der Salzstadel vorzunehmen und die noch vorhandenen Mengen aufzuzeichnen. Während der Pachtdauer waren sie ferner angehalten, jeden Salzschnuggel zu unter-

16. Der Zentner ungefähr zu 104—108 Pfund berechnet. Das Angebot schwankte zwischen 1 fl 30 kr und 2 fl 30 kr für den Zentner, je nachdem noch ein jährliches fürstliches Handgeld von einigen 100 Reichsthalern vorgesehen war. So B. G. 2726.

17. B. G. 7014. Das Simmer ungefähr 22,5 Liter.

18. Von der Ausfuhrmenge, die ursprünglich ebenfalls nur mit dem Landzoll belastet war, forderte die Kammer seit 1693 auch den Pfundzoll, was den Widerspruch der Pächter hervorrief. B. G. 7014.

19. B. G. 1010.

binden. Für diese Mehrarbeit im Interesse der Salzadmodiatoren, mußten letztere die Amtskeller entlohnen. Manche von ihnen stellten sich aber auf den Standpunkt, daß der Abschluß einer Pacht auch der Landesherrschaft zu großem Vorteil gereiche und deshalb ihr die Bezahlung zustehe. Die Benachteiligten bei diesem Streit waren dann die Einzugsbeamten, die mit mehr oder weniger Erfolg die Kammer oder den Geheimen Rat um Vermittlung anriefen.²⁰ Zur Kontrolle des Salzverbrauchs hatte jeder Salzkasten zwei ungleiche Schlösser, von denen die Schlüssel zum einen der Pächter oder sein Stellvertreter, die Schlüssel zum anderen der amtliche Salzmesser in Besitz hatte. Dadurch war keinem die Möglichkeit gegeben, ohne Wissen der anderen Partei aus dem Behälter Salz zu entnehmen.²¹ Gegen die Verpachtung des Salzhandels erhoben sich vielerorts Bedenken. Vor allem die Rentkammer war bestrebt, die Freigabe des Salzhandels durchzusetzen, weil nach ihrer Ansicht der finanzielle Gewinn nur beim Pächter liege, während die Untertanen darben müßten. Kammermeister v. Wallbronn und Kammerprokurator Schmauss traten deshalb 1701 gegenüber dem Markgrafen nachdrücklich für Einführung des Freihandels ein, wofür sie die Gewährung einer Ablössungssumme von 20 000 fl. durch die Verbraucher glaubten in Aussicht stellen zu können.²² Außerdem wurden von Seiten der Bewohner des Unterlandes Klagen über verunreinigte Lieferungen und zu hohen Preis des Salzes laut, während in der oberen Markgrafschaft die Verschiedenheit des roettelschen und badenweilerschen Salzmaßes Unwillen hervorrief.²³ Jetzt entschloß sich Friedrich Magnus diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Die Amtleute erhielten den Befehl, die Verbraucherzahl jeder Ge-

20. Baden-Durlach, Geheimratsprotokolle (1688) Prot. Samml. 342.

21. Die Salzstadel befanden sich meist an den Wohnorten der Vertreter des Pächters. Im Unterland waren sie 1707 in Durlach, Berghausen, Blankenloch, Rüppurr und der Hauptstadel zu Pforzheim. Akten Pforzheim, Salzverlag 2086. Der Jude Löwel bekam 1679 das Recht, sechs weitere Juden zum Betrieb hinzuzuziehen, für die er jährlich 40 fl. Schirmgeld entrichten mußte. B. G. 1010.

22. Den damaligen Pächtern Rudolf, Burkard und Ochs wollte man als Entschädigung solange einige Gefälle im Oberland zugestehen, bis das vorgeschossene Pachtgeld durch die Gefällezinsen rückvergütet sei. B. G. 9018. 9019.

23. Akten Herrschaft Badenweiler, Salzverlag 309.

meinde durch Zählung der Einwohner und ihres Viehbestandes festzustellen und gleichzeitig die Höhe der Ablösung, die man für den „freien Salzkauf“ zu zahlen gewillt sei, zu melden. Die Berichte der Aemter, die aber im Laufe des Frühjahrs 1702 eintrafen, zeigten ein wesentlich anderes Gesicht als die Versprechungen der Kammerräte. Die Gemeinden der unterländischen Aemter machten nur geringe Angebote, die weit hinter dem Voranschlag zurückblieben, besonders, da einige Gemeinden alte Freihandelsprivilegien geltend machten. Vom Oberland gingen zunächst überhaupt keine „Spezifikationen“ ein. Auf die wiederholte Aufforderung wurden lediglich die Ergebnisse der Bestandsaufnahme mitgeteilt, die Bereitstellung von Ablösegeldern aber nach wie vor abgelehnt.²⁴ Nach diesem Mißerfolg wurde der Plan des freien Salzhandels fallen gelassen und man beschränkte sich auf strengere Ueberwachung der Pächter.

c) Tabakhandel und Münzregal.

Im letzten Jahrzehnt der Regierung des Markgrafen Friedrich Magnus kam mit der Einführung des Tabakbaus durch die Hugenotten im Unterland ein neuer Handel auf, dessen Verpachtung ebenfalls zur Vermehrung der landesherrschaftlichen Einnahmen herangezogen werden sollte. Man trat mit Basler und Durlacher Kaufleuten in Verhandlungen ein, brachte schließlich auch einen reichlich verklausulierten Vertrag zustande, um ihn nach wenigen Jahren wieder aufzuheben.²⁵ Der auf jährlich 2000 bis 2500 fl. geschätzte Pachtertrag wurde nicht erreicht und auch hier scheint man mit dem gleichen negativen Erfolg es mit dem Freihandel versucht zu haben.²⁶

24. B. G. 7018.

25. B. G. 3385.

26. Voranschläge in B. G. 9018. Ende Fasz. 3385 ist ein Befehl vom 22. 3. 1702 an die Rentkammer verzeichnet, in dem diese aufgefordert wird, den Durlacher Händler Krieg zu veranlassen, von seinem noch bis zum Jahre 1705 laufenden Monopolvertrag abzu stehen, da man den Tabakfreihandel einführen wolle. Um ihm dies zu erleichtern, solle der Vertrag noch solange Gültigkeit haben, bis sein Tabaksvorrat verkauft sei, oder die andern Durlacher Krämer ihm soviel Ware zu billigem Preis vergütet hätten; als er zu eigenem Vertrieb nicht behalten könne. Wie jedoch aus den Geheimratsprotokollen vom Jahre 1702 (Prot. Samml. No. 352) zu entnehmen ist, wurde das Ersuchen abgelehnt.

Das Münzregal wurde von dem Markgrafen auf dringendes Abraten der Räte nicht verpachtet, da sie mit Recht befürchteten, daß die Pächter minderwertiges Geld herstellen und so den Kredit bei den Nachbarländern schädigen würden. Als der Basler Handelsmann Zässlin im Jahr 1676 den damaligen Erbprinzen Friedrich Magnus ein besonders verlockendes Angebot mit 50—60 000 Reichstalern unterbreitete, hielt es der Hofrat Dr. Schneider für angebracht, den Markgrafen Friedrich VI. auf die Gefahr einer solchen Handlungsweise aufmerksam zu machen.²⁷ Doch der Thronfolger war selbst schon so klug, sich nicht mit den testamentarischen Bestimmungen seiner Vorfahren und den Münzordnungen des Kreises und Reiches in Widerspruch zu setzen und lehnte das Angebot ab.

2. Landwirtschaft, Bevölkerungspolitik und Fron den.

Die Sorge um die einheimische Landwirtschaft war für den Markgrafen ein Gebot der Selbsterhaltung. Jeder neue fremde Zehntherr innerhalb der Landesgrenzen bedeutete eine Verminderung des eigenen Einflusses. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete barg der Erwerb von inländischem Grundbesitz durch Ausländer Gefahren in sich. In schlechten Jahrgängen mußte man befürchten, die benötigten landwirtschaftlichen Erzeugnisse von auswärts beziehen zu müssen, während die Kollatoren die besten Ertragnisse außer Landes führten. Dieser Entwicklung trat man auf zweifache Weise entgegen. Einmal wurde jeder Güterverkauf an Ausländer streng untersagt und im Einzelfall von der Zustimmung der markgräflichen Regierung abhängig gemacht, zum anderen befreite man diejenigen Untertanen, die fremde Güter erwarben, auf drei Jahre von allen Abgaben, außer dem Zehnten.²⁸ Der gleichen Einstellung entsprach die Entscheidung

27. Schreiben vom 18. Jan. 1676, Haus- u. Staatsarchiv I Personalien 4948.

28. B. G. 2904. 2812. Befehle vom 12. März 1691; 8. März 1693; 15. März 1698 und 25. Okt. 1699. Darüber hinaus waren Landesbewohner, denen es gelang, von Ausländern ehemals Baden-Durlachische Güter zurückzuerwerben zeit ihres Lebens von sämtlichen Belastungen frei. (7. Nov. 1705).

des Markgrafen im Notjahr 1707, die herrschaftlichen Kammergüter zur Bewirtschaftung nicht an Fremde, sondern an Landeskinder zu übergeben, die keinen eigenen Grundbesitz hätten.²⁹ Im übrigen traten bei der Frage der Selbstverwaltung oder Verpachtung der herrschaftlichen Ländereien ähnliche Unklarheiten zutage, wie sie bei Behandlung der bereits genannten Regalien anzutreffen waren. Der Haushofmeister Philipp Heinrich von Tessin empfahl um die Jahrhundertwende die staatlichen Waidgänge und Auen unter Leitung eines erfahrenen Beamten zu stellen, da die Pacht doch nur wenig einbringe. Andere Vertreter der Kammer traten für bessere Ausnützung des Ertrags der Melkereien Rüppurr und Gottesaue ein.³⁰ Ein Ausschuß des Geheimen Rates, der unter dem Titel einer „Geheimen Deputation“ im letzten Regierungsjahr Friedrich Magnus' mit besonderen wirtschaftlichen Aufgaben betraut wurde, schlug dagegen die möglichst hohe Verpachtung aller fischreichen Gewässer vor, von der er sich großen Vorteil versprach.³¹ Zur Verbesserung des Ackergeländes wurden in Fronweg Entwässerungsgräben gezogen und schon bestehende Kanäle erweitert und ausgebessert. Eine größere Unternehmung war die Verbreiterung des sogen. Landgrabens im Unterland, der seit der Erbauung durch Ernst Friedrich keiner gründlichen Reinigung mehr unterzogen worden war, und so den Ansprüchen nicht mehr genügte. Ueber die dabei entstandenen Unkosten bestanden zwischen den Gemeinden noch längere Zeit Meinungsverschiedenheiten. In den Aemtern Graben und Staffort hatte sich die Unsitte ausgebildet, bei Säuberung der Gräben für die Teilnehmer kostspielige Mahlzeiten abzuhalten, was in einem Generalausschreiben gerügt werden mußte. Trockene und sandige Gebiete suchte man durch Anpflanzen der genügsamen Esparsette wenigstens als Futterplätze für das Vieh nutzbar zu machen. Zur Aufforstung der Gemeindewaldungen wurde be-

29. Auch der Verkauf von Kammergütern, die für die Hofhaltung unwirtschaftlich waren, sollte nur an Einheimische erfolgen. B. G. 9020.

30. B. G. 9018.

31. Die „Geheime Deputation“ bestand aus den Geheimen Räten Boch und Scheid sowie dem Kammerprokurator Steinheil. B. G. 9020.

stimmt, daß jeder Bürger 6, und jeder Hintersasse 3 junge Eichen setzen müsse.³²

Eng im Zusammenhang mit diesen Bemühungen, dem Naturalertrag des Landes aufzuhelfen, standen die Maßnahmen zur Vermehrung der durch die Kriege immer wieder gelichteten Bevölkerung. Die Erfahrungen, die man nach dem 30-jährigen Krieg gemacht hatte, daß nämlich alle Anstrengungen umsonst waren, wenn Mangel an Arbeitskräften herrschte, zwang auch späterhin die markgräfliche Regierung zu einer weitsichtigen Bevölkerungspolitik. Nach dem Nymwegener Frieden förderte Friedrich Magnus die Eheschließungen durch Gewährung besonderer Frondienst- und Abgabenerfreuung. So durften junge Ehepaare nach der Heirat 2 Jahre lang gänzlich unbelastet bleiben, mit Ausnahme der vom Feinde auferlegten Kontributionen. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, auch fremde Leute ins Land zu ziehen.³³ Die Deputation führte damals drei Ursachen an, weshalb viele junge Leute in der Markgrafschaft nicht heiraten würden: 1. die ständigen Kriege und die daraus entspringenden unsicheren Zeitverhältnisse; 2. die Armut der Eltern; 3. die hohen Belastungen und häufigen Fronen. Ueber die Verordnung des Markgrafen hinaus empfahl sie auch Befreiung von feindlichen Kriegsfronden und Bestrafung aller über 30 Jahre alten Junggesellen. 1687 ergänzte der Fürst seinen Befehl dahingehend, daß Ehen lediger Männer mit Witwen ebenfalls den Vorzug zweijähriger Abgabenerfreuung genießen sollten.³⁴ Die Zuwanderung und Aufnahme von Religionsflüchtlingen aus Frankreich und den spanischen Niederlanden war Friedrich Magnus ein willkommenes Mittel, den Bevölkerungsausfall nach dem pfälzischen Erbschaftskrieg zu verringern. Hatte unter seinem Großvater Friedrich V. der südliche Teil der Markgrafschaft zahlreiche Einwanderer aufgenommen,

32. 2. März 1699.

33. Erlaß des Markgrafen vom 10. Juni 1678. B. G. 3457. Die Rentkammer riet allerdings zu dem Vorbehalt, Erben von schatzungspflichtigen Gütern nur von den Bürgerschätzungen zu befreien. Außerdem sollten die Jungvermählten, die nach Ablauf von zwei Jahren ins Ausland ziehen würden, zu nachträglicher Bezahlung des nachgelassenen Betrages verpflichtet sein.

34. B. G. 3460.

so war es jetzt der Norden des Landes, der auf diese Weise Zuwachs seiner Bewohner erhielt. Die neuen Ansiedler, die teils Wallonen aus Brabant, teils Waldenser aus Südfrankreich, teils eigentliche Hugenotten aus dem mittleren Frankreich waren, verteilten sich mehr oder weniger über alle Ämter des Unterlandes. Zu selbständigen Ortsgründungen in Baden-Durlach kam es nur durch die Wallonen in Friedrichstal und die Waldenser in Welschneureuth.³⁵ Während die Handels- und Industrieunternehmungen der Einwanderer über die Anfänge nicht hinauskamen, brachten sie ihrem Gastland auf landwirtschaftlichem Gebiete Errungenschaften von bleibendem Wert.³⁶ Außer dem Tabakbau vermittelten sie den Einheimischen die Kenntnis der Kartoffel und neue Methoden der Feldbewirtschaftung. Die dreijährige Befreiung von jeglicher Belastung wurde ihnen nach Ablauf dieser Zeit um ein Vierteljahr erweitert.³⁷ Als besonderes Vorrecht gewährte der Markgraf außerdem den Flüchtlingsgemeinden selbständige Verwaltung und Rechtsprechung in ihren Angelegenheiten, sowie Abhaltung gesonderter Gottesdienste. Für die übrigen Untertanen blieben die früher erlassenen Privilegien weiter bestehen. Die 1698 angesetzte Landeszählung wurde zwar nicht mit dem vorgesehenen und ins Einzelne gehenden Angaben durchgeführt, sondern man begnügte sich nach Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges mit einer allgemeinen Aufzählung der Häuser und zugehörigen Hausbesitzer, des Großviehs und der liegenden Güter samt Wert-

35. Kleine übersichtliche Darstellung der Wanderungen und Niederlassungen französischer, savoyischer und niederländischer Religionsflüchtlinge, besonders der in Baden (Ludwigshafen 1894 (o. Verfasserangabe)). E. Gothein: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds. Kap.: Geschichte der Industrie. — Karl Friedrich Vierordt: Geschichte der evangelischen Kirche in dem Großherzogtum Baden (Karlsruhe 1856) Bd. II § 81, eingewanderte Protestanten (1562—1785) S. 333—342. Die Privilegien beider Orte unter dem 10. Dez. 1699 erlassen. Die entscheidende Geheimratssitzung, in der man beschloß, den Refugiés Land und Wald zur Rodung zuzuweisen und den Treueid der neuen Untertanen anzunehmen, fand am 18. Oktober 1699 statt. Geheimratsprotokolle (1699) Prot. Samml. No. 349.

36. Die Ansicht Gotheins für die industriellen Elemente der Refugiés sei das nahrungslose und bedrohte Grenzland lediglich ein Durchzugsgebiet gewesen, in dem nur die ärmeren und schwerer beweglichen Ackerbauern sesshaft geworden seien, hat viel Wahrscheinlichkeit für sich.

37. Geheimratsprotokolle (1703) Prot. Samml. No. 353.

schätzung des Gesamtbesitzes eines jeden Amtes.³⁹ Das Ziel aber einer Steigerung der Bevölkerungszahl behielt man auch ferner im Auge. Die „Geheime Deputation“ ging am Ende unseres Zeitabschnitts noch einen Schritt weiter. Um die Ursachen eines Stillstandes oder gar einer Rückwärtsentwicklung zu beseitigen, ordnete sie an, daß mit jedem Hause eine gewisse Anzahl von Grundstücken unzertrennbar verbunden bleiben müsse, wohl in der Meinung, dadurch den notwendigsten Lebensmittelbedarf einer Familie sicherzustellen.³⁹

Die Erleichterungen und teilweise Aufhebung der Frondienstverpflichtungen bildeten trotz der erwähnten Fälle Ausnahmen. Die Regierung war sich darüber klar, daß sie die Arbeiten, die im Fronweg verrichtet wurden, niemals durch bezahlte Kräfte ausführen lassen konnte. Die vorhandenen Geldmittel hätten längst nicht ausgereicht, und eine Fronablössungssumme in entsprechender Höhe wäre von den durchweg armen Fronpflichtigen nicht zu erlangen gewesen.⁴⁰ Trotzdem wurden Versuche in dieser Richtung unternommen, aber nicht zur Erleichterung des Loses der Untertanen — wenn auch die Regierung dies gern als Vorwand benutzte — sondern zur Vermehrung des bedürftigen markgräflichen Fiskus. Schon unter Friedrich V. bei den ersten Beratungen über das künftige Steuersystem, sowie später im Anfang der Regierungstätigkeit des Markgrafen Friedrich Magnus war das Problem der Fronablösung zur Sprache gekommen.⁴¹ Zur Zeit Friedrichs VI. war es insofern weniger von Bedeutung, als dieser Fürst durch seine rege Bautätigkeit auf die Baufronden nicht verzichten konnte, und zudem die finanzielle Lage der Markgrafschaft eine bessere war wie zuvor unter seinem Vater und danach unter seinem Sohn. Einen letzten dahingehenden Versuch unternahm Kammerprokurator Schmauß im Jahre 1699 gelegentlich der Wiederaufbauarbeiten an dem abgebrannten Basler Hof. Er schlug dem

38. B. G. 9037. 9038.

39. B. G. 9020.

40. Fronpflichtig waren alle Dorfbewohner mit Ausnahme der Vögte und Walddesellen.

41. Theodor Ludwig: Der badische Bauer im 18. Jahrhundert. (Abh. am Staatsw. Seminar zu Straßburg. H. XVI (1896)).

Markgrafen vor, die Arbeiten am Neubau soweit wie möglich einzuschränken und die dafür fälligen Frondienste ablösen zu lassen. Bei einer Ablösungsgebühr von 3 fl. für den Handfron und 4 fl. für den Zugfron sei ein Reinertrag von 18—20 000 fl. zu erwarten.⁴² Im Verlauf der weiteren Besprechungen mit den Kammeräten wurden jedoch soviele Bedenken laut, daß selbst Schmauß die Aussichtslosigkeit des Beginnens einsah. Für das Unterland hat der Kammermeister von Wallbronn den Gedanken nochmals in abgewandelter Form aufgegriffen mit der Meinung, den Landleuten gegen ein geringes Lösegeld die Möglichkeit zu geben, sich ganz dem Wideranbau der verödeten Güter zu widmen.⁴³ Als Ausgleich sollten die vermögenden Grundbesitzer, die im letzten Kriege um ein Spottgeld große Ländereien erworben hätten, mit doppelter Fronverpflichtung oder Abkaufsumme veranschlagt werden. Doch auch dieser Vorschlag war von keinem Erfolg begleitet.

3. Handel, Gewerbe und Industrie.

Der Bedeutung entsprechend, die die Landwirtschaft für Baden-Durlach hatte, nahm im Handelsverkehr der Umsatz von Agrarprodukten und Vieh die erste Stelle ein. Mißernten, Viehseuchen und Kriegszustand waren somit die entscheidenden Faktoren der Preisgestaltung dieses Handels, der ja der Mehrzahl der ausschließlich Ackerbau und Viehzucht treibenden Bewohner die einzige Möglichkeit bot, das für den sonstigen Lebensunterhalt benötigte Bargeld in die Hand zu bekommen. Der nächstwichtigste Handelszweig der Zeug- und Lederhandel war ebenfalls nur durch die Notwendigkeit bedingt, den Materialbedarf für die Kleidung zu beschaffen. Die übrigen Handelsgeschäfte, die sich noch im Rahmen der Wochen- und Jahrmärkte abwickelten, waren daneben unbedeutend. Regere Handelsbeziehungen zu benachbarten Ländern bestanden eigentlich nur mit Stadt und Bistum Basel, sowie mit dem Herzogtum Württemberg. Mit Zunahme der Besserung des politischen Verhältnisses wurde auch der Güteraustausch mit der Markgraf-

42. 8. Nov. 1699. B. G. 9018.

43. 3. März 1701. B. G. 9018.

schaft Baden-Baden häufiger. Zu den anderen angrenzenden Staaten war der Handel durch hohe Zölle erschwert und über den Rhein war jeglicher Warenverkehr zum Stillstand gekommen.⁴⁴ Diese Tatsache erklärt sich damit, daß auch die übrigen Herrschaften überwiegend Agrargebiete waren und jede sich in ertragreichen Jahren vor der Einfuhr und in Zeiten schlechten Wachstums vor der Ausfuhr von Naturalerzeugnissen zu schützen suchte. Die Folge war oft Uneinigkeit in der Auslegung getroffener Vereinbarungen und Sperrung der Zollgrenzen.

Ein solcher Fall zwischen Baden-Durlach und Württemberg beanspruchte die Behörden beider Länder über zwei Jahre.⁴⁵ Zwischen den Bewohnern der württembergischen Ämter Calw und Neuenbürg einerseits und denjenigen der badischen Weinorte Ellmendingen, Dietlingen und Weiler andererseits bestand ein Uebereinkommen, wonach die Württemberger das Geld für den im Herbst zu liefernden Wein je nach Bedarf ihren Lieferanten vorstreckten. 1651 verbot nun der Herzog von Württemberg seinen Untertanen, weiteren Vorschuß zu geben, da man zunächst die Schuldverpflichtungen an Reich und schwäbischen Kreis erfüllen müsse. Daraufhin weigerte sich Baden-Durlach seinerseits, den schon bezahlten Wein ausführen zu lassen. Nach endlosem Wechsel gegenseitiger Beschwerdeschriften einigte man sich 1653 dahin, den Wirten der genannten württembergischen Ämter die Einfuhr für den Hausgebrauch und Wirtschaftsbedarf zu gestatten. Dieses Abkommen trug schon den Keim zu weiteren Zerwürfnissen in sich und so wurden die Handelsbeziehungen zwischen Württemberg und Baden-Durlach noch mehrmals durch Ausfuhrverbote gestört.⁴⁶ Um diesem Zustand ein Ende zu machen, kam in den 80er Jahren zu Vaihingen ein Vertrag zustande, in dem die Kontrahenten die gleiche Höhe des Pfundzolls und unbeschränkten Handelsverkehr vereinbarten.⁴⁷ Ebenso sicherte man sich wechselseitig

44. E. Gothein: Die oberrheinischen Lande vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg. (Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins. N. F. I. [1886] S. 1—39).

45. B. G. 3419.

46. Beispielsweise wieder 1674. B. G. 3418.

47. Abgeschlossen um das Jahr 1682. Sachs: a. a. O. Th. V S. 17.

die Zollfreiheit derjenigen Gülden und Gefälle zu, die ein jeder als Zehntherr durch das Gebiet des anderen befördern mußte. Die folgenden Kriegsjahre zwangen jedoch die Regierungen wieder zu Sperrmaßnahmen ihre Zuflucht zu nehmen.

Nach Kriegsende 1698 herrschte allgemein großer Mangel an Getreide. Besonders fühlbar wurde die untere Markgrafschaft davon betroffen. Als Württemberg aus diesem Grunde sowohl die Zufuhr badischen Weines wie die Ausfuhr von Getreide nach Baden-Durlach untersagte, berief sich die markgräfliche Regierung auf den Vaihinger Vertrag.⁴⁸ Bei dieser Gelegenheit verwies das Amt Pforzheim die Zentralverwaltung auf den Mißstand, den Zoll bei der Durchfahrt fremder Fuhrn in jedem Amt gesondert zu erheben, während Württemberg die Gebühren nur einmal an der Landesgrenze anfordere und dadurch den ganzen Durchgangsverkehr an sich ziehe. Der Hofrat ließ sich aber nicht zu wesentlichen Aenderungen der Zollordnung herbei. Inzwischen hatte Herzog Eberhard von Württemberg auf persönliche Fürbitte des Markgrafen Friedrich Magnus sich bereit erklärt, den Baden-Durlachischen Untertanen gegen Vorweisung einer amtlichen Bescheinigung das für den Hausgebrauch benötigte Getreide verabfolgen zu lassen.⁴⁹ Dieses Angebot wurde ein halbes Jahr später wieder rückgängig gemacht mit der Begründung, daß mit den erhaltenen Fruchtmenen Handels- und Wuchergeschäfte betrieben worden seien.⁵⁰ Die angestellte Untersuchung ergab einzelne Fälle von Uebertretungen durch jüdische Getreidehändler, deren strenge Bestrafung vom Markgrafen in Aussicht gestellt wird. Schließlich gab der Herzog den Handel in beschränktem Umfang wieder frei.

In den oberen Aemtern trat die Markgrafschaft bei den Verhandlungen wegen der Getreidesperre mit vertauschten Rollen auf. Hier war sie die Besitzende und die Basler Bürger die Bittenden. Die ausländischen Zehntherrn wurden gezwungen, ihre Getreidegefälle im Lande zu verkaufen. Später erleichterte man das Verbot dahingehend, daß nur ein Teil dieser Gefälle auf den Fruchtwochenmärkten des Oberlandes zum Kauf ange-

48. B. G. 3226. 3257.

49. 21. Mai 1698. B. G. 3257.

50. 15. November 1698.

boten werden solle, während die allgemeine Ausfuhr des Getreides nach wie vor unzulässig war. Die genannten Beispiele beweisen schon zur Genüge, mit welchen Schwierigkeiten und Vorbehalten die Handelsgeschäfte getätigt wurden.

Handelssperren und Notlage der Landesbewohner waren aber für die Juden die besten Voraussetzungen, sich durch Preistreiberei und Wucher zu bereichern und jedes andere Handelsunternehmen auszuschalten. So beherrschten sie neben dem größten Teil, der durch Monopolverträge zu vergebenden Handelszweige, den gesamten Viehhandel des Landes. Vergeblich hatten schon früher die Markgrafen versucht, dem zunehmenden wirtschaftlichen Einfluß der Juden Einhalt zu gebieten. Markgraf Georg Friedrich war sogar ein ausgesprochener Judenfeind und versuchte sie deshalb alle des Landes zu verweisen.⁵¹ Doch selbst vorübergehende Erhöhung des Judenschutz- und Begräbnisgeldes und zeitweiliges Verbot des Zuzugs fremder Juden konnte die Ansiedlung von neuen Juden auf die Dauer nicht verhindern, da die Macht ihres Geldes stärker war, als alle vorgebrachten Bedenken der christlichen Bevölkerung. So schnell diese jüdischen Handelsleute bei nahender Kriegsgefahr die Markgrafschaft verließen, um sich und ihre Habe in Sicherheit zu bringen, so rasch kehrten sie nach Abzug der feindlichen Truppen wieder zurück, um ihr Gewerbe von neuem aufzunehmen. Nicht nur für die Finanzverwaltung hatten die Juden sich unentbehrlich gemacht, sondern auch die Erhaltung des fürstlichen Marstalls war von ihren maßgebenden Geschäftsverbindungen auf dem Pferdemarkt abhängig geworden. Man braucht sich nur einmal klar zu machen, welche Bedeutung für Hofstaat und Regierung auf der wiederholten Flucht nach Basel kräftige Reit- und Zugtiere haben mochten, um zu erkennen, welche Vorteile sich daraus ziehen ließen.⁵² Die Judenschutzbrieve trugen dieser Tatsache schon insofern Rechnung, als sie

51. I. A. Zehnter: Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Durlach. (Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. N. F. 12 [1897] S. 385—430. 638—690).

52. So nahm allein der Markgraf bei einer Reise nach Basel i. J. 1682 (ohne Hand- u. Kavalierspferde) 51 Kutscherpferde und 19 Klepper mit. Geh. Prot. vom 9. Februar 1682. Prot. Samml. 335. 1702 betrug der gesamte Pferdebestand am Hof 298 Stück. B. G. 9020.

die Bedingung enthielten, einerseits dem markgräflichen Marstall junge und starke Tiere zu liefern, andererseits die alten und überzähligen Mähren und Klepper zur andersweitiger Verwendung zu übernehmen.⁵³ Während der Kriegsjahre kam es häufig vor, daß Soldaten bei ihren Raubzügen Pferde erbeuteten und sie in der Markgrafschaft den Händlern billig zum Verkauf anboten. Die Regierung sah sich deshalb veranlaßt, jeden Handel mit Soldaten zu verbieten. Dazu gesellte sich ein wiederholtes kaiserliches Verbot, das den Verkauf von Pferden an nicht dem Reiche angehörige Länder streng untersagte, um den französischen Truppen nicht die Gelegenheit zu geben, zum Kriegsdienst geeignete Tiere zu erwerben.⁵⁴

Durch ihre allseitige Geschäftigkeit verstanden es die israelitischen Kaufleute, auch sonstige Lieferaufträge für die fürstliche Hofhaltung zu erhalten.⁵⁵ Immer weiter zogen sie den Kreis ihrer geschäftlichen Unternehmungen. Das Leder-, Woll- und Zeuggewerbe, das vor dem Dreißigjährigen Krieg in Pforzheim in hoher Blüte stand, war durch die Einwirkungen dieses Krieges und die aufkommende Konkurrenz des württembergischen Calw zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Umsonst bemühten sich Zünfte und Landstände unter finanziellen Opfern es wieder auf den alten Stand zu bringen. Der Versuch des Markgrafen Friedrich VI. im Jahre 1664, gegen den Willen der Zunftgenossenschaften auf industrieller Grundlage eine Wiederbelebung dieses Gewerbes unter Angliederung anderer Betriebe zu erreichen, scheiterte ebenfalls.⁵⁶ Diese Gelegenheit nahmen die Juden wahr, um wenigstens den Vertrieb der zugehörigen Rohmaterialien zu pachten.⁵⁷ Friedrich Magnus glaubte

53. Vgl. I. A. Zehnter: a. a. O.

54. B. G. 3397. Geh. Prot. (1704) Prot. Samml. 354. Kaiserl. Verordnung vom 12. Mai 1702 in gedruckten Verordnungen B. b. 12.

55. Aufträge auf Haferversorgung des Marstalls, Dienerkleidung, Gewürz- und Spezereiwaren, Farben u. ä. Dinge. Haus und Staatsarchiv II. Haus- und Hofsachen. Hofökonomie. Lieferungen für den Hofhalt. Fasz.: Akkordbriefe, Lieferungen zum fürstlichen Hofhalt betr. (1664—1687) enthält eine größere Anzahl solcher Lieferaufträge mit hebräischer Namensunterschrift der beauftragten Händler.

56. E. Gothein: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds... Kapitel: Geschichte der Industrie.

57. Vgl. Karl Gustav Fecht: a. a. O. S. 634.

trotz aller Widerstände auch die gewerbliche Verarbeitung des Zeug- und Lederhandels sich als zum Verpachten geeignetes Regal nutzbar machen zu können. 13 000 fl., die man im Jahre 1691 in das Unternehmen hineingesteckt hatte, gingen bei dem erneuten Einfall der Franzosen verloren.⁵⁸ Seine letzte und vergebliche Hoffnung war noch die Uebernahme des Betriebs durch einen privaten Unternehmer und dann die neugegründete Gewerbekolonie der Hugenotten zu Pforzheim. Doch bei dem beschränkten Kapital, das zur Verfügung stand, waren die Aussichten von vornherein nicht günstig, zumal der Absatz der Ware bei der Armut der Bevölkerung und der mißtrauischen Haltung der Zünfte gegen die französischen Einwanderer in Frage gestellt war.⁵⁹ Letzten Endes verblieb lediglich ein von Juden beaufsichtigter bescheidener Handelsverkehr mit Häuten, Fellen, Leder, Wolle und Tüchern zum verarbeitenden Handwerk, das dann seine Produkte wiederum gegen Vergütung des Arbeitslohnes an die Verbraucher absetzte.

Die Flößerei auf Nagold und Enz war fast ganz stillgelegt, soweit noch einzelne Durlachische Flößer ihrem Beruf nachgingen, waren sie durch Zölle und Gebühren gegenüber ihren württembergischen Genossen stark benachteiligt.⁶⁰

Abgesehen von den Bergwerken bestand in der Markgrafschaft keine nennenswerte Industrie. Pläne, die in dieser Richtung auftauchten, kamen meist über die ersten Anfänge nicht hinaus. Bei der Nähe der Reichsgrenze und der gefährdeten Lage des Landes war es allein schon schwierig, solide Facharbeiter für die Neugründung eines Unternehmens zu gewinnen, und mit Abenteurern und Schwindlern hatte man schon zur Genüge schlechte Erfahrungen gemacht. Deshalb schlug 1677 ein ehemaliger Burgvogt von Rötteln dem Baron von Löwenstern vor, eine Fabrik für Woll- und Seidenstoffe in Erfurt zu errichten, da dort Spinner und Kämmer zu Hause seien.⁶¹ Die

58. B. G. 9018.

59. Karl Wilhelm hat später das von ihm gegründete Zucht- und Waisenhaus in Pforzheim zu weiteren Experimenten gewerblicher und industrieller Art benützt. Eberhard Gothein: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes: a. a. O. Heinrich Dietrich: a. a. O.; Paul Lenel: a. a. O.

60. B. G. 3226.

61. Handschrift Durlach 180. pap. f. manuscripta oeconomica. S. 122. Im Besitz der Badischen Landesbibliothek.

Baden-Durlacher sollten dadurch die Stoffe zu billigerem Preis erhalten, als sie in Basel verkauft würden. Wie weit man in Beratungen über diesen Vorschlag eintrat, ist aus dem Schreiben nicht zu entnehmen, doch sind gegen den Betrieb einer Tuchfabrik auf diese Entfernung sicher schwerwiegende Bedenken geltend gemacht worden. Krieg und Regierungswechsel trugen das Uebrige zum Entschluß bei, von dem Projekt Abstand zu nehmen.

Kurz vor dem Tode des Markgrafen Friedrich Magnus trat der Oekonomierat Friedrich Wilhelm Weinmar — vermutlich ein Verwandter Ernst Philipp Weinmars — für die Gründung einer herrschaftlichen Brauerei ein.⁶² Allerdings war es ihm scheinbar weniger darum zu tun, eine tatsächliche Inbetriebnahme zu erreichen, als vielmehr durch die Ankündigung ein geeignetes Mittel in die Hand zu bekommen, das die privaten Bierbrauer zu höheren Abgaben veranlassen sollte. Kleinere Unternehmungen, die man ebenfalls zur Verpachtung heranziehen wollte, wie das Brennen von Pottasche, Graben von Salpeter und die Gründung eines umfangreichen Brennholzhandels, standen nur in den Vorschlagsberechnungen der Kammerräte.

4. Verkehr.

Die Verbindung der territorial weit auseinanderliegenden Landesteile der Markgrafschaft erhielt die markgräfliche Landpost aufrecht. Die Linienführung mußte dabei so erfolgen, daß möglichst alle Gebietsteile davon berührt werden konnten. Die reitenden Boten, die gewöhnlich zweimal die Strecke Durlach—Rötteln und wieder zurück versahen, wurden im Jahr 1685 aus Ersparnisgründen durch ein Fußpost ersetzt.⁶³ Der Postweg führte von Durlach und Pforzheim über Gernsbach, Renchen, Lahr, Emmendingen, Badenweiler nach Lörrach.⁶⁴ Zur Abfer

62. Die gleiche Handschrift S. 189.

63. E. Fuchs: Das alte Breisgauische Postwesen („Schau-in's-Land“ Jg. 13 S. 50—61).

64. B. G. 6445. Die Post des ersten Kurses ging in Durlach Montag Morgen 10 Uhr ab und traf Mittwoch Abend in Lörrach ein. Der Rückweg wurde in Lörrach Donnerstag abends 6 Uhr angetreten und Durlach Sonntags morgens 6 Uhr erreicht. Beim zweiten Kurs war der Abgang von Dur-

tigung von wichtigen Schriftstücken in Kriegszeiten benutzte man die Reichspost Stuttgart—Schaffhausen. Von hier übernahm die aus Augsburg kommende Linie die Beförderung nach Basel. Die Korrespondenz mit Reich und Kreis wurde von der Reichsposthalterei Enzweihingen abgeholt und über Pforzheim nach Durlach gebracht.⁶⁵ Im Pfälzer Erbfolgekrieg verkehrte zeitweilig die Fußpost nach dem Oberland nur einmal in der Woche. Bei dringenden Angelegenheiten erging an die Aemter der Befehl, reitende Boten bereit zu halten.⁶⁶ Die markgräfliche Landpost unterstand der Leitung des Botenmeisters in Durlach. In jedem Amt war eine Posthalterei eingerichtet, die die Annahme und Verteilung der ankommenden Post an die Anwohner, sowie die Abgabe der zur Beförderung bestimmten Briefe an die Boten vorzunehmen hatte. Die Privatkorrespondenz des Markgrafen und der Geheimen Räte und Schreiben in Sachen der Landesherrschaft waren gebührenfrei. Im übrigen war für den Versand eine besondere Vergütung zu leisten.⁶⁷ Die Boten waren von herrschaftlichen Frondiensten befreit, zu Stadt- und Kriegsfronen jedoch verpflichtet.⁶⁸ Im Jahre 1701 wurden für die Postroute folgende Haltestellen festgesetzt: Lörrach, Kandern, Badenweiler, Seefeld, Wolfenweiler, Gundelfingen, Broggingen, Lahr, Muggensturm (als Ebersteinsche Exklave in Baden-Baden) und Durlach.⁶⁹ Zwei Jahre später fand wieder eine Beschränkung des Postbetriebes auf den wöchentlichen Verkehr statt. Man ließ auf Anraten des Geheimen Rates je einen Boten gleichzeitig von Durlach und von Lörrach ab, die sich in Lahr trafen, ein Austausch ihrer Briefschaften vor-

lach auf Donnerstag morgens 10 Uhr festgesetzt, Ankunft in Lörrach Samstag abends 6 Uhr. Von da erfolgte der Rückmarsch Montag morgens 6 Uhr mit Eintreffen in Durlach Mittwoch mittags 2 Uhr. Abgelöst wurden die Boten alle 14 Tage Mittwoch abends. Wurde der Weg über Bühl statt über Renchen eingeschlagen, dann rechnete man mit 2—3 Stunden längerer Beförderungszeit.

65. Akten Pforzheim Stadt und Amt. Postwesen. 1997.

66. B. G. 6446. Die Metzger waren verpflichtet, Postpferde zu halten. Akten Durlach, Stadt und Amt. Postwesen 1255. Im Notfall mußte auch berittenes Militär einspringen.

67. B. G. 6446.

68. B. G. 6448.

69. B. G. 6447.

nahmen und an ihren Ausgangsort zurückkehrten.⁷⁰ Die Angliederung von Durlach an das Netz der Reichspost erfolgte erst im Jahre 1708 mit der Erstellung einer Reichsposthalterei.⁷¹

70. B. G. 6449. — 1705 bemühte man sich auch um die Wiedereinführung des monatlichen Verkehrs einer Landkutsche in das Oberland, der im Jahre 1690 von dem Oberjäger Kißling eingeführt worden war, während der weiteren Kriegsjahre aber eine Unterbrechung erfahren hatte. Geh. Prot. (1705). Prot. Samml. 355.

71. Vgl. Karl Gustav Fecht: a. a. O. S. 517/518.

IV.

Stellung der Markgrafschaft zu den Ländern des Reiches und zum Ausland.

1. Korrespondenten und Agenten.

Die Markgrafschaft Baden-Durlach war Mitglied des schwäbischen Kreises und hatte als solches dem Verbande ein bestimmtes Truppenkontingent zur Verfügung zu stellen.¹ Auf den Kreistagen zu Ulm vertraten die Markgrafen ihr Land meistens selbst, andernfalls wurde ein mit besonderen Instruktionen versehener Rat dorthin entsandt. Dem stehenden Reichstag zu Regensburg gehörte in Friedenszeiten unter dem *Corpus evangelicorum* ein Baden-Durlachisches Ratsmitglied an.² In der übrigen Zeit wurde das Stimmrecht der Markgrafschaft dem Gesandten einer befreundeten Macht übertragen, wenn man sich nicht gar mit der einfachen Berichterstattung eines Korrespondenten begnügte.³ Die Aufgabe dieser Berichterstatter, die Baden-Durlach noch an mehreren Orten unterhielt, bestand in der rechtzeitigen Benachrichtigung entfernt sich abspielender politischer Ereignisse und in der Darstellung der wichtigsten Geschehnisse an den Fürstenhöfen des In- und Auslandes. Außerdem oblag ihnen die Beförderung des Briefwechsels

1. Badischer Militär-Almanach. 3. Jg. (Karlsruhe 1856) Abschnitt VI: Notizen über das badische und schwäbische Militärwesen in der Zeit vom Westfälischen Frieden bis zum Basler Frieden (1648—1714). Die Bedeutung, die die Kreisverfassung in jener Zeit gerade für die Kleinstaaten im Westen und Süden Deutschlands als Ersatz für die fehlende Organisation der Reichsverwaltung hatte, wird besonders von Feine betont. Vgl. Hans Heinrich Feine: Zur Verfassungsentwicklung des Heiligen Römischen Reiches seit dem Westfälischen Frieden. (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung Bd. 52. [1932] S. 65—133). S. 123.

2. B. G. 2756.

3. B. G. 2757.

zwischen der markgräflichen Zentralverwaltung und den Regierungen anderer Länder. Die Korrespondenten, durchweg Ortsansässige, erhielten im Gegensatz zu den anderen Beamten und Dienern nur Geldbesoldung.⁴ Aus der Lage der Agenturen können wir Rückschlüsse auf die Verbindungen ziehen, deren die damalige Markgrafschaft bedurfte. Straßburg, bis zur Besitzergreifung durch die Franzosen eine freie Reichsstadt, war ohne Zweifel der kulturelle Schwerpunkt des südwestlichen Reichsgebietes. Viele markgräfliche Beamte und Geistliche beschlossen an der dortigen Universität ihre Ausbildung. Neben Basel hatte Straßburg den Durlachischen Fürsten im Dreißigjährigen Krieg als Zufluchtort gedient; hier wie dort hatten sie eigene Häuser erworben. Handelsleute aus Basel und Kaufleute aus Straßburg gehörten zu den markgräflichen Geldgebern. Nach dem Falle Straßburgs 1681 kam die Universität zwar als Bildungsstätte für die protestantischen Reichsländer nicht mehr in Betracht, die übrigen Beziehungen blieben, wenn auch in beschränktem Umfang aufrecht erhalten. Die Agentur zu Frankfurt diente in erster Linie wirtschaftlichen Zwecken. Auf der Frühjahrs- und Herbstmesse galt es, für den Bedarf des Hofes an Gewürz und Feinkostwaren zu günstigen Angeboten zu kommen, den dort versammelten jüdischen Bankiers geliehene Geldbeträge zurückzuerstatten, sowie neue Darlehen aufzunehmen. So ist es auch zu verstehen, daß die Frankfurter Agenten häufig selbst Juden waren.⁵ Von Köln aus mußte der Verkehr mit den rheinischen Kurfürsten aufrecht erhalten werden, auf deren Hilfe ein Kleinstaat immer angewiesen war, wenn er einer Forderung bei der kaiserlichen Regierung Nachdruck verleihen wollte.⁶ Der Vertreter im Haag versinnbildete das Anlehnungsbedürfnis eines protestantischen Landes an die Vereinigten Niederlande und England. Der Hamburger Korrespondent stellte die Verbindung zu den verwandten Fürstenhäusern Holsteins

4. Das jährliche Gehalt schwankte ungefähr zwischen 50 Reichsthalern (75 fl) und 200 fl. Dazu kam der Ersatz der laufenden Portoauslagen. Soweit nur der eigentliche Postdienst versehen wurde, führten sie die Bezeichnung Agenten.

5. B. G. 2750.

6. B. G. 2748.

und Schwedens her.⁷ Der Wiener Posten war seiner Bedeutung entsprechend einer der bestbezahltesten, da er Baden-Durlachs Beziehungen zum kaiserlichen Hof und dem Reichshofrat unterhalten mußte. Seit das Reichskammergericht seinen Sitz von Speyer nach Wetzlar verlegt hatte, war auch dort ein markgräflicher Agent zu finden. Friedrich Magnus beabsichtigte, als er sein Land zu Gotha vertreten ließ, weniger die alte Bündnispolitik aus dem Dreißigjährigen Krieg mit den mitteldeutschen Glaubensgenossen fortzusetzen, als sich die Kenntnisse und die Erfahrung des ehemaligen Durlachischen jetzt Gothaischen Geheimen Rates Fischer weiter zu nutze zu machen.⁸ Daß schließlich bei der gefährdeten Grenzlage ihres Territoriums die Markgrafen über die Stellungnahme Frankreichs in Angelegenheiten des Reiches unterrichtet sein wollten, war eine nur zu verständliche Maßnahme. Weiter kam noch das Ansehen hinzu, in dem das Leben und Treiben am Hofe Ludwigs XIV. bei den deutschen Reichsfürsten stand, das sie als vorbildlich nachzuahmen versuchten. Der Agent zu Paris hatte deshalb nebenbei auch Sorge zu tragen, daß die am französischen Hof weilenden badischen Prinzen mit den nötigen Geldmitteln versehen waren.⁹

2. Zollverhandlungen.

Die Zollverhandlungen nahmen unter dem Notenwechsel der Markgrafschaft mit anderen Regierungen einen breiteren Raum ein, als ihrem tatsächlichen Erfolg entsprach. Erwähnt wurden schon die Verhandlungen mit Württemberg und Basel in Fragen des Durchgangszolls und gegenseitigen Warenaustauschs. Durch die Wasserzollstellen zu Weißweil und Schröck (jetzt Leopoldshafen) gehörte Baden-Durlach zu den an der Rheinschiffahrt beteiligten Ländern und wurde infolgedessen zu

7. B. G. 2736. 2752.

8. Geheimrat Fischer vertrat den Markgrafen auch im Jahr 1698 in der Vereinigung der Altfürstlichen Häuser gegen die Kurfürsten. Vgl. F. v. Weech: Badische Geschichte. S. 371.

9. Haus- u. Staatsarchiv I Personalia 5034. Markgraf Friedrich VI. hatte im Jahre 1663 das ihm von Schweden zugestandene Anrecht auf Schloß Landskron König Ludwig XIV. gegen eine jährliche Entschädigung von 3000 fr. überlassen. Von diesen Geldern wurde gewöhnlich der Unterhalt der badischen Prinzen zu Paris bestritten.

den Beratungen der mittel- und niederrheinischen Staaten hinzugezogen.¹⁰ Der schwache Schiffsverkehr auf dem Oberrhein hat durch diese Konferenzen keine Belebung erfahren, da man allgemein zu sehr auf der Wahrung seiner Privilegien bedacht blieb, so daß zur Güter- und Warenbeförderung immer mehr der Landweg bevorzugt wurde. Von Seiten der Markgrafschaft wurde diese Entwicklung noch bewußt gefördert, in der Hoffnung, auf der längeren Landstrecke mit ihren häufigen Zollstationen und durch den dadurch notwendig werdenden Aufenthalt der Fuhrleute höhere Gesamteinnahmen zu erzielen.¹¹ Aber auch dieser Berechnung erwies sich im Laufe der Zeit als irrig. Seit das Elsaß in französischem Besitz war, begann sich allmählich der gesamte Warenverkehr auf der linken Rheinseite abzuwickeln. Hier hatten nämlich die Transportunternehmer den Vorteil nach einmaliger Entrichtung des Zolls, solange sie auf französischem Boden waren, von jeder weiteren Abgabe verschont zu bleiben. Die Benachteiligten dabei waren vorwiegend die Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach. Als nun die Beiden im Jahre 1685 bei den Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz sowie dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt um gemeinsame Bemühungen vorstellig wurden, den Hauptverkehr wieder auf die rechte Rheinseite zu bringen, wurde gerade die badische Zollpolitik für diesen Zustand verantwortlich gemacht.¹² Die badischen Markgrafschaften beschlossen darauf-

10. So zur großen Kölner Zollkonferenz i. J. 1699. Der Geheime Rat lehnte damals auf Anfrage des Markgrafen die Entsendung eines eigenen Vertreters mit der Bemerkung ab, daß im Augenblick keiner der Räte abkömmlich sei und man am Landzoll mehr interessiert sei, als am Wasserzoll, der zu Weißweil im Vierteljahr kaum 50 Taler einbringe (B. G. 10 177). E. Gothein: Rheinische Zollkongresse und Handelsprojekte am Ende des 17. Jahrhunderts. (Beitr. z. Gesch. vornehmlich Kölns und der Rheinlande. Zum 80. Geburtstag G. Mevissens, dargebracht von dem Archiv der Stadt Köln. Köln 1905.) Streitigkeiten um die Höhe des Wasserzolls wie zwischen Basel und der Markgrafschaft im Jahr 1670/71 trugen mit bei zum allgemeinen Tiefstand der damaligen Rheinschifffahrt. (B. G. 10 199). Vgl. dazu auch Gerhard Biskup a. a. O. S. 98 ff.

11. Die Landzollstellen im Unterland waren in Graben, Mühlburg, Durlach und Pforzheim. Im Oberland wurde bekanntlich kein Landzoll erhoben. Landzollordnungen erschienen in den Jahren 1650, 1678, 1691 und 1700. Außerdem war 1704 ein Neudruck alter Ordnungen geplant. B. G. 10 165.

12. B. G. 10 200.

hin unter sich verschiedene Zollerleichterungsbestimmungen. Mit den übrigen Nachbarstaaten einigte man sich weiterhin auf gegenseitige Erteilung von Zollpatenten bei der Durchfuhr benötigter Lebensmittel.¹³ Auch hier hatte letzten Endes wieder der Krieg weitergehende Maßnahmen verhindert.

13. B. G. 10 204.

Rückblick.

Halten wir am Schlusse der Darstellung Rückschau über den Weg, den die Verwaltung Baden-Durlachs im 17. Jahrhundert durchlaufen hat, so treten uns vor allem die Gestalten zweier Herrscherpersönlichkeiten entgegen, die die Organisation richtunggebend beeinflußt haben. Die Regierungszeiten der beiden Markgrafen Georg Friedrich und Friedrich Magnus geben gleichsam den Rahmen ab, in dem sich das Gesamtbild der Verwaltung einspannen läßt. Georg Friedrich verlieh zu Beginn des Jahrhunderts dem Verwaltungssystem die organisatorische Grundlage, auf der erst die Möglichkeit einer gedeihlichen Weiterentwicklung geschaffen wurde. Friedrich Magnus brachte gegen Ende dieses Zeitabschnitts den Ausbau einer Zentralverwaltung zum Abschluß, deren Geltungsbereich noch das ganze folgende Jahrhundert umfassen konnte. Von den Regenten der Zwischenzeit betrachtete Friedrich V. es in erster Linie als seine Aufgabe, dieselbe Zähigkeit und Ausdauer, mit der er für seine ererbten Rechte eingetreten war und gegen sein persönliches Schicksal angekämpft hatte, auf die Weiterführung des väterlichen Vermächtnisses anzuwenden. Friedrich VI. dagegen, der als Erbprinz längere Zeit am französischen und schwedischen Hof geweilt hatte, war nicht der Mann, sich in der Beengtheit seines Landes mit neuen Verfassungsproblemen zu befassen. Sein einmaliger Versuch mit der Gründung der Deputation entsprang ebenso wie die Beseitigung der Landschaftsausschüsse mehr dem Wunsch der Befestigung seiner absoluten Macht.

Einer mittelalterlichen Gemeinde- und Landesämterverfassung übergeordnet, war die Verwaltungsorganisation der Baden-Durlachischen Zentralverwaltung den Erfordernissen eines deutschen Kleinstaates nach dem Dreißigjährigen Krieg an-

gepaßt. Während die Außen- von der Innenverwaltung eine Trennung erfuhr, trat die Justiz zu letzterer in engere Verbindung, die zum Teil auch auf die kulturellen Belange ausgedehnt wurde. Die Finanzverwaltung, ursprünglich in Sachen der Steueraufgabe der Zuständigkeit einer landständischen Versammlung mit unterstellt, suchte in zwei gleichgestellten Behörden ihrer Aufgabe nachzukommen, um sich schließlich durch Zeitverhältnisse und technische Schwierigkeiten bedingt, in einem Kollegium zu vereinen. Das Oberaufsichtsrecht der ersten Behörde, des Geheimen Rats, beseitigte in Baden-Durlach keineswegs die rein kollegialische Struktur der Zentralverwaltung. Trotz zeitweiliger Doppelregierung in Kriegszeit, verursacht durch die große Entfernung beider Landesteile, verhinderte die Kleinheit des Baden-Durlachischen Territoriums, die Bildung von besonderen Provinzialbehörden. Diejenigen Vertreter der Landesämter, die zugleich als Mitglieder der Regierung tätig waren, gewährleisteten eine enge Zusammenarbeit zwischen Landes- und Zentralverwaltung.

Die Wirtschaft des Landes in ihrer Entwicklung durch den Dreißigjährigen Krieg unterbrochen, konnte sich im weiteren Verlauf des 17. Jahrhunderts bei der Unsicherheit der politischen Lage und der allgemeinen Geldknappheit nicht erholen. Handel und Pacht herrschaftlicher Nutzungsrechte, meist im Besitz von landfremden und jüdischen Kaufleuten und Unternehmern, brachten Baden-Durlach nicht die erhofften Einnahmen, sondern vergrößerten eher noch die Verschuldung des Landes. Maßnahmen zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes, gefördert durch Einwanderung aus dem Ausland, verschafften der Landwirtschaft die Arbeitskräfte zum Anbau der notwendigsten Agrarprodukte, und betonten den noch vorwiegend bäuerlichen Charakter der damaligen Markgrafschaft. Bei den Handelsbeziehungen zu anderen Staaten, die ohnehin durch gegenseitige hohe Abgaben fast unterbunden waren, benachteiligte Baden-Durlach sich unkluger Weise selbst durch Zollforderungen innerhalb seines Gebietes, was der Anlaß wurde, daß der Durchgangsverkehr die linke Rheinseite bevorzugte.

Ist die Lage, in der sich uns die Markgrafschaft Baden-Durlach nach dem Dreißigjährigen Krieg darbietet, inbezug auf die

Wirtschaft durchaus unerfreulich, so wird man doch den Leistungen auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation, gemessen an den Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, seine Anerkennung nicht versagen. Jedenfalls können mit Recht Zweifel geltend gemacht werden, ob andere Männer anstelle der genannten Markgrafen unter diesen Umständen größere Erfolge verzeichnet hätten. Daß die Organisation der Zentralverwaltung, wie sie Friedrich Magnus geschaffen hatte, solange von Bestand war, ist nicht zuletzt dem persönlichen Verdienst dieses Fürsten und seiner Ratgeber zuzuschreiben.

Literatur.

- Andreas, Willy:** Die Einführung des Code Napoléon in Baden. (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Bd. 31. [1910] S. 182—234.
- Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. Bd. 1: Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. (Leipzig 1913).
- Deutschland vor der Reformation. Eine Zeitenwende. (Stuttgart/Berlin 1932; 2. Auflage 1934).
- Badischer Militär-Almanach:** Dritter Jahrgang. Karlsruhe 1856. Abschnitt VI: Notizen über das badische und schwäbische Militärwesen in der Zeit vom Westfälischen bis zum Basler Frieden 1648—1714.
- Baier, Hermann:** Die Markgräfler Eisenwerke bis 1800. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge 40 [1926] S. 351—404).
- Bihler, Otto:** Die kirchlichen Verhältnisse in der Markgrafschaft Hochberg im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts. (Breisgauer-Chronik. Beilage zum Freiburger Boten V. Jahrgang 1913. S. 35—36. 39—40).
- Biskup, Gerhard:** Die landesfürstlichen Versuche zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kurpfalz nach dem Dreißigjährigen Kriege. (1648—1674). Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Pfalz. (Dissertation der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt 1932).
- Carlebach, Rudolf:** Badische Rechtsgeschichte. Bd. I: das ausgehende Mittelalter und die Rezeption des römischen Rechts unter Mitteilung bisher ungedruckter Landesordnungen (Landrechte). Heidelberg 1906. Bd. II: Das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges. Heidelberg 1909.
- Dietrich, Heinrich:** Die Verwaltung und Wirtschaft Baden-Durlachs unter Karl Wilhelm (1709—1738). (Heidelberger Dissertation 1911).
- Fecht, Karl Gustav:** Geschichte der Stadt Durlach. (Heidelberg 1869).
- Fehr, Otto:** Das Verhältnis von Staat und Kirche in Baden-Durlach in protestantischer Zeit (1556—1807) vornehmlich im 18. Jahrhundert. (Freiburger Dissertation 1931 enthalten in den Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evangelischen Landeskirche Badens. Bd. VII, 1931).
- Feine, Hans Heinrich:** Zur Verfassungsentwicklung des Heiligen Römischen Reiches seit dem Westfälischen Frieden. (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung Bd. 52 [1932] S. 65—133).
- Fuchs, E.:** Das alte Breisgauische Postwesen. („Schau-in's-Land“ Jahrgang 13. S. 50—61).

Gehres, Siegmund Fr.: Kleine Chronik von Durlach. Ein Beitrag zur Kunde deutscher Städte und Sitten. Teil II (Mannheim 1827).

Gotheln, Eberhard: Die oberrheinischen Lande vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge 1 [1886] S. 1—39).

— Pforzheims Vergangenheit. Ein Beitrag zur deutschen Städte- und Gewerbegegeschichte. (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Hrsgg. von Gustav Schmoller. Bd. IX, Heft 3. Leipzig 1889).

— Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds und der angrenzenden Landschaften. Bd. I. Städte- und Gewerbegegeschichte. (Straßburg 1892).

— Rheinische Zollkongresse und Handelsprojekte am Ende des 17. Jahrhunderts. (Beiträge zur Geschichte vornehmlich Kölns und der Rheinlande. Zum 80. Geburtstag G. Mevissens dargebracht von dem Archiv der Stadt Köln. Köln 1905).

— Die Landstände am Oberrhein. (25 Jahre der Badischen Historischen Kommission [1909] S. 29—50).

— Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert. (Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission. Neue Folge 13 [1910]).

— Beiträge zur Verwaltungsgeschichte der Markgrafschaft Baden unter Karl Friedrich. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge 26 [1911] S. 377—414).

Herkert, Otto: Das landesherrliche Beamtentum der Markgrafschaft Baden im Mittelalter. (Freiburger Dissertation 1910).

Hintze, Otto: Der österreichische und der preußische Beamtenstaat im 17. und 18. Jahrhundert. (Historische Zeitschrift Bd. 86 [1901] S. 401—444).

— Die Entstehung der modernen Staatsministerien. (Historische Zeitschrift Bd. 100 [1908] S. 53—111).

Holdermann, Friedr.: Aus der Geschichte von Roetteln. Zur Erinnerung an die Jubelfeier des 500jährigen Bestehens und der Neuherstellung der Kirche. (Lörrach 1903).

Kollnig, Karl: Die Zent Schriesheim. Ein Beitrag zur Geschichte der Zentverfassung in Kurpfalz. (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Begründet von Erich Marcks und Dietrich Schäfer. Herausgegeben von Karl Hampe und Willy Andreas. Heft 62 [1933]).

Krieger, Albert: Die kirchlichen Verhältnisse in der Markgrafschaft Hochberg im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge 15 [1900] S. 259—324).

Lenel, Paul: Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich (1738—1803). (Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts. Heft XXIII, Karlsruhe 1913).

Ludwig, Theodor: Der badische Bauer im 18. Jahrhundert. (Abhandlungen am staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg. Heft XVI [1896]).

Maurer, Heinrich: Der Zustand der Markgrafschaft Hochberg am Ende des Dreißigjährigen Krieges. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Alte Folge Bd. 32 [1880] S. 480—490).

— Emmendingen vor und nach seiner Erhebung zur Stadt. (Emmendingen 1912).

Mühlhäußer, Karl: Die Volksschule in der ehemaligen Markgrafschaft Baden-Durlach. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Alte Folge 23 [1871] S. 67—89. 205—262).

Pflüger, J. G.: Geschichte der Stadt Pforzheim. (Pforzheim 1862).

Rosenthal, Eduard: Die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I. Das Vorbild der Verwaltungsorganisation in den deutschen Territorien. Ein Beitrag zur Geschichte des Verwaltungsrechts. (Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 69. [1887] S. 53—316).

— Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns. Bd. I. (1180—1598). Bd. II. (1598—1745). (Würzburg 1889. 1906).

Roth, August: Die Rechtsverhältnisse der landesherrlichen Beamten in der Markgrafschaft Baden-Durlach im 18. Jahrhundert. (Heidelberger juristische Dissertation 1906).

Sachs, Johann Christian: Einleitung in die Geschichte der Marggravschaft und des marggrävlichen altfürstlichen Hauses Baden. Th. IV. (1770). Th. V. (1773).

— Beiträge zur Geschichte des Hochfürstlichen Gymnasii zu Carlsruhe. Bei der feyerlichen Erinnerung der vor 200 Jahren geschehenen Stiftung desselben und seinem eigenen Amtsjubiläum. (Durlach 1787).

Schmoller, Gustav: Der deutsche Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrhundert. (Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert. S. 289—313). (Leipzig 1898).

Selth, Karl: Wesen und Bedeutung der landständischen Einrichtung des Markgräflerlandes am Ausgange des Mittelalters. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte. (Basler Jahrbuch, Jahrgang 1927. S. 147—166).

— Einwanderer ins Markgräflerland nach dem Dreißigjährigen Krieg. (Aufsatz in „Der Basilisk“ Sonntagsbeilage der Nationalzeitung zu Basel vom 16. Februar 1929).

— Grabtafeln von Mitgliedern der alten baden-durlachischen Landstände im Markgräflerland und deren Bedeutung. („Das Markgräflerland“. Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur. Erster Jahrgang 1929/30. S. 11—36).

Stein, Ferdinand: Geschichte und Beschreibung der Stadt Lahr und ihrer Umgebungen. (Lahr 1827).

Vlerordt, Karl Friedrich: Geschichte der evangelischen Kirche in dem Großherzogtum Baden. Bd. II. (Karlsruhe 1856).

— Geschichte der im Jahre 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 nach Karlsruhe verpflanzten Mittelschule. (Karlsruhe 1859).

v. Weech, Friedrich: Die badischen Landtagsabschiede von 1554—1668. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Alte Folge 29 [1877]. S. 323—423).

— Badische Geschichte. (Karlsruhe 1890).

Windelband, Wolfgang: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs. (Leipzig 1916).

Wintterlin, Friedrich: Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, Bd. I. Bis zum Regierungsantritt König Wilhelms I. (Stuttgart 1904).

Zehnter, J. A.: Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Durlach. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge 12 [1897] S. 385—430. 638—690).

(Ohne Verfasserangabe): Kleine übersichtliche Darstellung der Wanderungen und Niederlassungen französischer, savoyischer und niederländischer Religionsflüchtlinge besonders der in Baden. (Ludwigshafen 1894).

